

daß wir doch einiges weiterbringen werden, und zwar in der neuen Novellierung mit der Verfügbarkeit der Grundstücke beziehungsweise eine Grundstücksbörse oder mit befristeten Ausweisen beziehungsweise mit Zugriffen zu den Grundstücken dort, wo die Infrastruktur schon gegeben ist. Die Gemeinden sollten in mehreren Modellen die Möglichkeit haben, diese Umsetzungen auch durchzusetzen. Und damit bin ich am Ende und hoffe, daß wir beim neuen Raumordnungsgesetz die vielen Wünsche der Gemeinden und der Bürger verwirklichen können. (Beifall bei der SPÖ. – 14.51 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dirnberger (14.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren!

In der Gruppe 0 ist auch die Raumordnung enthalten, und ich möchte kurz dazu Stellung nehmen, wie mein Kollege Schleich. Es ist unbestritten, daß eine Raumordnung aus verschiedenen Gründen notwendig ist, und sie wird von den Gemeinden als wichtig anerkannt und schön langsam auch von der Bevölkerung akzeptiert. Sie hat natürlich gravierende Auswirkungen auf die Orts- und Gemeindeentwicklung, aber die Probleme sind vielschichtig bei der Anwendung. Natürlich können nicht alle Wünsche und oft ein Großteil der Baulandwünsche nicht erfüllt werden. Nun liegt ein neuer Gesetzesvorschlag unter dem Titel „Raumplanungsgesetz 2000“ vor und wird im Unterausschuß verhandelt. Darin enthalten sind einige sehr interessante Ansätze, die einen rascheren Ablauf, weniger Bürokratie, ja mehr Entscheidungsfreiheit für die Gemeinden bringen sollen. So soll dem örtlichen Entwicklungskonzept mehr Bedeutung beigemessen werden. Aus der Praxis und als Praktiker, der mit der Raumplanung und mit dem Flächenwidmungsplan zu tun hat, möchte ich hier entschieden festhalten, daß der herkömmliche Flächenwidmungsplan in Form eines anschaulichen Planes unverzichtbar ist. Ein Plan ist leicht überschaubar, leicht erklärbar und trägt auch zur Rechtssicherheit bei. Natürlich treten bei solchen Änderungsvorschlägen viele Fragen auf. Aus diesem Grund ist es wichtig, daß über die praktischen Auswirkungen sehr eingehend diskutiert wird. Es soll nämlich ein flexibleres und besser handhabbares Raumplanungsgesetz geschaffen werden. Auf einen Punkt möchte ich näher eingehen, das ist die Baulandmobilisierung. Wir in den Gemeinden kennen das Problem, daß an sich sehr oft genügend Bauland vorhanden ist, aber es doch vielfach nicht zur Verfügung gestellt wird. In diesem Punkt sind sich wohl alle Fraktionen in diesem Haus einig, daß ein wirkungsvolles Instrument geschaffen werden muß. In den meisten Bundesländern gibt es ein solches Instrument, aber auch in Südtirol und in Bayern wird damit gearbeitet mit zwar unterschiedlichen Vorgangsweisen, aber mit dem gleichen Ziel. Auch für mich ist es klar, daß vorhandenes Bauland mobil gemacht werden muß. Grundsätzlich bin ich für die Vertragsvariante, und ich meine, daß das der richtige Ansatz ist. So haben wir bei der letzten Revision in unserer Ge-

meinde mit diesem Instrument zu arbeiten begonnen. Es treten aber eine Reihe von Fragen auf: Wie wird das bestehende Bauland, das bereits ausgewiesen ist, einbezogen? Was geschieht zum Beispiel nach einem fünfjährigen Vertragsablauf? Wird das ausgewiesene Bauland ins Freiland zurückgeführt? Kann es überhaupt zurückgeführt werden? Wie wird eine Investitionsabgabe, wie diese auch immer genannt wird, installiert, und in welcher Höhe und zu welchem Verwendungszweck, oder wird zentral ein Fonds installiert, wo die Bodenpolitik gelenkt wird? Wie sieht die Regelung der bestehenden Bauernhöfe und der Betriebe im Dorfgebiet aus? Gewährt man diesen einen gewissen Abstand zu den Siedlungsgebieten? Hier wird sicher noch eine sehr sachliche Diskussion, wo alle Auswirkungen aufgezeigt werden, unter Einbeziehung der Gemeindevertretung, aber auch der Vertretung der Grundeigentümer notwendig sein, wie das an sich bis jetzt schon erfolgt ist. Für mich interessant und aufschlußreich wird sicherlich die von der Wirtschaftskammer Steiermark organisierte Veranstaltung im September sein, die zum Thema „Baulandmobilität, Erfahrungsaustausch mit den anderen Bundesländern“ stattfindet, wo wir auch intern im Klub zu diesem Thema eine Enquete veranstalten werden. Eines ist für mich klar: die Grundeigentümer müssen eine gewisse Entscheidungsfreiheit behalten beziehungsweise diesen muß ein dementsprechender Ersatz geboten werden. Eines möchten ich und meine Fraktion vermeiden, daß wir zwar euphorisch ein Gesetz ändern, aber hinterher feststellen müssen, diese oder jene Auswirkung war nicht so gewollt. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.56 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Herrmann (14.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Bei der Gruppe 0 melde ich mich zur Übertragung der örtlichen Baukompetenz an die Bezirkshauptmannschaft. Unsere Gemeinde war eine der ersten, die einen Antrag gemäß Paragraph 40 an die Steiermärkische Landesregierung, Rechtsabteilung 7, gestellt hat, daß diese Kompetenz an die Bezirkshauptmannschaft übertragen wird im Bereich Gewerbe, aber auch im Bereich für landwirtschaftliche Bauten. Was war die Begründung? Als Bürgermeister habe ich eben kennengelernt, wie es geht bei den Gewerbebetrieben. Wir als örtliche Baubehörde haben eine Baubewilligung gegeben, ein paar Wochen später ist die zweite Verhandlung von der Gewerbebehörde gewesen. Hier wurde festgestellt, daß eben einiges nicht in Ordnung ist, da mußten wir wieder einspringen und das korrigieren. Und bei der Benützungsbewilligung war es das gleiche. Ich würde sagen, bei uns im Bereich – in den kleinen Orten ist es nicht das Zeitproblem, sondern es ist ein Geldproblem. Das heißt, derjenige Gewerbetreibende, der hier wirklich das Risiko in Anspruch nimmt und einen Betrieb gründet, muß eben die doppelten Kosten noch bezahlen. Interessanterweise hat auch die Bezirkshauptmannschaft die verschiedenen Sachverständigen, wo nicht so hohe

Kosten anfallen. Ein Bedürfnis von mir war es auch, daß die sogenannten landwirtschaftlichen Bauten auch auf die Bezirkshauptmannschaft übertragen werden. Ich habe selbst einen Fall gehabt, ich habe es – glaube ich – schon vor ein paar Jahren hier gebracht –, der Akt ist schon so ein Paket gewesen, wo in einem Dorfgebiet einem Landwirt verhindert wurde, daß er einen Schweinebetrieb errichtet hat. Ihm wurden wahnsinnige Auflagen von einem Berufskollegen, von einem angrenzenden Landwirt, auferlegt. Das heißt, Landeshygieniker, da geht das, das hat nichts gekostet, aber dann das medizinische Gutachten, technisches Gutachten, es sind immer wieder Auflagen gefordert worden, obwohl wir im Dorfgebiet waren, bis dieser Landwirt eben gesagt hat, jetzt haue ich den Hut drauf – wie man auf steirisch sagt –, und er ist in das Freiland rausgegangen. Von der Raumplanung richtig, 200 Meter vom letzten Haus hat er seinen Betrieb hingestellt, und trotzdem gibt es auch dort Zores, den die Anrainer sagen, es stinkt auch dort. Also man sieht, der hat sehr, sehr viel Geld gebraucht. Ein Landwirt, die heute eben wirklich mit ihrer Existenz kratzen müssen, und dann werden ihnen solche Auflagen erteilt. Und daher wäre es meine Meinung gewesen, daß diese Kompetenz an die Bezirkshauptmannschaft übertragen wird, denn auch dort sind die sogenannten amtlichen Sachverständigen, die nicht soviel Geld kosten. Wir haben am 13. August 1998 einen Beschlusantrag an die Landesregierung gestellt, einen Monat später haben wir schon eine Antwort erhalten, wo uns mitgeteilt wurde, daß eben verschiedene gefragt werden müssen, was sie dazu sagen, und dann im März – vier Monate später – ist ein Fax gekommen mit der Mitteilung von einem Verordnungswurf. Uns ist rechtgegeben worden für das Gewerbe, aber nicht rechtgegeben worden für die landwirtschaftlichen Wirtschaftsbauten. Ich muß auch dazusagen, der Städtebund ist nicht sehr erfreut gewesen. Nur, es ist ein Unterschied, ob ich eine Baubehörde in einer Stadt bin, wo ich einen Juristen habe, oder wo ein Bürgermeister hingehen muß, der sich nicht sehr viel auskennt. Wie gesagt, Gewerbe ist der erste Schritt, und ich hoffe, daß der zweite Schritt, eben für die Landwirtschaft, dann auch eintrifft. (Beifall bei der SPÖ. – 15.00 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Dr. Bachmaier-Geltewa, und ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (15.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wie die Kolleginnen Keshmiri und Karisch bereits ausführten, ist – was die Gleichstellung der Frauen im Landesdienst betrifft – noch vieles zu erledigen, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeit der Erlangung höherer Posten. Hier appelliere ich mit Nachdruck an Herrn Landesrat Hirschmann, nicht seine ganze Kraft für Megaevents im Sport- und Tourismusbereich zu verwenden, sondern mehr Produktives in puncto Chancengleichheit der Frauen im Lande zu tun. (Beifall bei der SPÖ.) Die Erlassung eines Frauenförderungsprogrammes alleine ist noch zu wenig. Diesbezüglich habe ich bereits im letzten Landtag ausführlich gesprochen.

Nun aber zum eigentlichen Grund meiner Wortmeldung. Es wird in dieser Gruppe 0 ein Entschließungsantrag des Liberalen Forums, betreffend Gemeindegleichbehandlungsbeauftragte, zur Abstimmung kommen. Kollegin Keshmiri hat diesbezüglich bereits gesprochen, und das veranlaßt mich, hiezu kurz Stellung zu nehmen:

Als wir 1996 und 1997 das Landesgleichbehandlungsgesetz verhandelten, war vorgesehen, für die Gemeinden eine eigene Gleichbehandlungsbeauftragte zu installieren. Bedauerlicherweise scheiterte dieses Vorhaben in erster Linie am Widerstand der Gemeinden. Nun laufen im Landtag diesbezüglich Parteienverhandlungen beziehungsweise ist für den 7. Juli – das ist nächsten Mittwoch – eine Unterausschußsitzung anberaumt, die sich mit dieser Thematik befaßt. Ich darf an dieser Stelle betonen, daß ich für die Errichtung einer Gemeindegleichbehandlungsbeauftragten bin, weil ich glaube, daß dies wichtig ist für die Frauen, die in diesem Bereich arbeiten beziehungsweise arbeiten wollen, und weil ich auch glaube, daß es die Landesgleichbehandlungsbeauftragte aus Kapazitätsgründen nicht schafft, alle 543 steirischen Gemeinden mitzubetreuen. Dennoch aber meine ich, daß es nicht zielführend ist, zum jetzigen Zeitpunkt einem Entschließungsantrag zuzustimmen, wenn die Angelegenheit bereits in Angriff genommen wurde und wir demnächst darüber verhandeln. Aus diesem Grunde wird meine Fraktion diesem Entschließungsantrag des Liberalen Forums heute nicht zustimmen. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.04 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Keshmiri noch einmal das Wort. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Keshmiri (15.04 Uhr): Ich möchte nur kurz Stellung nehmen zur Wortmeldung von der Frau Dr. Bachmaier-Geltewa. Es freut mich, daß Sie dafür sind, Frau Kollegin. Meiner Meinung nach gäbe es oder gibt es dann für die kommenden Parteienverhandlungen zwei Alternativen. Die eine Alternative, das Land zahlt die Gleichbehandlungsbeauftragte, wenn Sie oder Ihre Fraktion dafür ist, das sind 1,5 Millionen Schilling, oder Sie fordern den Städte- und Gemeindebund auf, das zu tun. Ich bin schon neugierig, wie wir dann bei den Parteienverhandlungen verbleiben. Danke! (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Wir werden das gemeinsam tun!“ – 15.04 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Bleckmann das Wort.

Abg. Mag. Bleckmann (15.04 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Wir werden unseren Beschlusantrag zurückziehen, nachdem mir SPÖ- und ÖVP auf Treu und Glauben versichert haben, daß – wenn wir diesen Beschlusantrag in eine der nächsten Landtagssitzungen einbringen – dieser die Zustimmung finden wird. Und somit hoffe ich, daß Sie diesem Wort dann in der Landtagssitzung auch nachkommen werden und daß wir diesen Beschlusantrag dann gemeinsam über die Bühne bringen können. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 15.05 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Hirschmann das Wort.

Landesrat Dr. Hirschmann (15.05 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf zu einigen Punkten, die insbesondere die Personalbewirtschaftung des Landes anbelangen, Stellung nehmen. Zunächst einmal, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich den anwesenden Damen und Herren der Rechtsabteilung 1, die da hinten geduldig verharret haben und zugehört haben, meinen großen Dank aussprechen für das, was an mühevoller Arbeit auch im letzten Jahr von ihnen gemacht wurde. Es ist, wie angesprochen wurde, nicht leicht, Personalbewirtschaftung heute durchzuführen, egal, in welchem Betrieb, schon gar nicht bei einem so großen und so aufgabenreichen Betrieb wie dem der öffentlichen Verwaltung dieses Landes. Ich stehe nicht an zu sagen, daß das eine ganz hervorragende Arbeit ist, eine exzellente Arbeit, die mit Hunderten Details Woche für Woche sehr viele Mühe und sehr viel Fleiß abverlangt. Dafür möchte ich zunächst einmal ein herzliches Wort des Dankes sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte zu den vielen Anmerkungen, die gemacht wurden und die auch sehr ernsthaft gemacht wurden, einige meinerseits machen. Meine verehrten Damen und Herren, wenn wir das Landesbudget anschauen, dann haben wir dort unter Personalausgaben einen Betrag von 16,7 Milliarden Schilling drinnen; das wären rund 36,5 Prozent – aber das sind zum Großteil Durchlaufposten. Die Personalausgaben, über die wir reden, öffentlicher Dienst Steiermark, betragen knapp über 4 Milliarden Schilling, also der Personalaufwand für die allgemeine Verwaltung bei uns, meine verehrten Damen und Herren. Das Zweite: Herr Kollege Wiedner, ich nehme das sehr ernst, was von dir hier angesprochen wurde, weil es in Wahrheit Dinge sind, die uns in unserer gemeinsamen Arbeit seit langem sehr intensiv beschäftigen. Ich möchte nur darauf hinweisen, wie wir mit der Personaleinsparung begonnen haben. Wir haben knapp über 8000 Dienstposten im Land Steiermark gehabt und haben jetzt – ich nehme an, daß die Zahl, die mir aufgeschrieben wurde, stimmt – 7876. Das sind netto so zwischen 150 und 200 weniger. Meine verehrten Damen und Herren, das ist alles ein zweiseitiges Schwert, wenn man mit der Minderung von Arbeitsplätzen heute argumentiert. Aber ich bin deiner Meinung, Herr Kollege, und ich glaube, das ist auch eine parteiübergreifende Meinung, daß wir im Bereich des öffentlichen Dienstes natürlich auf die Finanzierbarkeit unserer Personalausgaben Rücksicht nehmen müssen. Insofern müssen wir schauen, daß wir auch Einsparungen treffen. Ich darf dich, Herr Kollege Wiedner, insofern, denn ich muß das Gesamte nehmen, mit einer zweiten Zahl ansprechen: Der Personalaufwand am gesamten Kuchen hat im Jahre 1996 9,6 Prozentpunkte ausgemacht und macht jetzt 8,8 Prozentpunkte aus. Gerade in diesem Sinne bin ich der Personalabteilung sehr dankbar, weil das ist eine Minderung am Gesamtaufwand, was sich für Unternehmen, wenn man schon ökonomische Kriterien anlegt, positiv zu Buche schlägt, und das sind netto ungefähr 100 Millionen Schilling, die wir dem Finanz-

referenten per anno einsparen. Trotzdem gibt es, wie du richtig dargestellt hast, im Vergleich zu den Vorjahren zunächst einmal im zu beschließenden Budget einen Mehraufwand in der von dir angesprochenen Größenordnung. Ich möchte dazu aber auch dezidiert sagen, lieber Herr Kollege, das ist schon ein Dauerdilemma. Und ich sage das nicht, um hier die Arbeit von irgend jemandem geringzuschätzen und um irgend jemanden vielleicht in seinem gesamten Aufgabenfeld zu reduzieren, aber da haben wir natürlich ein Problem insgesamt, wenn ich mir anschau, daß wir Europarichtlinien, Bundesgesetze, Landesgesetze und vieles andere tagtäglich zu vollziehen haben – und es wird immer mehr. Meine verehrten Damen und Herren, ich kenne keinen einzigen Beschluß irgendeiner gesetzgebenden Körperschaft oder Verordnung oder was immer von einer Bundes-, Landes- oder EU-Regierung, wo drinnenstehen würde, hoppala, da haben wir jetzt weniger Aufgaben, und wir machen etwas weniger. Ich möchte jetzt gar nicht auf die ideologische Debatte eingehen, ob man mehr Staat, weniger Staat oder was immer auch hat. Aber, meine verehrten Damen und Herren, das ist das, womit wir uns intensiv auseinandersetzen müssen. Es ist systemimmanent, daß wir einfach entgegen unseren Sonntagsreden immer mehr machen. Wie gesagt, es braucht sich hier niemand persönlich mit dem Wort Sonntagsreden angesprochen fühlen, sondern das ist auch ein parteiübergreifendes Phänomen, aber es wird immer mehr. Jedes Gesetz bringt ein Mehr an Aufgaben. Ich kenne keine öffentliche Gebietskörperschaft, die jemals gesagt hätte, moment, wir reduzieren irgendeinen Aufgabenbereich. Das muß man ernst nehmen, weil das Problem nur eine Wurzel hat und ein Perpetuum mobile ist. Deswegen, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich niemandem nahe-treten. Das ist ein ernsthaftes Problem, das nicht nur die Österreicher alleine haben, wir allerdings in einem besonderen Ausmaß. Dabei darf ich Ihnen einen zweiten Punkt, der sehr verkürzt immer wieder drüberkommt, meine verehrten Damen und Herren, hinzufügen: Ich glaube schon, daß wir uns mittelfristig, und nicht nur langfristig, Gedanken darüber machen müssen, daß wir mit der EU eine neue gesetzgebende Körperschaft über uns drüber bekommen haben und natürlich auch einen neuen Verwaltungsapparat drüber bekommen haben. Ich kann mir schwer vorstellen, daß Österreich seine gute Position, die Österreich heute weltweit in allen Daten hat, auf mittlere Sicht auch nur aufrechterhalten kann, wenn wir nicht eine Bereinigung unseres Strukturgefüges haben. Denn, wie schon gesagt, ich kann nicht sagen, ich habe die EU, das nehme ich alles dazu, ich tue im Bund so weiter, als ob nichts geschehen wäre, obwohl das Bundesparlament – ich sage einmal über den Daumen gepeilt – zur Hälfte bis zwei Drittel seiner Aufgaben eigentlich entledigt ist, und, meine verehrten Damen und Herren, was wir in den Landtagen machen oder auch in der Landesregierung, damit es hier kein Mißverständnis gibt, das muß meiner Meinung nach überdacht werden. Daß die Kommunen eine eigene genuine Aufgabe haben, liegt auf der Hand, und diese werden wir am wenigsten mindern können. Wie schon gesagt, an der EU werden wir auch sehr wenig reduzieren können, denn das ist zum Unterschied einer weit verbreiteten Legendenbildung zu dem, was wir in

den nationalen Regierungen haben, und zu dem, was wir bei uns in den Landesregierungen haben, vergleichsweise wenig an Bürokratie, wenn wir davon schon sprechen. Meine verehrten Damen und Herren, ich kann dem nichts abgewinnen, daß wir einfach das eine so laufen lassen und dann halt hin und wieder sagen, und da bin ich völlig bei dir, Herr Abgeordneter, daß wir im Bereich der öffentlichen Verwaltung unter dem Strich zumindest zu keiner Ausweitung kommen dürfen, weil das ist in vielfacher Hinsicht für die Entwicklung unseres Landes und unserer Gesellschaft hinderlich. Wenn ich manches Mal sage, ich vollziehe ein paar Gesetze nicht, meine verehrten Damen und Herren, dann möchte ich nur darauf aufmerksam machen, daß das Problem von uns allen offensichtlich nicht erkannt wird. Lieber Herr Kollege Wiedner, das ist nicht ein Problem des Personalreferenten allein. Wir haben uns in den letzten Jahren, und die mühevollen Umsetzer sind hinten, sehr bemüht. Ich bilde mir ein, wenn ich das richtig sehe, vielleicht mit Ausnahme von Vorarlberg, gibt es kein einziges Bundesland, das netto eine Dienstpostenreduktion in den letzten Jahren zustandegebracht hat, vom Bund gar nicht zu reden, obwohl man darüber immer in den Zeitungen liest. Wir haben das zustandegebracht, und dafür mein Respekt, und dafür meine Anerkennung an die Damen und Herren, die das umgesetzt haben. Nur, meine verehrten Damen und Herren, alles hat seine Grenzen. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß wir alle gefordert sind, diesem Zustand ernsthaft entgegenzutreten, denn es verbirgt sich dahinter noch ganz etwas anderes, denn man kann sehr schwer behaupten, daß Österreich ein Rechtsstaat ist. Wir haben mittlerweile eine Gesetzgebungsmaschinerie, die niemand mehr auch nur von den Überschriften her überblicken kann. Kein Universitätsprofessor, kein Richter, kein Rechtsanwalt, kein Staatsanwalt hat auch nur den Überblick über seinen Fachbereich, geschweige denn einen generellen Überblick über das, was wir jahraus, jahrein an Gesetzgebungsmaschinerie in Österreich sozusagen laufen haben. Mir scheint das schon ein sehr gewichtiges Strukturproblem, und ich weiß schon, das kann man nicht über Nacht ändern. Wir müssen uns daher Strategien überlegen, wie wir mittelfristig mit diesen Dingen umgehen, denn ich habe immer zwei Möglichkeiten in der Demokratie: entweder ich lasse ein System so lange versauen, bis ich in die Wand fahre, das absolute Crasheszenario, oder ich bemühe mich mit wohlüberlegten und trotzdem substantiellen Reformschritten, ein System permanent zu reformieren. Das ist, glaube ich, die Aufgabe, der wir uns generell und im speziellen Fall stellen müssen.

Und ich möchte abschließend, meine verehrten Damen und Herren, einen zweiten Punkt kurz ansprechen. Im übrigen, Herr Kollege Wiedner, diese Kostenvermehrungen resultieren zum guten Teil daraus, aus einer Sache, die wir – glaube ich – parteiübergreifend auch in Angriff genommen haben, daß wir mehr Lehrlinge einstellen, daß wir Verwaltungspraktikanten einstellen und daß wir auch Ausbildungsjuristen einstellen. Es ist der Großteil dieser zusätzlichen Kostenpositionen, die wir haben. Und dies kannst mir noch einmal glauben, und bin ich auch gerne bereit, im Detail das mit den verantwortlichen Damen und Herren durchzugehen, daß wir die ange-

sprochenen Einsparungserfolge in den letzten Jahren erzielt haben. Sonst würde die Sache noch ganz anders ausschauen.

Zweiter und letzter kurzer Punkt, meine verehrten Damen und Herren, und den halte ich auch für sehr wichtig. Um zu einer wirklichen substantiellen Systemreform zu kommen, müssen wir unser Besoldungssystem ändern. Wir sind jetzt darangegangen, einige Eckpfeiler in den nächsten Monaten auszuarbeiten. Ich darf nur in Klammer dazusagen, die Vorarlberger, die da in all diesen Bereichen für mich ein Vorbild sind, arbeiten seit knapp zehn Jahren an dieser Reform. Die Oberösterreicher arbeiten – glaube ich – auch einige Jahre daran, der Bund hat daran gearbeitet und einen Blödsinn gemacht, wie so oft in solchen Dingen. Das wollen wir nicht, wir werden aber in den nächsten Monaten eine Besoldungsreform vorbereiten, die dann den auch immer eingeforderten Kriterien von mehr Effizienz, von mehr Flexibilität, von mehr Durchlässigkeit, von einer Angleichung der Vertragsbediensteten an die Beamten, die also diesen Kriterien Rechnung trägt, und es wird ein schwieriges Stück Arbeit, meine verehrten Damen und Herren. Wir werden – wie gesagt – im Herbst einmal die Eckpfeiler in die Regierung einbringen. Ich hoffe, daß das dann auch einen allgemeinen Konsens aller Fraktionen findet. Wir werden das in den nächsten Jahren Stück um Stück auch umsetzen. Ich sage aber auch dazu, meine verehrten Damen und Herren, das wird eine Sache, die auch Geld kostet. Und da ich den Finanzreferenten damit nicht belästigen will, daß wir mehr Geld für das Personal brauchen, müssen wir wieder mehr Leute einsparen, damit sich das einigermaßen selbst finanziert, eine solche Reform. Eine dritte Möglichkeit sehe ich nicht. Das wiederum kann ich nur, wenn wir uns auch darauf verständigen zu sagen, hoppala, es muß zumindest einmal ein Nullsummenspiel aufgestellt werden. Das heißt, ich werde bei jedem Gesetz und bei jedem Entschluß, der hier gefaßt wird, mir erlauben zu sagen, bitte, okay, wenn ich eine neue Aufgabe habe – das gibt es, es gibt neue Aufgaben –, zu jeder Zeit, aber wo reduzieren wir dann? Und dann möchte ich schon auch eine Debatte über diese zweite Seite der Medaille, weil sonst wird sich das – wie gesagt – unter dem Strich nicht ausgehen. Ich bitte Sie, bei dieser sehr wichtigen, nämlich auch fürs Gesamtbudget, wie es richtigerweise angesprochen wurde von mehreren Damen und Herren, sehr, sehr wichtigen strukturellen Frage der Landespolitik auch mit dabei zu sein. Ich darf für die Frau Landeshauptmann im Sinne der Arbeits- und Redeökonomie noch eine Antwort geben auf die Frage nach den EU-weiteren Vorgängen. Es wird am Freitag in Wien bekanntlich die Verhandlungen geben über die zukünftige Kulissengestaltung in Österreich, und die Damen und Herren des Hauses werden selbstverständlich darüber informiert, und die Steiermark wird dort auch bestens vertreten sein. Danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 15.20 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen somit zu vier Abstimmungen:

Erstens: Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der FPÖ, betreffend Auslaufen der Presseförderung, ihre Zustimmung geben, um ein deutliches Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Zweitens: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Grünen, betreffend Reduktion der Aufwendungen für Repräsentation, zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat auch nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Drittens: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Anträgen und Posten der Gruppe 0 des Landesvoranschlages 2000 zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Viertens ersuche ich die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des Liberalen Forums, betreffend Gemeindegleichbehandlungsbeauftragte, zustimmen, um ein Handzeichen. Danke.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen somit zur Gruppe 1, „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Majcen, dem ich das Wort erteile.

Abg. Majcen (15.21 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 1, „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“, besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten: Feuerwehrwesen, Feuerweherschulen, Förderung der Brandbekämpfung und Brandverhütung, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Katastrophendienst, allgemeine Angelegenheiten, Gewässerschutzmaßnahmen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Landesverteidigung, Zivilschutz, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

In der Gruppe 1 ergeben sich für den Landesvoranschlag 2000 folgende Gesamtsummen:

Ausgaben 118,252.000 Schilling, Einnahmen 2,667.000 Schilling. Es wird der Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 1 für das Haushaltsjahr 2000 gestellt. (15.23 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile als erstem Hauptredner dem Herrn Abgeordneten Herrmann das Wort.

Abg. Herrmann (15.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Gruppe 1, „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“, hat die Feuerwehr den höchsten Stellenwert; ob es sich finanziell oder auch durch Bekanntheit oder an Mitgliedern handelt. Finanziell vom Gesamtbudget in der Gruppe 1 von 118,25 Millionen gehören 97,16 Millionen zur Feuerwehr, also sprich, das sind 82,16 Prozent. Grundsätzlich, kann man sagen, ist es sehr, sehr erfreulich, daß eben bei der Feuerwehr noch immer junge Leute sind, die mit Elan und mit Ehrgeiz dabei

sind bei der Sache, die hier Wettbewerbe machen, damit sie eine gute Leistung bringen, die bereit sind, sehr viel Freizeit, manchmal auch die Gesundheit und sogar das Leben für andere zu opfern, und hier vor allem bei den Übungen, wo man dann sieht, wenn wirklich ein Brand oder ein Gebrechen eintritt, daß eben alles sehr gut vorbereitet ist und daß sie hier hohe Werte sichern und auch Leben sichern. Ein bißchen ein Wermutstropfen sind die Feuerwehrfahrzeuge und Geräte. Meiner Meinung nach sind diese noch immer viel zu teuer. Denn wenn man schaut, wieviel Eigenleistungen die Feuerwehren über die Feste hier einbringen, wo sie unentgeltlich soviel arbeiten. Zum Glück gibt es heute ja den Versicherungsschutz, wir haben ja sehr oft miterlebt, daß eben bei einer solchen Feier etwas passiert ist, und er hat nicht einmal eine Unfallversicherung gehabt. Sie leisten sehr viel zu diesen Anschaffungen, und auf der anderen Seite werden sehr viele Geräte zu teuer verkauft, weil nicht soviel Anbieter sind. Ich habe nur einen Vergleich: Ein TL 4000, das 1981 1,5 Millionen gekostet hat, kostet heute ein Kleinlöschfahrzeug. Das muß man sagen, natürlich, die Geräte müssen immer aufwendiger werden. Man braucht in einem Kleinlöschfahrzeug viel mehr verschiedene technische Geräte, denn die sogenannten Brandeinsätze gehen immer mehr in der Gesamtsumme gegenüber den sogenannten technischen Einsätzen zurück.

Worte zur Feuerschutzsteuer. Ich muß dazusagen, die Erläuterungen sind sehr gut, da muß man dem Katastrophenreferat wirklich ein Kompliment aussprechen, nur, da kenne ich mich nicht richtig aus. Denn es heißt, 80 Prozent der Feuerschutzsteuer gehört jetzt dem Landesfeuerwehrverband, wo er das weitergeben kann. Wenn ich hier sehe, daß an der Feuerschutzsteuer nach den Erläuterungen 96,302.000 Millionen Schilling eingenommen werden, dann steht hier: „Weil diese Feuerschutzsteuer ist eine Einnahme.“ Es steht weiters: „Dieser Betrag beinhaltet bereits die Personalkosten des Landesfeuerwehriinspektorates und der Feuerwehr- und Zivilschutzschule Steiermark“ – das wäre eine Ausgabe. Bedeutet das, daß von diesen 96 Millionen Schilling die Kosten der Feuerwehr- und Zivilschutzschule und des Landesfeuerwehriinspektorates abgezogen sind? Ich möchte, daß man mir das erklärt, denn ich habe im Voranschlag nicht erkennen können, denn wenn ich von 96 Millionen Schilling 80 Prozent nehme, wären das 77 Millionen Schilling. Ich sehe aber keinen Ausgang, daß das rübergeht. Ich bitte daher um Aufklärung. Die Feuerwehr- und Zivilschutzschule ist hervorragend, und jeder Posten dazu ist hier im Unteranschlag angeführt und ist sehr aufschlußreich. Dafür muß man sich wirklich bedanken. 41,2 Millionen Schilling kostet im ordentlichen Haushalt diese Feuerwehr- und Zivilschutzschule. Im außerordentlichen Haushalt sind 2 Millionen Schilling für den Weiterbau enthalten. Wir wissen, daß in dieser Schule hervorragende Arbeit geleistet wird. Jeder Bürgermeister, der draußen ist, sieht, was seine Feuerwehrleute dort lernen – auch Feuerwehrfrauen sind schon dort. Man muß ein großes Lob dafür aussprechen: Ich komme jetzt zum Zivilschutz. Beim Zivilschutz könnte meiner Meinung nach jeder selbst viel tun, ist Selbstschutz im Haus, daß man sich selbst schützt, indem man ordentliche Fenster oder ordentliche Türen hat, damit nicht

eingebrochen werden kann. Ich muß dazusagen, daß hier sehr Gutes in Schulungen von Zivilschutzstellen geleistet wird, aber auch sehr viel bei den Ausstellungen, wo man die verschiedensten Sicherheitssysteme besichtigen kann. Bei der Bevorratungen in den Familien wird zu wenig getätigt. Für die Schutzräume sind 540.000 Schilling an die Gemeinden vorgesehen. Beim Rechnungsabschluß 1998 sind nur 100.000 Schilling verbraucht worden – das leidet ein bißchen. Man müßte schauen, wie man das ein bißchen in Schwung bringen könnte. Zivilschutz oder Schutz in der Familie beginnt einmal mit Frieden in der Familie, aber auch mit Frieden in der Gemeinde. Es gibt nichts schlechteres für einen, wenn man in der Gemeinde streitende Nachbarn hat, der in der Gemeinde die Verantwortung trägt. Ich muß sagen, das ist schon sehr bedauerlich. Beim Katastrophendienst gibt es eine Steigerung: Im Voranschlag 1998 waren 5,35 Millionen Schilling, und im Voranschlag 2000 sind 16,050 Millionen Schilling. Aber das sind die Auswirkungen von dem von uns beschlossenen Katastrophenschutzgesetz, das sich mit 10,7 Millionen Schilling zu Buche schlägt. Wir wissen, wie wichtig Katastrophendienste und wie wichtig Katastrophenhilfe sind. Es sind voriges Jahr sehr viele Katastrophen passiert, wo wir gedacht haben, das gibt es nicht. Ich nenne hier nur Lassing, unvorstellbar bis zu diesem Zeitpunkt, daß so etwas passieren könnte. Weiters haben wir in Tirol die Lawinen- und Murenabgänge gesehen. In unserem Bereich, in der Ost- und Südsteiermark, haben wir mit Überschwemmungen und in letzter Zeit mit Sturm und Hagel zu kämpfen. Es ist wichtig, daß man hier vorbereitet ist. Es sind hier für Relaisstationen 1,184 Millionen Schilling vorgesehen. Für den Bau der Landeswarnzentrale sind 5,813 Millionen Schilling vorgesehen. Gewässerschutz gehört auch zur Sicherheit. Das Wasser wird in Zukunft das wichtigste Gut sein – oder ist es schon. Wie gehen wir mit unserem Wasser um? Altdeponien, die noch immer nicht saniert sind. Da brauchen zuviel die Wiener oder die Fischerdeponie von dem Geld. Zu den Müllablagerungen muß ich sagen, daß es erstrebenswert wäre, daß man den Müll nach Gewicht entsorgt. Ich fürchte, dann wird noch mehr in den Wäldern und auf den Parkplätzen landen. Meiner Meinung nach ist die Entsorgung der Kühlschränke eine Unsitte. Ich finde es richtig, daß jetzt bei jedem Neukauf die Entsorgungsgebühr zu bezahlen ist. Es gibt allerdings noch sehr viele alte Kühlschränke, und da sind einige der Meinung, wir könnten diese sehr billig entsorgen. Jeder sieht die vielen Ungarn, die zu uns kommen, wenn Sperrmüllabfuhr ist, die die Kühlschränke mitnehmen. Zu Hause werden sie dann ausprobiert, ob sie funktionieren. Wenn sie dann sehen, daß sie nicht gehen, werden sie einfach in den Wald hineingeschmissen. Wir wissen, welche große Gefahr durch diese Kühlschränke hier lauert. Beim Gewässer denken wir immer – und das steht auch im Voranschlag drinnen – über chemische Verunreinigung. Die größte Verunreinigung erfolgt durch das Abwasser. Ich glaube, es wäre vorrangig, daß man schaut, daß in allen Ortschaften eine Abwasserentsorgung vorhanden ist. Wir sehen, es rinnt noch sehr vieles ungeklärt in die Bäche. Ich weiß schon, das gehört nicht ganz dazu, aber eines muß ich schon sagen: Wenn ich jetzt höre, wir müssen hier nach oben begrenzen, dann sage ich, daß wir uns einmal im Landtag Gedanken

machen, wie können wir die Abwassergebühren senken. Wir müssen kalkulieren, denn ich habe so viele Kosten: dort habe ich so viele Kubikmeter oder Einwohnerequivalente oder Quadratmeter. Wenn wir das senken, dann müssen wir uns überlegen, ob wir bei jenen Ortschaften, die draußen am Land sind, die eine geringe Anschlußdichte haben, wieder zu einer 30-Prozent-Förderung gehen, wie sie schon einmal war. Wir Bürgermeister sind nicht jene, die die Leute abzocken, sondern wir kalkulieren. Ich zeige Ihnen einmal eine Kalkulation, die jedes Jahr gemacht werden. Es gibt die Meinung, daß wir hier das Eineinhalb- oder das Zweifache einnehmen. Von mir kann ich jedenfalls sagen ist das nicht der Fall. Ein Bürgermeister, der direkt den Kontakt mit der Bevölkerung hat, kann sich das nicht leisten, weil sonst ist er das nächste Mal sowieso nicht mehr gewählt. Ich bitte daher, wenn man senkt, dann müssen wir schauen, daß wir einen Ausgleich davon bekommen. Zum Abschluß komme ich zu den Rettungsdiensten: Auch hier muß ich sagen, wie bei den Feuerwehren, es wird hervorragende Arbeit geleistet. Es werden viele freiwillige Stunden vom Roten Kreuz, von der Bergrettung und von den verschiedensten Einsatzorganisationen geleistet, die zum Wohl der Bevölkerung sind. Wenn man zum Beispiel bei der Bergrettung sieht, wie viele Wahnsinnige hinaufgehen, dann müssen diese ihr Leben riskieren, so kann ich nur sagen, das ist traurig, und diese gehören ein bißchen mehr bestraft. Im ordentlichen Haushalt sind für die Rettungsdienste 15,4 Millionen Schilling veranschlagt und im außerordentlichen Haushalt eine Million Schilling als Zuschuß zum Neubau des Landesverbandsgebäudes, das 150 Millionen Schilling kostet. Sehr geehrte Damen und Herren, Sicherheit geht uns alle an. Wir sollten das Unsrige dazu beitragen, daß wir diese Einsatzorganisationen richtig dotieren, daß sie mit den besten Geräten und mit den besten Fahrzeugen ausgestattet werden. Namens der Sozialdemokratie möchte ich mich bei allen Einsatzorganisationen sehr herzlich bedanken! (Beifall bei der SPÖ. – 15.35 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

Abg. List (15.35 Uhr): Herr Präsident des Steiermärkischen Landtages! Frau Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren Kollegen! Werte Gäste, Zuhörer und Zuseher!

Die innere Sicherheit ist sehr eng verknüpft mit der Ausländerpolitik und, wie Sie wissen, von dieser entscheidend abhängig! Geradezu explodiert ist in letzter Zeit die Zahl der aufgegriffenen illegalen Grenzgänger. Die illegalen Grenzübertritte haben sich in den ersten fünf Monaten deutlich erhöht. Geschätzte Damen und Herren, waren es im Vorjahr von Jänner bis Mai noch exakt 5373 Aufgegriffene gewesen, so erhöhte sich die Zahl heuer bereits auf 13.031 Personen. Diese Steigerungsrate ist gewaltig. Sie ist nämlich ein Plus von sage und schreibe 142 Prozent. Allein im Mai, im letzten Monat, wurden 3721 Personen aufgegriffen, etwa dreimal soviel wie vor einem Jahr. Auch die Aufgriffe durch die steirische Grenzgendarmarie haben sich mehr als verdoppelt! Die meisten der Aufgegriffenen sind Kosovo-Albaner und Rumänen, aber

vor allem die Kosovo-Albaner, die der Kriegsgefahr und dem späteren Krieg entkommen wollten und entkommen konnten. Ich werde das in meiner Rede auch erläutern und darauf konkret eingehen, auf diese Flüchtlinge. Die, die geflohen sind, sind aber leider dadurch in die Hände von korrupten Schlepperorganisationen gefallen und müssen bis zu 25.000 Schilling und noch mehr für die eine Reise in den goldenen Westen zahlen. Die Beamten unserer Grenzgendarmarie werden täglich mit diesen menschlichen Tragödien konfrontiert. Angebot und Nachfrage bestimmen den Schleppermarkt. Den bisher größten Aufgriff von Illegalen in der Steiermark haben die Abteilungen in Klöch erzielt. Dabei wurde ein Klein-Lkw gestopt, in den 56 Kosovo-Albaner, unter ihnen auch vier Kinder, gepfercht waren. Das Schlepperunwesen macht hier mit den Schicksalen dieser Menschen brutalen Profit. Die aufgegriffenen illegalen Grenzgänger sind – wie Sie wissen – nur ein Bruchteil jener, die das österreichische Staatsgebiet erreichten und die Grenze überschritten haben. Die Dunkelziffer dürfte nämlich wesentlich höher sein und liegt in anderen Bereichen. Und zwar deshalb, weil die Grenzüberwachung derzeit nicht in der Lage ist, die österreichische Grenze an der EU-Außengrenze zu sichern. Sie ist nämlich viel zu löchrig und brüchig. Zurückblickend auf die letzten 20 Jahre, hat sich der Ausländeranteil umgerechnet auf die österreichische Bevölkerung fast vervierfacht. Die 10-Prozent-Marke am Österreichanteil wurde längst überstiegen. Ich glaube daher, geschätzte Damen und Herren, daß das innerstaatliche Sozialgefüge gerade in diesem Bereich massivst gefährdet ist. (Abg. Dr. Wabl: „Was glaubst du, was in der Monarchie war?“) Dort wollt ihr vielleicht wieder hin, Martin. Aber ich weiß nicht, da müßt ihr stärker werden.

Ich denke für mich und für die meisten dieses Hauses, daß die Zumutbarkeitsgrenzen unserer Gesellschaft von Zuwanderung, vor allem auch Asyl und Integration, sehr wohl schon erreicht sind. Das mögliche Konfliktpotential, die Ausländer, die Zuwanderung dieser Ausländer, das darf nicht mehr gesteigert werden. Umso erfreulicher ist es, daß jetzt die meisten – wie du es bereits gesagt hast – der rund 5200 während des Krieges von Österreich aufgenommenen Kosovo-Albaner in das Kosovo, ihre Heimat, zurückkehren wollen. Auch die rund 850 von der Steiermark aufgenommenen Flüchtlinge aus dem Kosovo sollten so bald wie möglich nach Hause zurückkehren und dort am Wiederaufbau ihrer Heimat helfen und mitwirken.

Ich darf mich hier an dieser Stelle bei allen Verantwortlichen bedanken, die die Aufnahme der Flüchtlinge mitorganisiert und gestaltet haben. In insgesamt fünf Einsätzen wurde das ermöglicht. Bei den insgesamt damals beteiligten 18 Hilfsorganisationen, den Beamten der Bezirkshauptmannschaft, der Exekutive und dem eingeteilten Kader des Österreichischen Bundesheeres. Unter der Führung der Abteilung für Katastrophenschutz sind diese humanitären Einsätze beispielhaft gewesen. Dementsprechend aber soll jetzt nach Ende des Kosovo-Krieges die Rückkehr dieser Flüchtlinge ermöglicht und auch organisiert werden. Und das, geschätzte Damen und Herren, so rasch als möglich, um auch dem Wunsch der Kosovo-Albaner zu

entsprechen, ginge es nach einer Information des Innenministeriums, die vor kurzem die Runde gemacht hat. Wenn wir schnell ihre Heimkehr ermöglichen, helfen wir – glaube ich – doppelt beim Wiederaufbau. Eine Integration wird von unserer Seite abgelehnt, eine Integration dieser Flüchtlinge! Es darf uns nicht Ähnliches passieren, wie schon vor wenigen Jahren im Bürgerkrieg von Bosnien. Damals sind nämlich 95.000 Bosnier nach Österreich geflüchtet. Davon – Martin, du weißt es – sind nicht ganz 70.000 in Österreich geblieben. Das bedeutet, sie haben entweder eine Aufenthaltsbewilligung oder eine Aufenthaltsgenehmigung und eine Arbeitsbewilligung erhalten. Leider auch eine traurige Folge dieser explosionsartigen Zuwanderung ist die Zahl der arbeitslosen Ausländer. Insgesamt sind derzeit – und das beweisen Statistiken und belegen das – 36.000 Ausländer ohne Job. Ich glaube, hier ist es richtig, wenn wir vor allem auf das Versprechen des von der sozialdemokratischen Seite nicht unbedingt geliebten Innenministers Schlögl vertrauen. Für dieses Jahr, für 1999, hat er nämlich gesagt und festgehalten: „Die Zuwanderung wird gestopt!“ (Abg. Mag. Erlitz: „Wir schätzen ihn sehr!“) Dann ist es gut! Es freut uns, daß dieser Innenminister sehr, sehr viele freiheitliche Forderungen bereits umgesetzt hat, wie du weißt, Herr Kollege Mag. Wolfgang Erlitz. Ich glaube, und da bin ich sicherlich nicht allein hier in diesem Haus, daß Österreich sich keinen weiteren Zuzug von Ausländern leisten kann und diese auch nicht mehr verkraften wird. Wir Freiheitlichen fordern daher endlich eine konsequente Fremdenpolitik im Interesse aller Österreicher!

Einen weiteren Bereich, den ich hier im Zuge dieser Sicherheitsdebatte noch anschneiden möchte, ist der Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Und wie wichtig dieser Kampf ist, zeigt vor allem der großartige Erfolg, die erfolgreiche Sprengung des nigerianischen Drogenringes bei einer Großrazzia vor kurzem. Diese Operation wurde zum ersten Mal unter Anwendung von Lauschangriffen durchgeführt. Wie Sie wissen, wurden damals, das war Ende Mai, mehr als 100 Mitglieder, meist Schwarzafrikaner, im besonderen Nigerianer, der strengstrukturierten Drogenbande observiert. Diese Kriminellen handelten vorwiegend mit harten Drogen, wie Kokain und Heroin, in Wien, Graz und Linz. Im Zuge dieser größten Drogenrazzia in Österreich wurden auch in Graz rund zehn Privatwohnungen von der Exekutive aufgebrochen und durchsucht. Darunter bedauerlicherweise auch notwendig das Caritas-Heim in der Leonhardstraße. Allein in Graz wurden damals bei dieser Observation und bei der anschließenden Überprüfung insgesamt 18 Schwarzafrikaner festgenommen und ein beträchtlicher Teil der harten Drogen mit einem Schwarzmarktwert von mehreren Millionen sichergestellt. Bedenklich aber ist bei diesem Kriminalfall die Tatsache, daß rund 80 Prozent aller Festgenommenen als Asylwerber in Österreich lebten. Auch in Graz wird die Zahl der schwarzafrikanischen Asylwerber mit 400 bis 600 angegeben. Insgesamt sollen derzeit in Graz annähernd also mindestens 1500 bis 2000 Schwarzafrikaner leben. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ist das die größte Zahl der in Österreich lebenden Schwarzafrikaner. Einige von ihnen mit Grazer Wohnsitz betätigen sich immer

wieder in der Wiener Drogenszene. Das - glaube ich - ist eines der größten Probleme. Und diese Kriminalität ist besonders von uns gemeinsam zu bekämpfen. Von seiten der Freiheitlichen nochmals, auch hier an dieser Stelle, jedem einzelnen, der mitgeholfen hat, damit der Drogenring zerschlagen wurde, eine Anerkennung und ein herzliches Dankeschön. Sie alle nämlich leisten einen wesentlichen Beitrag zur inneren Sicherheit und Stabilität! (Beifall bei der FPÖ.)

Und als Abschluß meines Beitrages zur Sicherheitsdebatte ein Thema, das eigentlich wie ein Alptraum in den letzten Monaten oder wie ein Damoklesschwert über uns schwebt, nämlich der Alptraum „Tunnel“, der uns vor kurzem mit aller Wucht getroffen hat. Und wenn Sie die Zeit verfolgen, könnte es als das schwarze Jahr der Verkehrsgeschichte eingehen, das Jahr 1999. Im März wurde der einröhrige Straßentunnel unter dem Montblanc zum Inferno. Ein technisches Gebrechen hat hier zu einer Selbstentzündung eines mit Mehl und Margarine beladenen Lkws geführt. 40 Menschen sind dabei qualvoll erstickt und anschließend bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Über 24 Stunden lang konnte das Feuer wegen der gigantischen Hitzeentwicklung von 1000 Grad Celsius und mehr nicht gelöscht werden. Wenige Wochen später, am 29. Mai, in der Woche nach Pfingsten, verursachte ein junger Lkw-Fahrer im Tauern Tunnel eine ähnliche Katastrophe. Bekanntlich - Sie wissen das - verloren dabei zwölf Menschen ihr Leben. Diese Tunnelinfernos mit ihren schrecklichen Bilanzen haben endlich und hoffentlich auch die Experten und die Verantwortlichen wachgerüttelt. Nach einem Lokalaugenschein im Plabutsch- und Gleinalmtunnel erklärte dazu ein Profi, das ist - und Sie kennen ihn alle - der ehemalige Branddirektor Dr. Otto Widetschek, wörtlich: „Ich prophezeie auch bei uns solche Katastrophen!“ Widetschek meint, daß auch die steirischen Tunnels Todesfallen sein können. Aus einer Studie des Wirtschaftsministeriums geht insbesondere hervor, daß der Plabutschtunnel die meistbefahrene Röhre Österreichs ist. Es fahren rund 21.000 Fahrzeuge, davon ein Drittel, zirka 7000 Lkw, täglich durch. Gleichzeitig donnern und brausen auch durch den Gleinalmtunnel rund 17.000 Fahrzeuge täglich. Die Spezialisten und auch Widetschek meinen, daß der Plabutschtunnel weit kritischer als der Tauern Tunnel ist. Ständig lauert der Tod in diesen Röhren. Zwei Beispiele: Waren es noch im Herbst letzten Jahres einige Unfälle mit Sachschaden und kleineren Verletzungen, so kam es doch Anfang letzten Novembers bedauerlicherweise zum ersten großen und schweren Verkehrsunfall. Dabei sind zwei Lkw ineinandergedrückt. Offensichtlich durch einen Sekundenschlaf kam es zu diesem schrecklichen Unfall, bei dem ein Lenker starb. Die geschockten Helfer haben damals ein Bild des Grauens wie nach dem Bombenangriff vorgefunden. Die Aufräumarbeiten haben stundenlang gedauert. Die Folge war ein Verkehrsinfarkt und Verkehrschaos im Großraum Graz. Vor wenigen Tagen, am 12. Juni, verlor ein mit Gefahrgut beladener Lkw im Plabutschtunnel ein Rad. Dieser gefährliche Zwischenfall, geschätzte Damen und Herren, ging zum Glück noch glimpflich aus. Es mußte lediglich der Tunnel stundenlang gesperrt werden, und wieder kam es zu einem Verkehrsinfarkt. Diese Katastrophen

waren auch Thema beim Landesfeuerwehrtag am letzten Samstag in Markt Hartmannsdorf. Auch hier wurde festgestellt, daß jederzeit solche Katastrophen möglich sind. Oberbrandrat Karl Planinsic - er ist ein Offizier der Grazer Berufsfeuerwehr - bestätigt das. Er zeigt gleichzeitig auf, daß hier die Einsatzorganisationen und die freiwilligen Helfer bei solchen Katastrophen ähnlicher Dimensionen machtlos sind. Sie sind einfach dieser Gewalt ausgeliefert. Auch die bestausgebildeten und ausgerüsteten Einsatzkräfte werden dabei leider immer wieder vor ihren Grenzen stehen. Es ist jetzt schon zynische Realität, Frau Landeshauptmann, daß diese schrecklichen Katastrophen vermutlich den Bau der zweiten Röhre des Plabutschtunnels beschleunigen werden. Ich muß Sie hier schon fragen, denn Ihr Herr Klubobmann hat heute gesagt, daß das Wort der Frau Landeshauptmann alles ist. „Es gilt für uns, versprochen, angekündigt und durchgesetzt.“ Er hat auch gesagt, daß es heute eine Art Tag der Wahrheit sein wird. Ich kann es mir allerdings jetzt nicht verkneifen, folgendes zu sagen: Es war im März 1996, zwei Tage nach meiner Angelobung im Steiermärkischen Landtag, als ich das erste Mal bei der Eröffnung eines Betriebsgebäudes, einer großen Firma im Süden von Graz, war. Dort waren Sie, Frau Landeshauptmann, anwesend und haben in Ihren Grußworten erklärt, daß noch Ende des Jahres mit der zweiten Röhre des Plabutschtunnels begonnen wird! Das war im März 1996. Heute haben wir Juni 1999! Das heißt, drei Jahre ist nichts passiert - um hier nur ein Beispiel zu nennen. Man sollte daher nicht nur ankündigen, sondern auch jetzt diese zweite Röhre in Angriff nehmen. (Landeshauptmann Klasnic: „Habe ich Baubeginn gesagt? Haben Sie das Protokoll hier?) Ich erinnere mich noch sehr gut, als ich damals dort war. Ich habe mir gedacht, super, bei dieser Frau Landeshauptmann wird etwas weitergehen. Es gibt mehrere Zeugen. Sie haben damals gesagt, Ende des Jahres 1996 wird mit dem Bau der zweiten Röhre des Plabutschtunnels begonnen. Hoffentlich wird er jetzt gebaut! Herr Landesrat Ressel hat das auch schon angekündigt. Ich glaube, auf Grund dieser Tunnelunfälle sollte man nicht unbedingt im Bereich der Sicherheit sparen. Man sollte alles unternehmen, damit jetzt wirklich diese zweite Röhre gebaut wird. Geschätzte Damen und Herren, logischerweise veranlaßten diese Tragödien in den Tunnels kürzlich auch zu einer realistischen Übung. Feuerwehr und Rettung waren im Einsatz im Plabutschtunnel. Das Beüben dieses möglichen realistischen Horrorszenarios brachte als Ergebnis ein Bravo unserer Rettungsteams, die dort mitgewirkt haben. Man kann wirklich nur mit Stolz diesen Anerkennung zollen. Trotzdem, glaube ich, gelten bei Übungen andere Gesetze als im Ernstfall. Für uns Freiheitlichen und für Sie als Konsequenz aus der Tunnelkatastrophe, aus dem Bergwerkseinsturz von Lassing und dem Lawinenunglück in Galtür verlangen wir, daß der Zivil- und Katastrophenschutz ausgebaut wird. Diese drei Beispiele, diese drei traurigen Erfahrungen zeigen, daß es hier sicherlich zu wenig ausgebildete Kräfte gibt. Wir verlangen seit Jahren, daß auch der Zivildienst in Teilbereichen mit Aufgaben des Katastrophen- und Zivilschutzes betraut wird. Es wäre auch endlich notwendig, geschätzte Damen und Herren, die völlig verworrenen Kompetenzen im Bereich des Katastrophenschutzes zu bereinigen. Theo-

retisch gibt es hier die Generalkompetenz des Herrn Bundeskanzlers. Diese wird aber vom Bundeskanzler nicht wahrgenommen. Allein für den Strahlenschutz; wenn man hinterfragt, sind drei Ministerien zuständig: Das Landwirtschaftsministerium ist gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium für die Wildbach- und Lawinenverbauung zuständig. Der Katastrophenfonds wird vom Finanzminister verwaltet. Der Innenminister ist für die bundesweiten Warneinrichtungen zuständig. In den Zuständigkeitsbereich des Verkehrsministers fallen die Gefahrgütertransporte, und der Landesverteidigungsminister ist für die Hilfeleistung bei elementaren Ereignissen zuständig. Der Katastrophenschutz ist hier auf insgesamt acht Ressorts aufgeteilt! Ich glaube und stelle fest, daß dieser Kompetenzdschungel auf alle Fälle eingedämmt werden muß. Wir Freiheitlichen verlangen deshalb eine Neuordnung des Krisenmanagements! Die Verantwortung muß unbedingt auf ein Ressort gelegt werden. Wir könnten uns hier die gesamte Verantwortung für Katastropheneinsätze entweder beim Innenministerium oder beim Verteidigungsministerium vorstellen. Von den Möglichkeiten her wäre das Landesverteidigungsministerium idealer. Katastrophenschutz in eine Hand! Diese logische Konsequenz bedarf einer raschen Umsetzung. Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, die Bürger sollen und können im Anlaßfall die bestmögliche Hilfe von den Einsatzorganisationen erwarten! Die Rahmenbedingungen aber müssen wir hier und im Nationalrat, das heißt die Politik, schaffen! (Beifall bei der FPÖ. – 15.53 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Alfred Prutsch (15.54 Uhr): Geschätzte Frau Landeshauptmann, Herr Präsident!

Als Hauptredner meiner Fraktion in dieser Gruppe möchte ich in der mir vorgegebenen Zeit versuchen, einige Bereiche daraus anzusprechen. Es ist nur schade, daß Kollege Herrmann nicht da ist – ich hätte gerne vielleicht aufklärend gewirkt. Im ordentlichen Haushalt auf der Ausgabenseite des Feuerwehrwesens sind 97 Millionen Schilling veranschlagt. Auf der Ausgabenseite inklusive Feuerweherschule und Personal in den Erläuterungen stehen nur 71 Millionen Schilling. In den Erläuterungen ist es so, daß die Personalkosten nur ein Durchlaufposten sind, weil die Personalkosten in der Gruppe 0 veranschlagt sind, weil es Landesbedienstete sind. Vielleicht habe ich damit ein bißchen aufklärend wirken können. Verständlicherweise beginne ich mit der größten freiwilligen Einsatzorganisation, dem Feuerwehrwesen. Das vergangene Wochenende stand ganz im Zeichen der steirischen Feuerwehren. Der 115. Steirische Landesfeuerwehrtag in Markt Hartmannsdorf war wieder eine eindrucksvolle Demonstration für Ehrenamtlichkeit und professionelle Freiwilligkeit, worauf sich unsere Gesellschaft verlassen kann. Die Leistungen, welche unsere 47.000 steirischen Feuerwehrmitglieder vollbringen, sind im Tätigkeitsbericht für das Jahr 1998 eindrucksvoll festgeschrieben. Aus dieser einmaligen Leistungsbilanz möchte ich nur einige markante Punkte herausgreifen. Bezeichnend für die

Schlagkraft unserer freiwilligen Feuerwehren ist, daß bei Einsätzen 1998 868 Menschenleben gerettet werden konnten und ein Schaden von mehr als 3 Milliarden Schilling verhindert wurde. 3,9 Millionen unbezahlte Einsatz- und Arbeitsstunden wurden von den 47.000 steirischen Feuerwehrmitgliedern für die Allgemeinheit geleistet. Obwohl die Brandeinsätze 1998 sprunghaft angestiegen sind, überwiegen die technischen Einsätze mit 25.800. Gerade diese Einsätze setzen neben der allgemeinen Ausbildung eine fundierte Fachausbildung an der Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring voraus. Daß diese Ausbildung angenommen wird, zeigt die hohe Teilnehmerzahl in den einzelnen Kursen. Zusätzlich haben die Schulungs- und Übungstätigkeiten innerhalb der Wehren in der Breitenausbildung einen hohen Stellenwert. In 50.000 Veranstaltungen wurden dafür 790.000 Stunden aufgewendet. Erfreulich ist, daß die Bereitschaft unserer Jugend, im Feuerwehrwesen mitzuarbeiten, noch immer sehr groß ist. Im heurigen Jahr feiert die Feuerwehrjugend ihren 30jährigen Bestand. 5000 Jugendliche derzeit sind sicher ein Beweis für eine gute Nachwuchsarbeit als Investition in die Zukunft. Die Informations- und Kommunikationstechnik hat in den letzten Jahren auch bei den einzelnen Wehren Einzug gehalten. 250 Wehren sind bereits mit dem Landesfeuerwehrverband vernetzt, und 280 Wehren in der Steiermark haben bereits einen Internetzugang.

Die Novelle zum Führerscheingesetz hat im abgelaufenen Jahr großes Unbehagen innerhalb unserer Feuerwehren ausgelöst. Es waren große Anstrengungen des Verbandes notwendig, um diese Neuregelung für die Klasse C für das freiwillige Feuerwehrwesen zu entschärfen. Sie erinnern sich an die 0,1-Promille-Grenze bei der Lenkung von Fahrzeugen über 7,5 Tonnen. Die Einführung eines Feuerwehrführerscheines, angelehnt natürlich an den allgemeinen Führerschein, war sicherlich eine gute Lösung. Wäre diese Lösung nicht zustande gekommen, wäre die Schlagkraft unserer freiwilligen Feuerwehr weiter gemindert worden. Ein Problem, was die Schlagkraft im Einsatz weiter mindern kann, ist die Verfügbarkeit von freiwilligen Einsatzkräften in der Zeit zwischen 8 und 18 Uhr an Wochentagen. Eine Umfrage in meinem Feuerwehrbezirk innerhalb der 55 Wehren sagt aus, daß die Alarmsicherheit in dieser Zeit nur mehr zu 25 Prozent gegeben ist. Ausschlaggebend dafür ist meiner Meinung nach auch der große Strukturwandel im ländlichen Bereich, welcher noch nicht abgeschlossen ist. Und auch hier im Hohen Haus haben wir die Problematik der Verfügbarkeit von ausreichenden Einsatzkräften diskutiert. Unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat schon vor einiger Zeit auf diesen Umstand im freiwilligen Feuerwehrwesen aufmerksam gemacht. Diese Problematik gilt auch für alle anderen Einsatzorganisationen. Sie hat alle steirischen Gemeinden angeschrieben und die Bürgermeister ersucht, bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst Mitglieder einer freiwilligen Einsatzorganisation, wenn es möglich ist, zu bevorzugen. Eine Freistellung vom Dienst für den Ernstfall wäre leichter möglich als aus anderen Bereichen. Eine gesetzliche Regelung, wie dies in Deutschland praktiziert wird, wäre nicht sinnvoll. Wir wissen, daß dort ein Gesetz geschaffen worden ist, wo Betriebe verpflichtet werden, im Ernstfall, im Einsatz, ihren Angestellten, ihren

Arbeitnehmern frei zu geben. Das hat dazu geführt, daß viele Betriebe sich jetzt weigern, Mithelfer oder Mitarbeiter von freiwilligen Einsatzorganisationen einzustellen.

Der zweite Bereich, den ich ansprechen möchte, ist der Zivilschutz in der Steiermark. Hier gab es unzählige Aktivitäten des steirischen Zivilschutzverbandes. Seminare für die Entstehungsbrandbekämpfung nehmen im Veranstaltungskalender des Verbandes einen breiten Raum ein. Es werden damit Frauen und Männer aus allen Berufsschichten die ersten wirksamen Maßnahmen für den Ernstfall beigebracht. Zusätzlich konnten 4500 Grundwehriener und 830 Zivildienstler 1998 in der Entstehungsbrandbekämpfung ausgebildet werden. Die Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring wird in dieser Ausbildungsmaßnahme von den Freiwilligen Feuerwehren draußen vor Ort massiv unterstützt, damit eine breite Streuung innerhalb der Bevölkerung erreicht wird. Und hier möchte ich ansprechen im Zusammenhang mit dem Zivilschutz die Novelle zum Zivildienstgesetz des Bundes. Auf Grund dieser Novelle haben nun auch die freiwilligen Feuerwehren und das Rote Kreuz den Kostenersatz an den Bund zu leisten, und 35 Prozent aller Zivildienstler in Österreich sind in diesen beiden Organisationen tätig und leisten dort wertvolle Arbeit. Und die gesetzlich angeordnete Mindestvergütung in der Höhe von 1259 Schilling pro Monat und Zivildienstler belastet natürlich das Budget sehr massiv. Ich habe hochgerechnet, wenn ich die Zivildienstler hernehme, würde das in der Steiermark allein im Jahr zirka 4,5 Millionen Schilling ausmachen, wodurch diese Budgets belastet sind. Meine Fraktion hat heute einen Antrag in den Landtag eingebracht, daß hier diese Kosten auch vom Land refundiert werden sollen in Zukunft.

Der dritte Bereich ist die Notarztrettung sowie die Flugrettung. Die Steiermark verfügt über ein flächendeckendes Notarztssystem. In unserem Bundesland gibt es 22 Notarztstützpunkte, die Notärzte leisten für unsere Bevölkerung einen wichtigen, unverzichtbaren Dienst. Die rasche Hilfe vor Ort entscheidet oft über Leben und Tod. Das steirische Rote Kreuz verfügt derzeit über 4900 ehrenamtliche Helfer und 250 hauptamtliche Sanitäter. Ohne die freiwilligen Helfer würde eine rasche Hilfe nicht immer gewährleistet sein. Auch alle anderen Rettungsdienste sollen in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Die Flugrettung beziehungsweise der Hubschrauberrettungsdienst sind zu einem unverzichtbaren Bestandteil des steiermärkischen Rettungssystems geworden. Und man spricht ja nicht von ungefähr heute noch von der Klansic-Stunde im Zusammenhang mit dem Hubschrauberrettungsdienst. Die Kürzung der Bereitstellungszeiten des Bundes für die Rettungshubschrauber wurde von dir, Frau Landeshauptmann, spontan mit dem Hinweis repariert, daß das Land die Mehrkosten für einen weiteren effizienten Einsatz übernimmt. Seit September 1997 bis zum April dieses Jahres wurden 310 Einsätze mit einer Gesamtzeit von 2800 Stunden geflogen. Davon waren in den ersten vier Monaten des heurigen Jahres bereits schon 33 Einsätze mit 380 Stunden. Sehr geschätzte Frau Landeshauptmann, diese Zahlen beweisen, daß du richtig gehandelt hast und mit Herz und Kompetenz

Entscheidungen triffst zum Wohle unserer Steirer und Steirerinnen. Ich danke dir dafür! (Beifall bei der ÖVP.)

Im Arbeitsprogramm der steirischen Volkspartei ist dem Thema Sicherheit ein breiter Raum eingeräumt. Unsere Frau Landeshauptmann hat mit dem Projekt Herz-Lungen-Wiederbelebung, kurz genannt HLW, in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Roten Kreuz eine wichtige Initiative ergriffen als Beitrag für eine sichere Steiermark. Und es erinnern sich noch alle, auch die Mitglieder der Landesregierung und des Landtages haben im Rittersaal den Ernstfall und die dafür notwendigen Maßnahmen bei einem Kreislaufstillstand geprobt. Bei einem solchen Notfall sind die ersten Minuten einer fachgerechten Wiederbelebungsmaßnahme entscheidend über Leben und Tod des Betroffenen. Daher ist es erfreulich, daß die Steirerinnen und Steirer bereit sind, Erste-Hilfe-Kurse zu besuchen. Es haben bisher 508 Kurse mit 8250 Teilnehmern stattgefunden. Um die Ausbildung der Bevölkerung auf eine noch größere Basis zu stellen, wurde von unserer Frau Landeshauptmann eine HLW-Gutscheinaktion für 465.000 steirische Haushalte gestartet. Sie werden von ihr eingeladen, an einem Herz-Lungen-Wiederbelebungskurs teilzunehmen. Aus dem HLW-Budget konnten auch 43 Elektroshockgeräte angeschafft und dem Roten Kreuz übergeben werden. Geschätzte Damen und Herren, ich habe in meiner Wortmeldung versucht, einige Schwerpunkte der Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“ näher zu beleuchten. Und so meine ich, daß die Ausgaben im Budgetentwurf des ordentlichen Haushaltes von 118 Millionen Schilling in der Gruppe 1 seriös und gerechtfertigt sind. Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, ich danke dir für deinen Einsatz für die Belange der freiwilligen Einsatzorganisationen. Deine Arbeit genießt größte Anerkennung. Auch dem Vorstand der Katastrophenschutzabteilung, Herrn Hofrat Dr. Heinz Konrad, mit seinem Mitarbeiterstab sei gedankt. Im besonderen aber gilt in dieser Stunde der Dank den Tausenden freiwilligen und ehrenamtlichen Mitgliedern unserer Einsatzorganisationen. Sie sind unser Kapital für eine sichere Steiermark in der Zukunft. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.07 Uhr.)

Präsident: Wenn es unbedingt notwendig ist, dann werden wir nach dem Hauptredner Dr. Wabl – er ist derzeit der letztgemeldete Hauptredner – natürlich gerne eine Lüftungspause machen.

Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (16.08 Uhr): Ich werde mich bemühen, schon für einen Vorgeschmack auf die Durchlüftung zu sorgen.

Ich werde keine heiße Luft herausblasen, sondern etwas Konkretes sagen. Eigentlich hat mich die Rede meines Stellvertreters im Kontroll-Ausschuß, Kurt List, sehr nachdenklich gestimmt, vor allem deshalb, weil ich all diese Klischees, die hier immer verwendet werden, wiedergefunden habe. Thema Sicherheit, um die wir alle bemüht sind, und dabei geht es nicht nur um die innere Sicherheit, sondern es geht um die äußere Sicherheit. Jeder weiß, auch ich als Richter, aus

langjähriger Erfahrung, daß natürlich die Diskussion, wie man Sicherheit im Inneren erzeugt oder wie man ein Sicherheitsgefühl den Menschen vermittelt, eine endlose Diskussion ist, wobei sich immer wieder die Frage stellt, wo sind die Ursachen der Unsicherheit, wo sind die Ursachen für Kriminalität, wo liegen die Möglichkeiten, dem zu begegnen, welche Mittel muß man einsetzen, um schon präventiv zu wirken, in der Schule, im Elternhaus und, und und, und wie weit müssen wir durch Sicherheitskräfte das Sicherheitsgefühl und die tatsächliche Sicherheit verstärken? Man bewegt sich irgendwo zwischen den Utopien eines Christian Broda, der gemeint hat, wenn man den jungen Menschen Wertvorstellungen vermittelt und wenn man schaut, daß im Elternhaus positive Strukturen vorhanden sind, dann erspart man sich später viele Millionen für Aktivitäten im Gerichts- und Sicherheitsbereich und so weiter. Es gibt leider Gottes welche und, Kurt List, du gehörst offensichtlich auch dazu, die sich dann am sichersten fühlen, wenn möglichst viele Polizisten, möglichst viele Organe tätig sind, um vermeintliche Gefahren zu bekämpfen. Ich weiß schon, daß das ein sehr empfindliches Thema ist. Man kann natürlich Angst und Unsicherheitsgefühl durch die Ausländer erzeugen. Das ist ja ein sehr beliebtes Thema. Dann fordert man ständig wieder von neuem, daß hier eingegriffen wird. Mich hat sehr deprimiert dein Bild der Bedrohung durch Ausländer. Ich finde, es gibt unter den Ausländern Menschen, ich weiß das aus meinem Heimatbereich, die dort sehr wohl anerkannt in der Gemeinschaft ihre Aufgaben erfüllen. Es gibt auch Ausländer oder Ausländerinnen, die auch kriminell werden, wobei ich dazusagen muß, daß manchmal – und das soll jetzt keine Entschuldigung sein – die Situation dieser Menschen oft auch nicht einfach ist. Wenn du den Minister Schlögl besonders lobst, daß er die meisten eurer Vorschläge erfüllt hat, dann ist mir schon bewußt, daß wir kein Land sein können, wo der ungezügelte Zuzug möglich ist. Wir haben gar nicht die Möglichkeiten, all dem zu begegnen. Auf der anderen Seite kennt man die Zahlen, du kennst sie auch, wie viele Asylanten bei uns im Sinne der Menschenrechte Asyl bekommen, denn das sind Quoten, die mich mit einer gewissen Erschütterung befallen. Du hast alle in einen Topf geworfen und von Kosovo-Albanern und Bosniern gesprochen, daß so viele geblieben sind. Ich wünsche dir nie, und das sage ich auch am Stammtisch, daß du oder Leute, die in deiner Bewegung oder Gesinnungsgemeinschaft sind, irgendwann einmal in die Situation kommen, wo sie vor verschlossenen Türen stehen und um Asyl ansuchen und dann mit dieser Asylpraxis, die du forderst, konfrontiert werden. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn du jetzt sagst, Kurt List, die Kosovo-Albaner sollen sofort wieder zurückgebracht werden, dann sage ich, daß der Krieg dort nicht einmal noch beendet ist. Du kennst die Bilder aus dem Fernsehen, wo praktisch das ganze Land zerstört ist. Du bist aber der erste, der sagt, wieder hinunter, wir brauchen sie nicht. (Abg. List: „Unten helfen!“) Das ist aber nicht so einfach zu verwirklichen. Glaube mir, daß viele Kosovo-Albaner in ihre Heimat, obwohl dort noch viel vermint ist, zurückkehren wollen. Du baust hier ein Feindbild auf und sagst, hier wird für die Sicherheit zu wenig getan. Ich möchte mich hier auch hineindenken in jene Grenzgendarmen und in jene Grenzbundesheerler, deren

einzigste Aufgabe es ist, Leute, die zum Teil aus Gründen, daß in ihrer Heimat Krieg herrscht, oder aus anderen Gründen bei uns Zuflucht suchen, aufzuspielen. Im Radio höre ich dann immer wieder Erfolgsmeldungen, daß soundso viele aufgespielt wurden und dann wieder abgeschoben wurden, wobei ich dir schon recht gebe, daß natürlich das Handwerk der Schlepper mit aller Entschiedenheit zu verurteilen ist. Ich sage dir aber noch zwei Beispiele, damit du vielleicht spürst, was ich meine: Ich weiß nicht, ob du das meinst oder weißt. Es ist gefährlich, hier Feindbilder zu schaffen, alles in einen Topf zu werfen und den Eindruck zu erwecken, daß wir Österreicher von der Ausländerflut bedroht sind und unsere Sicherheit dadurch gefährdet ist. Ich halte diese Position für rundweg falsch, halte sie für menschenunwürdig, und ich halte sie für inhuman. Ich werde immer und überall dagegen auftreten, weil an den Stammtischen, wo ihr leider Gottes in der Frage eine gewisse Oberhoheit habt, immer wieder solche Positionen vertreten werden – du hast es erwähnt –, dieser Suchtgiftring. Es gibt auch Inländer, die bei Suchtgiftringen beteiligt sind, also nicht nur Ausländer, wie du es dargestellt hast. Das Suchtgiftproblem ist nicht ein Problem, das man so lösen kann, wie du glaubst, daß man möglichst viele Polizisten dorthin schickt, um alle Ausländer zu überprüfen, sondern das Problem sitzt viel tiefer und hängt mit dem zusammen, was ich vorher gemeint habe. Weißt du, was ihr bewirkt habt mit der Äußerung von eurem Vorsitzenden Jörg Haider, daß hier die Mörder unserer Jugend gezüchtet werden – die Caritas ist bereit, denen noch Asyl oder Obdach zu geben? Weißt du, was das bewirkt hat? Daß die so verdienstvolle Tätigkeit der Caritas, die seit Jahrzehnten in diesem Lande Anerkennung findet, quer durch alle Parteien, in Mißkredit gekommen ist (Beifall bei den Grünen) und daß eure Leute am Stammtisch und eure Leute in den Parteien geschrien haben, die Caritas mit dem Herrn Küberl züchtet Jugendmörder. Und ich wünsche euch nie, daß ihr einmal die Aktivitäten der Caritas in Anspruch nehmen müßt. Das wünsche ich euch. (Beifall bei den Grünen und der ÖVP.) Und wer solches sagt und wer solches sät, der wird Unheil auch ernten. Ich sage dir das im wahrsten Sinne des Wortes, und ich bitte dich, und ich halte dich für einen vernünftigen Menschen, ich bitte dich darum, in Zukunft mit diesen Attacken gegen die Caritas etwas sorgfältiger umzugehen. Und ich bitte dich, die großartige Leistung und die Tätigkeit der Caritas, vor allem auch des Präsidenten Küberl, hier zu würdigen. Ich bin auch Sammler für die Caritas. Und in Fürstenfeld gibt es genug, die viel Zeit dafür verwenden. Ich halte das für verantwortungslos, und ich halte das für gefährlich. Die Geister, die man ruft, wird man auch nicht los. (Abg. List: „Martin, hör zu. Einen Satz dazu!“) Du kannst auch zwei Sätze sagen. Ich sage es nur, ich bin erschüttert über diese Attacken gegen die Caritas. Und du hast das so nebenbei erwähnt, sie sind sogar in Caritas-Häusern in der Leonhardstraße untergebracht gewesen, damit hast du bekundet, daß du alle in einen Topf wirfst und die Caritas in ein schiefes Licht bringst. Und dagegen verwehre ich mich als Mitarbeiter der Caritas. Da kannst du zehnmal böse sein. (Abg. List: „Willst du den Kosovo in die Steiermark bringen?“) Ich wünsche dir nie, daß du die Aktivitäten, die Bemühungen der Caritas in Anspruch nehmen müßt. (Abg. Mag.

Bleckmann: „Willst du uns das Wort im Mund umdrehen?“) Dann soll man nicht da hier das in diese Richtung bringen. Jetzt – ihr kommt immer hinten nach, wir haben es nicht so gemeint – in Wirklichkeit. Ich habe genau aufgepaßt, wie du gesagt hast, im Heim der Leonhardstraße sind dort Drogenhändler beheimatet gewesen, als ob der Küberl und die Caritas schuld wären. Es gibt auch Österreicher, die wo leben und untergebracht werden und auch straffällig werden. (Beifall bei den Grünen.) Es gibt angeblich auch FPÖler, die strafbar und kriminell werden, das gibt es angeblich. Ist ja einer jetzt zurückgekehrt. Aber ich würde mich hüten zu sagen, alle FPÖler oder alle Funktionäre sind Kriminelle. Es gibt halt auch bei euch trotz eurer Sauberkeitsbemühungen Leute, die kriminell werden. Ich kann dir den Namen nennen. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. (Abg. Wiedner: „Das mußt gerade du sagen!“ – Abg. Porta: „Wer vergleicht die Freiheitlichen immer mit den Rechtsradikalen?“) Ich habe das nicht gesagt mit den Rechtsradikalen. Ich habe jetzt nur gesagt, daß ich es für verantwortungslos halte, die wertvolle Tätigkeit der Caritas in der Steiermark und in Österreich hier in Mißkredit zu bringen. Das, was passiert ist, ich halte das einfach für gefährlich, und ich wünsche euch nicht, daß eure Leute oder Leute in eurem Umkreis die Caritas brauchen. Weil jeder Mensch, der die Caritas braucht, braucht unsere Hilfe. Und das war in dem Fall verantwortungslos. (Beifall bei den Grünen.) In dem Fall habt ihr provoziert, daß am Stammtisch gegen die Caritas hier Stimmung gemacht wird. (Abg. List: „Klare Fakten liegen am Tisch!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Du probierst, uns das Wort im Mund umzudrehen!“)

Ein Zweites: Es freut mich, daß ich euch so aufgebracht habe. Wenn man die Wahrheit sagt, dann entsteht eine gewisse Erregung. (Abg. List: „15 Minuten sind um!“) Vier Minuten habe ich noch, willst du die Präsidentenaufgabe übernehmen? Herr Präsident, der Herr Kollege List möchte gerne, er hat eine eigene Uhr. Aber du hast mich so lange unterbrochen, daß ich schon eine Minute Gutschrift hätte. (Abg. List: „Du läßt dich nicht unterbrechen!“) Nein, das wissen wir so. Aber euren sogenannten Erfolgsrun, den werden wir sicher unterbrechen, da könnt ihr sicher sein. Ich habe hier ein Papier mit, es ist einmal die Diskussion gewesen, es ist auch heute gar nicht der Platz, daß man über das so breit spricht, die Gerichtsorganisationen der Steiermark. Da geht es auch um die Frage der Bezirksgerichte, wie man vor Ort Bürgernähe demonstriert, und ich habe mir die Mühe gemacht, ein Justizreformpapier auszuarbeiten mit der besonderen Betonung der Steiermark. Ich möchte dir das übergeben. Es ist eine Maximalforderung, aber es könnte auch dem Sicherheitsgedanken, dem Gedanken der Versorgung oder der Bürgernähe, auch der Kriegsstellen entgegenkommen. Und da habe ich einige Ideen drinnen, die vielleicht auf höherer Ebene, zu der ich nicht hinaufgelange, vielleicht einmal zu Diskussionen führen. Es bezieht sich auf die Steiermark, speziell adaptiert. (Übergabe an Landeshauptmann Klasnic. – Landeshauptmann Klasnic: „Ich bedanke mich!“) Habe ich heute auch den Freiheitlichen schon gegeben, der Kollege Schinnerl, auch ein Lob für euch. Der Kollege Schinnerl ist einer wie aus allen Fraktionen, der auch sagt, gerade im Gerichtswesen, das auch

zur Sicherheitsstruktur gehört, müssen wir etwas tun. Wir sollen ein Gericht nach dem anderen auflösen und ein Vakuum hinterlassen. Da können wir uns ja treffen. Aber in der Frage der Ausländer und der Caritas, da bin ich sehr emotional betroffen, weil ich glaube, daß man jene Geister, die man dort ruft, nicht mehr los wird und daß das unseren sozialen Frieden in dem Land gefährdet, wenn Menschen hier etikettiert werden.

Ein Letztes, Frau Landeshauptfrau, zur Frage Lassing: Ich habe die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes mit großer Betroffenheit vernommen, wo gesagt worden ist, das Werk ist nicht verpflichtet, die zehn bedauernswerten Opfer dort zu bergen. Ich sage nur einen Satz dazu. Wir haben Gelder für alle möglichen Aktivitäten, wo man sich fragen kann manchmal, ob diese Gelder dort sinnvoll eingesetzt werden. Ich will jetzt gar nicht Werbezwecke verwenden, sondern auch andere Sachen, wo man streiten kann darüber. Wir können auf den Mond fliegen, auf den Mars fliegen. Ich kann es zwar nicht, ich würde es nicht zusammenbringen von der Konstitution her, aber wir können es technisch. Ich verstehe jetzt nicht mehr, daß es Leute in dem Land gibt, die sagen, es ist technisch praktisch unmöglich oder kaum möglich, diese bedauernswerten Toten in Lassing zu bergen. Das kann doch nicht wahr sein. Es steht überall, der Verwaltungsgerichtshof in seiner Weisheit hat natürlich hier einen Weg beschritten, der falsch ist. Ich appelliere daher dringend an Sie, und ich weiß, daß Ihnen das selbstverständlich ein Herzensanliegen ist, daß erstens einmal möglichst rasch die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Toten geborgen werden, daß die technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Das kann doch nicht wahr sein, daß man nicht mit irgendeinem Gerät dort hinkommt und tausend Messungen vornehmen muß. Und vor allem deswegen sage ich es da hier – meine Zeit ist schon aus, und damit paßt dieser Schluß –, weil ich glaube, das ist den Menschen versprochen worden, den bedauernswerten Angehörigen, und ich bin sicher, daß – solange kein christliches Begräbnis für die Opfer in Lassing erfolgt, so lange werden auch die Angehörigen und auch die Opfer nicht zur Ruhe kommen. Ich bitte Sie daher – ich habe es schon in einer anderen Landtagsdebatte gesagt, mir ist es ein Anliegen, weil ich einfach glaube, daß wir als politisch Verantwortliche, da fühle ich mich auch mit verantwortlich, daß wir es den bedauernswerten Menschen oben in Lassing schuldig sind, und erst dann wird dort Ruhe einkehren, wobei wir ohnedies wissen, wie schwierig die ganzen Hilfestellungen im nachhinein bedroht sind. Aber vielleicht wird es ein Beitrag, daß dieser Ort – ich kenne das Ennstal auch ganz gut – nach diesen schmerzhaften Erlebnissen seine Ruhe findet. Nachdem gerade jetzt ungefähr ein Jahr her ist, sollte man das wirklich anpacken. Das kann nicht sein, daß die Technik und die Finanzen hier nicht entsprechend eine Lösung finden. (Beifall bei den Grünen. – 16.25 Uhr.)

Präsident: Danke sehr! Ich unterbreche die Sitzung wunschgemäß bis 16.40 Uhr. Das sind 15 Minuten. Ich bitte die Damen und Herren, sich wieder pünktlich einzufinden. (Unterbrechung der Sitzung von 16.25 Uhr bis 16.40 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger, die ich ans Rednerpult bitte.

Abg. Mag. Hartinger (16.40 Uhr): Herr Präsident! Hoher Landtag! Frau Landeshauptmann!

Mit der Eröffnung eines Notarztwagenstützpunktes in Bad Aussee ist eine flächendeckende Notarztversorgung in der Steiermark abgeschlossen. Das ist ein Zitat von der Frau Landeshauptmann Klasnic vom 26. Mai. Daß von einer flächendeckenden Versorgung in der Steiermark noch nicht die Rede sein kann, wenn Regionen wie Eisenerz, Vorau und Stainach unterversorgt sind, negiert die Frau Landeshauptmann nicht. Umsonst hat die WHO nicht Hilfsfristen von 15 Minuten festgelegt. Frau Landeshauptmann, Sie wissen genau, daß jede Minute beispielsweise bei Herzinfarktpatienten ausschlaggebend ist. Wenn Ihnen wie in der Regierungsvorlage vom 12. Jänner dieses Jahres 20 Minuten reichen, dann bitte haben Sie den Mut zu sagen, daß wir uns die vorgeschriebenen fünf Minuten, die vorgeschriebenen mehr fünf Minuten der WHO nicht leisten können. (Abg. Majcen: „Ihr braucht ja nicht so böse sein!“) Aber ich bin nicht böse, mich ärgert es nur, daß wir uns fünf Minuten nicht leisten können. Das werde ich ja sagen können, Herr Kollege Majcen. Mich ärgert dies persönlich, weil da geht es unter Umständen um Menschenleben. Warum soll ich dann nicht böse sein dürfen. (Abg. Majcen: „Sie haben ja gesagt, Sie sind nicht böse, Sie ärgern sich nur!“) Bei mir hängt das zusammen, ich weiß nicht, wie Sie das sehen. (Abg. Ing. Löcker: „Ärgern kann man sich auch über sich selbst!“) Über mich selber brauche ich mich nicht zu ärgern, ärgern muß ich mich nur über euch, wenn ihr solche Anträge, die ich hier stelle, ablehnt. Dann ärgere ich mich über euch. (Abg. Majcen: „Wir kennen den ja gar nicht!“) Der Antrag ist schon drei Jahre alt, lieber Herr Kollege. Wir haben den Antrag für ein flächendeckendes Notarztwagensystem bereits Anfang 1997 eingebracht. (Abg. Majcen: „Ah so, das ist der!“) Inzwischen sind Standorte wie Schladming, Bad Aussee und Weiz umgesetzt worden. Ich kann mich noch gut an eine Anfrage meines Kollegen List in der Fragestunde am 1. Juli 1997, gestellt an die Frau Landeshauptmann, erinnern, wann mit einer Flächendeckung des Notarztwagensystems zu rechnen sei. Die Antwort war damals, daß der Landessanitätsrat mit der Erstellung eines zukunftsorientierten Gutachtens beschäftigt wird – das war 1997, Frau Landeshauptmann. Anfang dieses Jahres hat der Landtag einen einstimmigen Beschluß gefaßt, wo die fehlenden Standorte noch zu überprüfen seien. Ich frage mich, wie ernst nehmen Sie die Beschlüsse des Landtages, und wie lange benötigen Sie festzustellen, daß es steirische Regionen gibt, wo es keine adäquate Versorgung gibt? Ich werde sicher nicht müde werden, Sie immer darauf hinzuweisen, daß Notarztstützpunkte in den Regionen Eisenerz, Stainach, Vorau einfach notwendig sind. Wir haben noch keine Flächendeckung. Ich wünsche es uns und Ihnen nicht, daß in diesen Regionen Menschen sterben müssen, weil kein Notarztwagen vorhanden ist.

Rund 5000 Freiwillige sind im Rettungswesen in der Steiermark im Einsatz. Ihnen, meine Damen und Herren, gebührt nicht nur unser Dank, sondern vor allem gebührt ihnen jene Möglichkeit in der Ausstattung und Ausbildung, die es ihnen möglich macht, Menschenleben retten zu können. Rettungsdienst ist keine Fließbandarbeit, sondern verlangt höchste Perfektion. Ein Mensch ist eben kein Gegenstand, der wieder ersetzbar ist. Ein Fehler kann tödlich sein. Eine entsprechende Ausbildung nach Maß ist daher sicher notwendig. Aber es ist auch darauf zu achten, daß nicht, so wie in Deutschland, die Ehrenamtlichkeit durch ein überzogenes Ausbildungsgesetz verschwindet. Hauptamtliche Rettungssanitäter, so wie in Wien, können wir uns – ich nehme an, da sind wir uns einig – in der Steiermark nicht leisten. Zum Abschluß darf ich Ihnen einen Auszug eines Briefes eines ehrenamtlichen Sanitäters vorlesen. Dieser sollte Ihnen, meine Damen und Herren, wirklich zu denken geben. Ich zitiere: „Es ist ein Hohn, daß durch Zuschriften von Parteien – beispielsweise der ÖVP – an alle Dienststellen des Roten Kreuzes Wahlpropaganda gemacht wird und diese vielleicht noch von außenstehenden Funktionären beeinflußt werden.“ (Landeshauptmann Klasnic: „Frau Kollegin, Entschuldigung, wo gibt es eine Zuschrift der ÖVP?“) Ich habe einen Brief eines freiwilligen Rettungssanitäters. (Landeshauptmann Klasnic: „Bitte, wo ist das passiert?“) Das war vor einem halben Jahr. Auch Kollege Schrittwieser hat das auch einmal im Landtag festgestellt. (Landeshauptmann Klasnic: „Dazu möchte ich eine Klarstellung. Dazu fordere ich Sie auf!“) Ich darf den Brief fertig vorlesen, Frau Landeshauptmann. Es kann und darf nicht sein, daß Funktionäre aus Politik, die in Organisationen freiwillig tätig sind – (Abg. Schrittwieser: „Man kann sich einen Brief auch selber schreiben!“) Das ist eine Unterstellung. Das machen vielleicht Sie, aber ich sicher nicht. Das ist eine Unterstellung. (Abg. Schützenhöfer: „Sie haben gesagt ein ÖVP-Brief!“) Es steht da wortwörtlich ÖVP. Ich kann Ihnen die Kopie des Briefes geben. (Präsident: „Ich bitte die Frau Abgeordnete, zum Schluß zu kommen!“) Ich lese noch kurz den letzten Satz vor, und das schockiert mich wirklich, und ich erfinde solche Briefe nicht. Es kann und darf nicht sein, daß Funktionäre aus Politik, die in Organisationen freiwillig tätig sind und die Macht haben, mit teils südländischen Arbeitsmethoden einzugreifen. (Beifall bei der FPÖ. – 16.47 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort.

Abg. Ussar (16.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Besuch von Veranstaltungen unserer wichtigen Einsatzorganisationen, wie Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bergrettung, Bundespolizei, Bundesgendarmerie, aber auch des Zivilschutzes, gehören für uns Abgeordnete zu einer besonders wichtigen Aufgabe. Im Rahmen dieser Veranstaltungen besteht nicht nur die Möglichkeit, aktuelle interessante Berichte über die einzelnen Einsatzorganisationen zu hören, sondern darüber hinaus nützen auch die Verantwortlichen dieser, auch immer wieder aktuelle Fragen an uns heranzutragen.

Vor kurzem habe ich an zwei wichtigen Veranstaltungen unserer Feuerwehr und des Roten Kreuzes im Bezirk Leoben teilgenommen. Ich darf einleitend sagen, wie imposant die Berichte sind. Man kann hier gar nicht alles bringen. Ich darf nur den Bericht der Feuerwehr oder den Bericht des Roten Kreuzes zeigen. In diesen ist die Arbeit von unseren freiwilligen Mitarbeitern und Helfern dokumentiert. Auch der Bericht des Landesverbandes Steiermark des Roten Kreuzes zeigt von dieser großartigen Tätigkeit. Sehr geehrte Damen und Herren, in der Bezirksversammlung der Feuerwehren des Bezirkes Leoben stand das Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr in Eisenerz im Mittelpunkt. Aus einem Bericht des Bezirksfeuerwehrkommandos, der in 43 Seiten vorlag, gab es einen Überblick über die Tätigkeiten der Feuerwehren im Bezirk. Im Rahmen dieser Veranstaltung dankte vor allem der Landesfeuerwehrkommandant Georg Ferstl seinen Mitarbeitern, und hier vor allem Brandrat Strohhäusl und Abschnittsbrandinspektor Dipl.-Ing. Rieder, dafür, daß sie bei den Österreichischen Bundesbahnen ein Sicherheitskonzept für den Galgenbergtunnel ausgearbeitet haben – ich spreche das vor allem in bezug auf aktuelle Fragen an, die mit dem Tunnel gerade in letzter Zeit passiert sind. Wie wichtig diese Verträge waren, zeigte sich schon beim erfolgreichen Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr von Sankt Michael bei einem Fahrzeugbrand im Gleinalmtunnel, wo sich unsere Feuerwehren ausgezeichnet bewährt haben. Diese Darstellung, sehr geehrte Damen und Herren, zeigt uns, daß sich die Aufgaben unserer Feuerwehren im Lauf der Zeit wesentlich verändert haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Feuerwehrkameraden, vor allem auch dem Landesfeuerwehrkommandanten Georg Ferstl, Schurl Ferstl, wie wir ihn nennen, dem anwesenden Hofrat Dr. Konrad, Herrn Oberregierungsrat Dr. Kalcher und Herrn Dr. Brandl sehr herzlich dafür danken, daß sie auch immer wieder hinauskommen und bei den Veranstaltungen anwesend sind. Nun noch zum Roten Kreuz ein paar Worte. Sehr geehrte Damen und Herren, viele von uns haben, wie auch ich, an Bezirksversammlungen des Roten Kreuzes teilgenommen. Das Österreichische Rote Kreuz hat neben 1700 fest angestellten Personen auch 1800 Zivildienstler. Hiezu leisten 3000 freiwillige Helfer jährlich über 15 Millionen Dienststunden in 141 Bezirksstellen und 1116 Ortsstellen. In diesen Dienststellen werden 15 Millionen Dienststunden im Wert von drei Milliarden Schilling geleistet. Sehr geehrte Damen und Herren, viele Aufgaben hat unsere Rettung übernommen: Gesundheit, soziale Dienste, Blutspendedienst, Katastrophenhilfe, Sicherheitsdienst, Aus- und Fortbildung. In diesem Zusammenhang möchte ich die wichtige Tätigkeit des Jugendrotkreuzes erwähnen, gerade in letzter Zeit im Hinblick auf den Kosovo. Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir in den Bezirk Leoben schauen, sind elf hauptamtliche, sieben Zivildienstler und 408 ehrenamtliche Mitarbeiter beim Roten Kreuz tätig. Sie haben insgesamt 161.469 Stunden der Nächstenhilfe geleistet. Diese Leistung hat einen volkswirtschaftlichen Wert von 26 Millionen Schilling. Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen dieser Bezirksveranstaltung wurde der verdienstvolle Bezirksstellenleiter, Hofrat Dr. Kaufmann, verabschiedet, und der Präsident des Roten Kreuzes, Dr. Rudolf Griß, hielt die Lau-

datio. Ich möchte ganz kurz nochmals die Gelegenheit hier benützen, nachdem Präsident Dr. Rudolf Griß beim Landestag des Roten Kreuzes die Funktion in andere Hände gelegt hat, diesem großartigen Menschen Dr. Rudolf Griß hier im Hohen Haus für sein langjähriges verdienstvolles Wirken, für die er viele hohe Auszeichnungen bekommen hat, herzlich zu danken.

Ich komme schon zum Schluß. Ich darf aber auch allen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Roten Kreuzes und der Einsatzorganisationen ganz herzlich dafür danken, daß sie immer bereit sind, Menschen, die in Not sind, zu helfen. Ihnen allen ein herzlicher Dank. Ein Dank aber auch den Mitarbeitern, den Lehrerinnen und Lehrern in unseren Schulen, die im Rahmen des Jugendrotkreuzes ebenfalls Großartiges leisten. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 16.53 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser, dem ich es erteile.

Abg. Rieser (16.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Herr Landesrat! Hohes Haus!

Wenn heute in der Gruppe 1 über Sicherheit und über die Einsatzorganisationen diskutiert wird, so möchte ich in erster Linie auch die Gelegenheit wahrnehmen und darf kurz zur Landesverteidigung und mich mit dem Bundesheer kurz auseinandersetzen. Seit Galtür kommt das Bundesheer nicht aus dem Blickfeld der Medien. Denn nur via veröffentlichte Meinung wird dem Menschen und dem Bürger der Zustand unseres Heeres bewußt. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte meine Redezeit nicht dafür benützen, daß ich über Neutralität und Solidarität spreche und über die Geplänkel, die wir gegenwärtig täglich, ja stündlich aus Wien erleben. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, eines muß uns klar sein. Im österreichischen Bundesheer dienen unsere jungen Staatsbürger, und nicht irgendwelche. Und dem Kaderpersonal gebührt auch unser Dank und unser Respekt. Im Jahr 1998 hat das Militärkommando Steiermark mit 417 Soldaten fünf Assistenzeinsätze bei 15.253 Stunden unmittelbar vor Ort Leistungen erbracht. Leistungen für unsere Gemeinschaft, für unsere Gesellschaft. Im Mittelpunkt stand eine großartige Assistenzleistung in Lassing. Dabei wurde insbesondere hervorragende Leistung in der Einsatzleitung des Landes und im Bereich der Druckkammertechnik erreicht. Ich denke an die Einsätze im Sölketal, wo es um die Vermurungen, um Brückenbau gegangen ist, Klöch, Pölsen, dann in Oberzeiring, Möderbrugg und im Raum Rohr. Auch im Jahr 1999 gab es bereits zwei Assistenzeinsätze nach Lawinenabgängen, nämlich in Kleinsölk und in der Nähe von Schladming. Allen beteiligten Soldaten, allen Unteroffizieren und Offizieren, insbesondere, wen ich namentlich erwähne, so ist es der Militärkommandant Divisionär Manner, dürfen wir und sollen wir hier im Hohen Haus Dank und Anerkennung zum Ausdruck bringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Grund zur Sorge bereiten mir die Veränderungen im Rahmen der Strukturanpassung beim Bundesheer. Ich erinnere an die 49. Sitzung, wo wir hier diskutiert haben über

die drohende Schließung in Hieflau, wo der Landtag hier beschlossen hat, daß die Landesregierung aufgefordert wird, an die Bundesregierung heranzutreten, und wo von seiten der Bundesregierung für dieses Heeresmunitionslager bis dato keine Zusage eingetroffen ist. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an die Diskussion bei der letzten Sitzung, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo es darum gegangen ist und wir uns gemeinsam einstimmig dafür ausgesprochen haben, nämlich über die Öffnung des Militärflughafens Zeltweg. Ich habe damals in meinem Debattenbeitrag auch das Thema der Fliegerwerft angesprochen. Inzwischen haben ja die Medien ausführlich auch darüber berichtet. Die Fliegerwerft in Zeltweg ist eine der modernsten in Europa, und sie ist auch für unsere Region in der Obersteiermark ein Arbeitsplatzfaktor. Und wenn man den Aussagen des Dienststellenausschusses glaubt, meine sehr verehrten Damen und Herren, würde eine Privatisierung zwischen 30 und 50 Prozent minus in der Beschäftigungssituation bedeuten. Das kann nicht sein, und daher glauben wir, daß wir uns alle gemeinsam bemühen sollen, wenn schon nicht und wenn schon die Diskussion läuft, daß andere Staaten von Europa die Möglichkeit haben sollen, diese Werft in Zeltweg zu beanspruchen, damit dort auch die Arbeitssituation wieder gegeben ist.

Meine Zeit läuft schon zu Ende. Ich möchte jedoch noch einen Bereich kurz ansprechen, nur ganz kurz, das ist die Bergrettung. Es wurde über das Rote Kreuz, über die Feuerwehr gesprochen. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit der Bergrettung danken. Im Jahr 1998 gab es 1729 Einsätze, wobei 22 Tote, 186 Unverletzte und 1559 Verletzte bei 6575 Einsatzstunden geborgen wurden.

Hohes Haus, Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicherheit ist keine Ware zum Nulltarif. Wir sind stolz, daß es diese Einsatzorganisationen bei uns in der Steiermark und in Österreich gibt. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (16.59 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Rund um den Plabutschunnel, um die zweite Röhre, hat es ja sehr starke politische Diskussionen gegeben. Nach dem Inferno im Tauern Tunnel hat es auch einige Irritationen gegeben um diese zweite Tunnelröhre. Ich bin sehr froh, daß sie beschlossen ist und die Steiermark in diesem langen Tunnel hervorragend gearbeitet hat, vorbereitet hat und daß wir den Zuspruch zu diesem Plabutschunnel haben. Wir haben sicher einen Nachholbedarf nicht nur für diesen Ausbau, wir haben auch auf der Parkautobahn den Herzogbergtunnel, den Gräbnertunnel, der ist schon ein bißchen drüben in Kärnten, aber das ist eigentlich für uns Steirer das Tor zum Süden, und ich will vom Gleinalmtunnel auch sprechen. Ich sage das deshalb, und deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet, am Mittwoch, dem 23. Juni, hatte ich die Möglichkeit, bei einer Katastrophenübung im Plabutschunnel dabei sein zu dürfen. Ich muß sagen, weil du gemeint hast, der Plabutschunnel ist der unsicherste, ich weiß nicht,

du warst nicht dabei, aber die dortigen Behörden, Polizei, Rettung, Feuerwehren, haben uns – da haben wir uns überzeugen können – das Gegenteil gesagt, und es stimmt auch. Natürlich, meine Damen und Herren, gibt es überhaupt keinen Tunnel mit 100prozentiger Sicherheit. (Abg. Gross: „Im ‚Profil‘ war der Plabutschunnel am besten bewertet!“) Und es kann niemand sagen, daß er eine Katastrophe verhindern kann. Es war nur ein gestelltes Unglück, ein kleines Beispiel mit einem Pkw und einem Kleinlastwagen, wo nur 20 Liter Diesel angezündet wurden. Und ich habe meinen Augen nicht getraut, wenn ich jetzt durch den Tunnel fahre, habe ich immer ein anderes Gefühl beim Durchfahren, muß ich ehrlich sagen, früher bin ich ein bißchen gedankenloser durchgefahren. Wenn man gemerkt hat, wie schnell innerhalb von Sekunden sich dieser Diesel zu einer Rauchwolke entwickelt, es waren nur 20 Liter, man muß sich jetzt vorstellen, da sind mehrere Autos involviert und der Lastwagen, der mindestens 1000 Liter Diesel in seinem Tank hat, und es fängt zu brennen an. Man hat innerhalb von kürzester Zeit nichts gesehen. Und da hat sich wieder für die Feuerwehr das neue Gerät, diese Infrarotkamera, hervorragend bewährt, indem man dort im Finstern eine Maus erkennt. Und dann habe ich gefragt, warum brauchen Sie das in der Form? Dann hat er gesagt, wir brauchen das auch auf den Autos, damit wir hineinfahren können. Weil wenn jemand am Boden liegt, fährt die Feuerwehr vielleicht über den drüber, daher wäre das angebracht, und wir müssen dafür Sorge tragen, daß die Mannschaften, die selbst ihr Leben einsetzen müssen, die zu solchen Katastrophen fahren, die beste Ausrüstung und die beste Ausbildung haben, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Da kann und darf Geld keine Rolle spielen. Und ich möchte wirklich in dem Zusammenhang sagen, diese Kooperation des Zusammenspiels von Polizei, Rettung, Feuerwehr war für mich hervorragend. Und wenn es auch nur eine gestellte Geschichte war, man muß auch derartige Katastrophen – sage ich jetzt – üben, um dann im leidlichen Fall wirklich dabei sein zu können. Es ist auch eine Schneekanone umgebaut und ausprobiert worden, weil die Berufsfeuerwehr Graz sie hat, wo man von 200 Metern weit den Brandherd bekämpfen kann, weil dort sind Temperaturen bis zu 1200 und 1300 Grad. Und, meine Damen und Herren, die Forderung, die dort aufgestellt worden ist, daß, wenn diese zweite Tunnelröhre gebaut wird, daß man auch die Experten dazu beizieht, das ist 1000mal zu unterstreichen. Wir brauchen dort Querverbindungen, es kann ein Tunnel nur sicherer werden, wenn ich nur in eine Richtung fahre und wenn ich Möglichkeiten habe, nicht acht Kilometer oder die Hälfte hineinfahren muß, sondern daß ich auch Querverbindungen habe, wo Einsatzfahrzeuge durchfahren können. Diese Forderung, die Branddirektor Widetschek von der Grazer Berufsfeuerwehr aufgestellt hat, er ist ja auch der sogenannte Tunnelexperte, ist nur zu unterstreichen, meine Damen und Herren. Es ist zu überlegen, ob bei großen Tunnelanlagen eine Betriebsfeuerwehr installiert wird, die sofort, wenn ein Unfall passiert, weil das kann man innerhalb von Sekunden erkennen, nachdem die Kameras durchgeschaltet werden und fast jeder Kilometer beobachtet wird, an Ort und Stelle sein können. Der Tauern Tunnel hat 17 Stunden lang gebrannt, dort hat es nur ein paar

Minuten gebrannt. Man hat, so sagen Experten, zirka zehn bis zwölf Minuten Zeit, um hineinzukommen. Wenn man hier eine schnelle Eingreiftruppe hätte, dann könnte man sicherlich größere Katastrophen verhindern. Deshalb, meine Damen und Herren, diskutieren wir oft nur über Sicherheit, aber wenn es um das Zahlen geht, dann legen alle die Ohren an. Für die Sicherheit der Menschen darf das Finanzielle keine Rolle spielen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.04 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster auf der Rednerliste ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (17.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben am 16. März dieses Jahres das Katastrophenschutzgesetz beschlossen, es tritt in zwei Tagen in Kraft. Ich habe mit großer Freude, und ich nehme an, Sie auch, dem zur Beschlußfassung vorliegenden Budgetentwurf entnommen, daß die zuständige Referentin, Frau Landeshauptmann, für die Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen dieses Katastrophenschutzgesetzes sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt insgesamt 14 Millionen Schilling vorgesehen hat. Damit sind die steirischen Katastrophenschutzbehörden, was die materielle Ausstattung betrifft, in der Lage, die zukünftigen Voraussetzungen anzunehmen. Wir haben uns geeinigt darauf, daß man Katastrophen nicht vorhersehen kann. Sie sind deswegen Katastrophen, weil sie in einem nicht vorhersehbaren Ausmaß zu einer nicht vorhersehbaren Zeit eintreten und besondere Regelungen erfordern. Wir wissen alle, worum es im Katastrophenschutz vorrangig geht. Es muß im Mittelpunkt, und das sagt auch die Frau Landeshauptmann immer wieder, die Bewahrung des Ehrenamtes stehen. Das Ehrenamt ist das Fundament für die sichere Steiermark, von der wir so oft reden. Mit Hochachtung nehmen wir alle miteinander beim Landesfeuerwehrtag, bei der Generalversammlung des Roten Kreuzes, bei der Landesversammlung des Bergrettungsdienstes oder bei Großveranstaltungen der weiteren Organisationen des Katastrophenschutzes immer wieder das eindrucksvolle Zahlenmaterial zur Kenntnis, das berechtigterweise voll Stolz präsentiert wird. Hinter diesen Zahlen stehen fast 60.000 Steirerinnen und Steirer, die ehrenamtlich tätig sind. Eine Unterstützung bedeutet aber auch, daß man versucht, Belastungen zu vermeiden. Aus diesem Grund haben wir den Antrag heute eingebracht, daß das Land die Kosten für die Zivildienstler, die den Blaulichtorganisationen zur Verfügung gestellt werden, übernehmen möge. Meine Damen und Herren, damit dieses Netzwerk funktioniert, muß es eine Gemeinsamkeit der ehrenamtlich Tätigen in den Einsatzorganisationen und den hauptamtlich Tätigen geben. Nur auf einer von Partnerschaft geprägten Grundlage sind wir in der Lage, die Herausforderungen, die Katastrophen an uns stellen, zu beherrschen. Meine Damen und Herren, weil das jetzt gerade dazupafßt und weil von einem populistischen Brief die Rede war. Ich will niemanden verdächtigen, beleidigen, niemanden beschuldigen.

Wenn im Jänner ein Antrag eingebracht wurde, die Versicherungen mögen für die Feuerwehren unentgeltlich den vollen Versicherungsschutz gewähren, wir im Ausschuß darüber sprechen und wir im Ausschuß mehrheitlich beschließen, diese Materie der Landesregierung zur Stellungnahme zuzuweisen, und zwar deshalb, weil es überprüft gehört, dann gibt es einen Brief an alle Feuerwehrehauptleute in der Steiermark, unterschrieben von Flecker, Schrittwieser, Schachner, wo drinnensteht, die ÖVP verhindert das durch eine Zuweisung an die Landesregierung und verzögert das um vier Monate, wenn das nicht überhaupt das Ende der Idee ist. Dann stellt sich nachträglich durch einen Brief des Finanzministeriums als Aufsichtsbehörde heraus, daß das überhaupt nicht möglich ist, auch die Versicherungen sagen, daß das nicht möglich ist, dann ist das der Beweis für zumindest den Versuch eines populistischen Briefes. Soviel nur zu dem, was hier vorher zu Briefschreibereien gesagt wurde. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 17.08 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster auf der Rednerliste ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Er hat das Wort.

Abg. Schrittwieser (17.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 1 ist meistens eine Gruppe, wo grundsätzlich große Übereinstimmung herrscht. Ich nehme an, daß es keinen einzigen Abgeordneten oder keine einzige Abgeordnete hier gibt, die nicht den Einsatzorganisationen insgesamt Anerkennung und Respekt vor deren großen Leistungen zollt, weil wir wissen, daß die Einsatzorganisationen der öffentlichen Hand als solche viele Leistungen abnimmt, die sie nie und nimmer mit dem Budget des Landes, des Bundes oder der Gemeinden finanzieren könnte. Es ist – so glaube ich – daher wichtig, daß besonders erwähnt wird, daß den freiwilligen Helferinnen und Helfern, die dort tätig sind, egal, in welcher Einsatzorganisation, unsere größte Anerkennung zuteil wird, und zwar deshalb, weil sie ihre Freizeit, ja auch viele finanzielle Mittel, welche ihr Dienst mit sich bringt, aufbringen, um dem Nächsten zu helfen. Egal, ob das jetzt die Feuerwehr, die Rettung, die Bergrettung, die Wasserrettung oder auch die Exekutive ist. Was uns verbindet und erfolgreich macht, ist die Tatsache, daß im Ernstfall es eine so gute Zusammenarbeit und ein so gutes Zusammenspiel gibt, weil wir natürlich auch den Ernstfall in Übungen immer wieder erproben. Ansonsten würde die Koordination und die Zusammenarbeit im Ernstfall nicht funktionieren, meine Damen und Herren. Über das Briefeschreiben brauchen wir uns gegenseitig nichts vorhalten: Wir haben damals, als die Wirtschaft angetreten ist, den Vereinen und damit auch den Einsatzorganisationen die Zeltfeste abzdrehen – mit dem Ergebnis, daß sie dort nicht mehr das Geld verdienen können, das sie wiederum in den Dienstbetrieb stecken –, deutlichgemacht, daß wir dagegen auftreten werden, und zwar so lange, bis das vom Tisch ist. Wenn die Einsatzorganisationen diese Einnahmen nicht mehr haben, dann, meine Damen und Herren, brauchen wir uns über diese Budgetposten, die wir heute im Budget haben, nicht mehr unterhalten. Es

sind hier viele Millionen, die durch fleißiger Hände Arbeit bei Veranstaltungen aufgebracht werden. Wir müssen daher gemeinsam dagegen auftreten. Wenn ein paar Wirte glauben, sie bekommen zu wenig, nur weil die Feuerwehr, die Rettung oder wer auch immer ein Fest macht, dann sage ich denjenigen, sie sollen selbst dorthin gehen, etwas konsumieren, denn sie leisten dann auch einen Beitrag. (Abg. Purr: „Diese Polemik ist perfekt!“ – Abg. Porta: „Sonntagsrede!“) Zur Sonntagsrede, Herr Kollege: Ich bin seit 15 Jahren Ortsstellenleiter beim Roten Kreuz, also länger, als ich in diesem Hohen Haus bin, und weiß daher, daß ich keine Sonntagsrede hier halte, sondern ich weiß, daß das so ist, wie ich es gesagt habe, für die Leute, die betroffen sind. Dieses Thema geht den Betroffenen unter die Haut. Wir werden das nicht zulassen. Die ÖVP ist dann auf unseren Zug aufgesprungen. Der Schüssel hat dann einen Brief an alle Bezirks- und Ortsstellenleiter geschickt, den auch ich bekommen habe, wo er gesagt hat, beim Rettungsdienstgesetz wird er schauen, daß nichts passiert und daß die Freiwilligkeit nicht unter die Räder kommt. Das war der Bundesparteiohmann der ÖVP. Ich weiß nicht, was das damit zu tun hat, wenn er das auf ÖVP-Papier schreibt. Ich meine, meine Damen und Herren, daß wir natürlich bei der Freiwilligkeit aufpassen müssen. Das neue Rettungsdienstgesetz hat uns einige Auflagen gebracht, die die Freiwilligkeit sehr wohl in Frage stellen, weil es viele gibt, die neben ihrem Beruf die Zeit für diese verstärkte Ausbildung nicht mehr aufbringen können. Diese Zeit stellen die Betriebe nicht mehr frei. Dann haben wir das Problem, daß der oder die Betroffene sagt, wenn ich diese Zeit aufwenden muß, kann ich nicht zur Verfügung stehen. Und da müssen wir aufpassen, meine Damen und Herren, denn dann kann passieren, daß wir nicht mehr genügend Freiwillige haben werden. Meine Zeit ist um, Herr Präsident, ich weiß. Ich möchte aber eines noch hinzufügen. Dem Ausbildungszentrum des Roten Kreuzes, das bei den Landeshauptleuten als Projekt vorliegt und bei dem 100 Millionen Schilling unfinanziert sind, sollten wir in Zukunft unser Augenmerk schenken. Wir sollten darüber nachdenken, und da ist ja die zuständige Referentin sehr gefordert, wie wir das Ausbildungszentrum umsetzen können. Und erlauben Sie mir noch eines schnell, der Herr Präsident Konsul Dr. Griß ist in den letzten Monaten als Präsident des Roten Kreuzes ausgeschieden. Er hat seit 1947 dem Landesvorstand angehört, seit 23 Jahren als Präsident gewirkt. Ich möchte nur heute hier, und ich bitte die Delegation des Roten Kreuzes, dies an den Präsidenten des Roten Kreuzes weiterzugeben, ich möchte ihm namens meiner Fraktion meinen Respekt ausdrücken, meinen Dank ausdrücken, denn er hat sein Leben dem Roten Kreuz geschenkt. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.) Er ist seit 1947 – und wenn man bedenkt daß er 1914 geboren ist und bis vor kurzem der Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes war – im Vollzugs-Ausschuß, Vizepräsident, Finanzreferent. Er hat hier eine Vorbildwirkung für alle, die in diesem Bereich tätig sind, und stellvertretend sei ihm dafür sehr herzlich gedankt. Ich gratuliere ihm auch, daß ihm das Rote Kreuz seinen Respekt damit ausgedrückt hat, daß er auf Lebenszeiten zum Ehrenpräsidenten des Roten Kreuzes gewählt wurde. Auch dazu herzlichen Glückwunsch. Lieber Kollege Zweidick, er möge gesund

bleiben. Bitte ihm das zu übermitteln, es ist zu hoffen, daß er jetzt ein bißchen mehr Zeit für sich hat, aber als Ehrenpräsident wird ihn ja das Rote Kreuz nie mehr loslassen. Wir wünschen ihm alles Gute für die Zukunft und vor allem viel Gesundheit. Ich danke für die Aufmerksamkeit und ich bedanke mich, daß ich zusätzlich zwei Minuten für den Dank an den Herrn Präsidenten verwenden durfte. (Beifall bei der SPÖ. – 17.16 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der Herr Präsident Griß hat diese Redezeitüberziehung gerechtfertigt. Im übrigen, Abgeordneter Schrittwieser, deine Zeit ist noch nicht um, die fünf Minuten waren abgelaufen.

Der nächste Redner ist der Herr Kollege Schinnerl, er hat das Wort.

Abg. Schinnerl (17.16 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende der Einsatzorganisationen von der Feuerwehr, der Bergrettung, vom Roten Kreuz, Wasserrettung und von der Hundestaffel. Ich möchte hier an dieser Stelle feststellen, daß es uns heute das erste Mal gelungen ist, daß die Politiker schneller waren als die Feuerwehr, hierher zu kommen in den Sitzungssaal, denn bis jetzt, und das seit dem Jahre 1991, mußte ich immer feststellen, daß hier auf der Zuhörertribüne die Feuerwehr angetreten war, daß sie anwesend waren bei der Beratung der Budgetgruppe 1. Heute waren wir so schnell, daß auch die Feuerwehr im Hohen Haus zum ersten Mal zu spät gekommen ist. (Landeshauptmann Klasnic: „Der Landesverband hat heute in Oberösterreich eine Sitzung!“) Ja, aber ich habe das nur festgestellt, daß heute keiner da ist. Es ist ja erfreulich, daß wir einmal so schnell sind, es kommt ja normal nie vor, daß wir schneller sind als die Feuerwehren. (Abg. Schützenhöfer: „Du hältst die Rede aber trotzdem!“) Ich werde sie trotzdem halten, und ich hoffe, daß du mir noch viereinhalb Minuten zuhörst.

Der Landesfeuerwehrtag am vorigen Wochenende hat wieder einmal gezeigt, der im Bezirk Weiz stattgefunden hat, und zwar in der Gemeinde Markt Hartmannsdorf, daß die Feuerwehr immer imstande ist, richtig wichtige und große Veranstaltungen zu organisieren und auch exakt durchzuführen. Diese Feuerwehrkameraden, die hier bei diesem Landesfeuerwehrtag anwesend waren und die Verantwortung hatten, haben wieder einmal gezeigt, daß sie in der Organisation und in der Durchführung hervorragende Arbeit leisten können. Es ist sehr erfreulich, daß die Feuerwehrkameraden nicht nur die Organisation bei den Veranstaltungen beherrschen, sondern auch bei allen anderen Übungen und Einsätzen hervorragende Dienste zum Wohle der Menschen machen. Es war schön, hier zuzusehen, wie über 300 Wettkampfgruppen um Hundertstelsekunden gekämpft haben, um das Wasser an die richtige Stelle zu bringen. Und der Herr Abgeordnete und Hauptmann Kollege Prutsch war ja selbst dabei und hat sich davon überzeugt. Er ist genauso auf der Ehrentribüne gewesen wie ich und viele andere der Einsatzorganisation und der Politik, und es war wirklich schön zu sehen, wie diese Feuerwehrkameraden und die vielen Jugendlichen an dieser Veranstaltung teilgenommen haben. Wir haben in der Feuerwehr – und das haben wir

schon einige Male gehört – ein Budget von 97 Millionen, und ich hoffe, daß dieses Budget für den großen Aufgabenbereich ausreichen wird. Ich habe heute in der Zeitung gelesen, daß ein Rüsthaus beim Rüsthauszubau, bei den Grabungsarbeiten, einstürzte und bei diesem Einsturz zwei Feuerwehrfahrzeuge beziehungsweise Einsatzfahrzeuge total beschädigt wurden. Ich hoffe doch, Frau Landeshauptmann, wenn hier das Ersuchen von der betroffenen Feuerwehr kommt, daß man zuerst einmal feststellt, wo sind die Schuldigen für den Rüsthauseinsturz unter Umständen zu suchen. Es ist sehr bedauerlich, daß so etwas passiert, und man hätte sicher bessere Sicherungsmaßnahmen vornehmen können. Denn wenn man schon bei so einem Gebäude arbeitet, ist es allemal notwendig, daß man sich einmal erkundigt, wie schauen die Bodenverhältnisse aus, wie schaut es mit den Grundfesten aus. Und wenn man hier feststellt, daß hier einiges vielleicht doch nicht so in Ordnung ist, daß man dann wenigstens das Feuerwehrhaus sichert und die Gerätschaften und die Fahrzeuge außerhalb des Rüsthauses sicherstellt. Da würde ich bitten, daß man hier das wirklich ordentlich untersucht, denn es geht hier um einige Millionen aus dem Feuerwehrbudget. Es könnte auch ohne weiteres sein, daß es nur ein Versicherungsfall ist, und es ist sicher wichtig und unbedingt notwendig, das festzustellen.

Des weiteren möchte ich mich den Dankesworten meiner Vorredner anschließen, dies gilt für alle Einsatzorganisationen, die freiwillig und ehrenamtlich ihre Tätigkeit zum Wohle der steirischen Bevölkerung immer durchführen. Ich möchte es auch noch zum Anlaß nehmen und einige Worte zu den Ehrungen sagen. Es ist für mich sehr erfreulich und auch verständlich, daß die Mitarbeiter der freiwilligen Einsatzorganisationen wenigstens einer Ehre zugeführt werden und eine Ehrung oder Auszeichnung bekommen. Es ist für mich aber unverständlich, daß sehr viele Ehrungen durchgeführt werden an bezahlte Funktionäre, an Politiker, die eigentlich für ihre Tätigkeit ihr Gerstl beziehungsweise Geld als Entlohnung bekommen. Eine Ehrung für die Freiwilligen und Ehrenamtlichen ist selbstverständlich, und es ist oft wirklich die einzige Danksagung und Anerkennung für ihre Tätigkeit, die man den Ehrenamtlichen geben kann.

Ich hätte noch eine Bemerkung, und zwar bei den Neubauten von Rüsthäusern beziehungsweise von Feuerwehrhäusern. Da gibt es nach meinem Wissensstand immer noch die Drittelregelung bei der Finanzierung, ein Drittel bezahlt die Feuerwehr und die Bevölkerung, das zweite Drittel bezahlt die Gemeinde und das dritte Drittel dann das Land. Ich kenne eine kleine Feuerwehr im Bezirk Weiz, eine kleine Feuerwehr, habe ich schon gesagt, die zwei Drittel mit der Bevölkerung zum Rüsthaus leisten mußte und die Gemeinde und das Land sich mit einem Drittel sozusagen davongeschlichen haben. Frau Landeshauptmann, als Zuständige für die Feuerwehr, ich darf Sie ersuchen, daß man hier für zukünftige Förderungen bundesweite Richtlinien erstellt, daß alle Feuerwehren doch einigermaßen gleich behandelt werden. Wenn man im öffentlichen Dienst Leute aufnimmt, ich komme schon zum Schluß, ist es sicherlich sehr, sehr gut und

erforderlich, wenn Mitglieder der freiwilligen Einsatzorganisationen vorzüglich behandelt werden und dort in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 17.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Huber, nach ihm Herr Abgeordneter Kröpfl.

Abg. Huber (17.22 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Retten, löschen, bergen ist der Spruch unserer freiwilligen Feuerwehr. Wenn man selbst Feuerwehrmann ist und einmal Kommandant einer kleinen Wehr war, dann weiß man natürlich über die Leistungen der freiwilligen Feuerwehren und unserer freiwilligen Einsatzorganisationen Bescheid. Die Ausbildung und Schulung ist die Voraussetzung. Es beginnt mit dem Grundkurs der Gruppenkommandanten, Kommandantenlehrgang, Atemschutzträger, technische Lehrgänge und so weiter, geht über die Übungen bis zum Einsatz. Gerade heute werden unsere Einsatzorganisationen von allen gelobt, und trotzdem glaube ich, daß sehr wenige Bescheid wissen, was es heißt, zu jeder Tages- und Nachtzeit für den Einsatz bereit zu sein. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr vieles ist heute über Versicherungen gesprochen worden. Es hat der Kommandant der Feuerwehr Fürstenfeld, Kommandant Leitgeb, ein Versicherungspaket ausverhandelt, das, wenn eine Feuerwehr bereit ist, alle Fahrzeuge in dem Paket zu versichern, Kaskoversicherung, Haftpflicht und Rechtsschutz, zu einem Preis von 4700 Schilling je Fahrzeug vorgibt, natürlich alle zum selben Preis, das heißt, ein 5-Millionen-Fahrzeug mit zwei Jahre genauso wie ein 25jähriges Fahrzeug mit einem Wert von einigen 1000 Schilling. Es ist insgesamt trotzdem gegenüber den bisherigen Leistungen, den die Feuerwehren an die Versicherungen zu bezahlten hatten, ein sehr großes Plus. Wir können uns aber nicht zufriedengeben damit. Wenn die Frau Landeshauptmann sagt, 700 Schilling von diesen 4700 Schilling übernimmt das Land, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, bleiben wieder einmal die Feuerwehren selbst und die Gemeinden für die restlichen 4000 Schilling je Fahrzeug übrig. 700 Schilling, Frau Landeshauptmann, ist für mich kein Beitrag. Es müßte zumindest ein Drittel sein, oder es stimmt der Bericht in der „Kronen-Zeitung“, daß es 2370 Schilling sind. (Landeshauptmann Klasnic: „Sind Sie jetzt Bürgermeister oder Landtagsabgeordneter?“) Ich rede jetzt in beiden Funktionen. Frau Landeshauptmann, eine Frage. Stimmt jetzt die Zahl in der „Kronen-Zeitung“ von 2370 Schilling? (Landeshauptmann Klasnic: „Eine Million, für die Verteilung ist der Landesfeuerwehrverband zuständig.“) Stimmen die 4700 Schilling und 700 Schilling pro Fahrzeug vom Land Steiermark? Übrig bleiben wieder die Feuerwehren und die Gemeinden für 4000 Schilling. Das ist mir bei der Delegiertensitzung gesagt worden. (Landeshauptmann Klasnic: „Bei der letzten Delegiertensitzung waren Sie nicht anwesend!“) Das ist egal, denn das sind die Zahlen, die uns bekanntgegeben wurden, Frau Landeshauptmann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und Herr Präsident, ich hoffe, daß mir die Zeit gutgeschrieben wird. (Präsident Dr. Strenitz: „Es wird so sein, Herr Abgeordneter Huber!“) Wenn etwas Ruhe eingekehrt ist, werde ich weiterfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben im November des vorigen Jahres einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, daß unsere Feuerwehren die Fahrzeuge und die Personen zu einer Gratisversicherung bekommen. Wenn wir bedenken, wieviel unsere Wehren durch den schnellen Einsatz leisten, wieviel sie unseren Versicherungen durch diesen Einsatz an Sachschäden ersparen, dann ist es nur recht und billig, wenn die Versicherungen die Feuerwehren gratis versichern würden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn das nicht geht, dann wäre es zumindest mit einem Anerkennungsbeitrag möglich, der wesentlich tiefer liegt als in dem Paket. Und um das, Frau Landeshauptmann, ersuche ich Sie trotzdem, hier noch einzuwirken, daß man vielleicht mit einem Anerkennungsbeitrag für diese Leistungen unsere Wehren bedient. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.27 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt hat der Herr Abgeordnete Kröpfel das Wort. Nach ihm Kollege Korp.

Abg. Kröpfel (17.27 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, Herr Landesrat, verehrte Damen und Herren!

Es gab heute schon sehr viele Wortmeldungen zu den Einsatzorganisationen, viel Lob wurde für diese freiwilligen Tätigkeiten ausgesprochen. Ich kann mich diesen Dankesworten wirklich nur von ganzem Herzen anschließen. Ich möchte jetzt aber zu einem neuen Thema kommen, das vielleicht etwas zu wenig in dieser Debatte beleuchtet wurde, und zwar ist das das Thema Zivilschutz. Zivilschutz ist eine persönliche Vorsorge. Zivilschutz ist vorbereitende Information. Zivilschutz ist Warnung im Katastrophenfall. Zivilschutz ist Hilfe rund um die Uhr, und Zivilschutz ist vor allem Selbstschutz. Bei jedem Ereignis, das auf uns unerwartet eintritt, sind wir Menschen in den ersten Minuten auf uns selbst gestellt, bis die Einsatz- und Hilfsorganisationen eintreffen. Damit man diese Stresssituationen bewältigen kann, muß man entsprechend ausgebildet sein. Wir brauchen eine gute Ausbildung in Erster Hilfe. Diese darf sich nicht nur auf einen einmaligen Kurs bei einem Führerscheinerwerb beschränken, sondern sie sollte ständig wiederholt werden und ständig trainiert werden. Den Menschen müssen Kenntnisse bei der Entstehungsbrandbekämpfung vermittelt werden. Wie viele Unfälle, wie viele Brände wären vermeidbar, wenn die Menschen Kenntnisse in diesem Bereich hätten. Die Bevölkerung muß aber auch über die Form der Alarmierungen informiert sein – sie müssen die Alarmsignale kennen. Wir müssen den Menschen auch klarmachen, wie wichtig Strahlenschutzmaßnahmen sind. Auch auf die Bedeutung der Schutzräume und deren Ausstattung müssen wir die Bevölkerung verstärkt hinweisen. Tschernobyl hat gezeigt, welche Bedeutung solche Räume für die Bevölkerung haben können.

Daher brauchen wir noch mehr Information, noch mehr Aufklärung und noch mehr Training für die Bevölkerung. Diesen Aufgaben – Information, Motiva-

tion, Schulung – stellt sich der Steirische Zivilschutzverband. Er bietet breitgefächerte Selbstschutzausbildungen in den Schulen, in den Kasernen und in den Gemeinden an. Durch die geographisch gut verteilten Ausstellungstätigkeiten informiert der Zivilschutzverband die Bevölkerung unseres Landes hervorragend. Das Land greift dem Verein mit rund einer Millionen Schilling unter die Arme. Wir können froh sein, daß wir aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl in bezahlten als auch in nicht bezahlten Funktionen im Zivilschutzverband haben. Eine ganz wichtige Rolle bei der Ausbildung und Information unserer Bevölkerung spielt die Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring. Immerhin sind 16 Prozent aller Lehrgänge dem Zivilschutz gewidmet. 1998 gab es 92 Lehrgänge, Seminare und Tagungen, das sind um fünf mehr gegenüber dem Jahr 1997, mit insgesamt 2841 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind mit dem steirischen Weg beim Zivilschutz sicher gut unterwegs. Wir haben sehr engagierte Bezirksstellenleiter, und wir verfügen mit dem Geschäftsführer des Zivilschutzverbandes, Herrn Hofrat Dr. Heinz Konrad, über einen Mann, der in guter Zusammenarbeit mit dem Präsidium, den stellvertretenden Geschäftsführern und den übrigen Vorstandsmitgliedern hervorragende Arbeit für den Zivilschutz in der Steiermark leistet. Es wäre aber falsch, wenn wir uns auf dem bisher Geleisteten ausruhen würden. Noch mehr Einsatz zum Schutz unserer Bevölkerung ist notwendig. Das Ziel muß sein, verstärkte Information, verstärktes Training, verstärkte Motivation. Abschließend noch ein herzliches Danke an alle, die im Bereich des Zivilschutzes tätig sind und mit großem Engagement diese Arbeit verrichten. (Beifall bei der SPÖ. – 17.32 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der Herr Abgeordnete Korp ist am Wort.

Abg. Korp (17.32 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Präsident, du gestattest mir, daß ich schnell drei Sätze außerhalb der Gruppe 1 sage. Lieber Heinz Vollmann, darf ich dich von hier ansprechen – er fühlt sich gar nicht angesprochen, denn er ist so vertieft, aber es ist mir einfach ein inneres Anliegen: Wir alle haben vernehmen dürfen, daß du parteiübergreifend gewürdigt wurdest. Es hat mich persönlich für dich sehr, sehr gefreut, daß Kollegen, die ideologisch auf der ganz anderen Seite von Sozialdemokraten sind, deine Persönlichkeit und die Wertigkeit deiner Persönlichkeit hier im Hause besonders hervorgehoben haben. Ich finde das wunderbar, und ich möchte dir nur sagen, es ist mir ein persönliches Anliegen, du bist und warst für mich immer ein Vorbild als Sozialdemokrat, und ich bitte dich, so zu bleiben, wie du bist. Wir schätzen dich alle sehr und wir werden dich auch sehr vermissen. Ich wollte das hier von dieser Stelle sagen, es war mir ein Anliegen. (Beifall bei der SPÖ.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Gruppe 1, zu den Einsatzorganisationen: Ich halte es einfach für einen wirklich sehr, sehr guten und menschlichen Brauch, daß immer bei den Budgetdebatten die Leistungen unserer Einsatzorganisationen im besonderen Maße von Mitgliedern des Hohen Hauses partei-

übergreifend gewürdigt werden. Ich glaube, daß das sehr notwendig ist und sehr wichtig ist, daß man das Lob ausspricht, das sich diese Organisationen verdienen, denn Lob ist etwas, was jeder braucht. Und wenn sich schon jemand freiwillig in den Dienst der Allgemeinheit stellt, dann ist es wohl das wenigste, daß wir die Anerkennung und den Respekt aussprechen, die sich die Mitglieder der freiwilligen Einsatzorganisationen also wahrlich verdienen. Und wenn man sich vorstellt, 48.000 Feuerwehrmänner in der Steiermark, 8000 freiwillige Mitarbeiter beim Roten Kreuz, 1500 aktive Bergrettungsmänner, dann ist das einfach von unschätzbarem Wert. Und zu den Bergrettungsmännern erinnere ich mich noch sehr gut, Kollege Kanduth, ein begeisterter Bergfreund von Ihrer Seite, der immer hier gestanden ist und die besondere Wertigkeit der Leute, die keine Tourenbuchfetischisten sind, sondern denen einfach die Sicherheit der Menschen im Berg ein besonderes Anliegen ist, daß er die besonders hervorgehoben hat. Ich glaube, wir sollten seine Tradition fortsetzen und das auch im gleichen Ausmaß tun, denn wenn man sich vorstellt, was diese Leute für Ausbildung brauchen, damit es ihnen überhaupt möglich ist, im Berg, am Berg zu helfen, dann ist das eine genauso großartige Leistung wie jene verbringen, die eben in anderen Einsatzorganisationen tätig sind. Und da erinnere ich mich – und damit komme ich schon zum Schluß – immer wieder an einen Ausspruch von Albert Schweitzer, der einmal gemeint hat, „diejenigen, die vom eigenen Leid verschont geblieben sind, haben sich verpflichtet zu fühlen, jenen zu helfen, bei denen das nicht der Fall ist“. Alle diese Leute tun das, und sie geben uns damit ein Beispiel, dem wir in möglichst weiten Bereichen auch folgen sollten. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.36 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Am Wort ist die Frau Landeshauptmann!

Landeshauptmann Klasnic (17.36 Uhr): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich habe gerade nachgefragt, der Referent darf angeblich ohne Sekundenzeiger reden, also die Uhr wird nicht blinken. Es wird aber die Herausforderung groß sein, trotzdem werde ich mich im Sinne des Ganzen dort bei Ihnen einordnen, aber doch einige Antworten.

„Sichere Steiermark, Sicherheit geben“ ist das Motto, wo ich glaube, daß man als Katastrophenschutzreferent dieses Landes nicht mit einem statischen System etwas zu tun hat, sondern ein dynamisches spürt und auch merkt, daß es ständig neue Entwicklungen gibt. Es geht um die Erkenntnisse, daß die Ausbildung verstärkt werden muß, daß es eine koordinierte Führung braucht, daß das Informationsmanagement stimmen muß. Es geht aber auch um eine psychosoziale und eine interkonfessionelle Betreuung, und all diese Punkte, die ich anspreche, sind im neuen Katastrophenschutzgesetz des Landes Steiermark, das zu einem der fortschrittlichsten in Österreich gehört und das in diesem Haus von Ihnen beschlossen wurde. Dort sind diese Punkte enthalten. Ich möchte zu einzelnen doch etwas sagen. Auch ich freue mich sehr, daß Vertreter der Einsatzorganisationen auf der Zuhörerbank sitzen. Es kommen vielleicht noch einige

Feuerwehrleute, die denken, es beginnt um 17 Uhr oder 18 Uhr. Im Vorjahr war es ja wesentlich später. Aber es ist die Vertretung des Landesverbandes, die Spitze ist in Oberösterreich bei einer Sitzung des Bundesverbandes, und darum sind sie heute nicht da. Das heißt aber nicht, daß sie kein Interesse an der Sache haben. Es sind die anderen hier. Unsere Einsatzorganisationen sind in Verbindung, man redet miteinander über das, was man tut. Wir haben gerade in diesem vergangenen Jahr – und ich sage bewußt im vergangenen Jahr, weil das Jahr 1998 und 1999 in dem Fall zusammengehören – einiges an Schicksal zu bewältigen gehabt, und es ist bestens gelungen, weil viel an Vorbereitung hier war und weil es den Einsatz der Menschen gegeben hat. Und wenn ich nur Trahütten/Deutschlandsberg nehme, daß es 44 verunfallte Menschen gegeben hat und 1038 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, dann ist das eine Zahl, wo man sich nur verneigen kann.

Zweiter Teil: Ich bedanke mich ganz besonders bei unserem steirischen Roten Kreuz für eine Initiative, die sich „Herz-Lunge-Wiederbelebung“ nennt, die nicht durchgetragen wird für ein Jahr, für zwei Jahre, sondern die nun einmal durchgeplant und vorbereitet ist bis zum Jahre 2002, also auf fünf Jahre. Es ist für jeden von uns ein Geschenk, wenn man Menschen begegnet, die sagen, dort und da konnte ich helfen, die eine oder andere konnte im letzten Augenblick gerettet werden. Und wenn in diesen Kursen seit dem 23. April 1997 8250 Menschen daran teilgenommen haben, dann ist es ein Zeichen, daß es eine richtige Entscheidung, ein richtiger Schritt war, daß das Rote Kreuz die richtige Organisation ist, der die Menschen vertrauen und bei denen sie das Gefühl haben, ich kann von ihnen was lernen, und sie nehmen es an. Und es ist ausgesprochen eine der zielführendsten Laienhilfen in ganz Europa, und darauf dürfen wir stolz sein. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich bedanke mich für diese Unterstützung des Roten Kreuzes und auch für diese Arbeit, und ich war sehr froh, als der Herr Kollege Schrittwieser die Arbeit des Herrn Präsidenten Griß angesprochen hat. Und für alle jene, die bei dieser Jahresschlußversammlung und bei der Übergabe dabeigewesen sind im Weißen Saal der Grazer Burg, war es bewegend zu hören, mit welcher einfachen, aber mit welcher schlichten Worten ein Mensch wie Präsident Griß gemeint hat, unsere Heimat ist so schön, daß ich mich innerlich verpflichtet gefühlt habe, etwas dafür zu geben. Und in diesem Sinne hat er seit dem Jahre 1947, damals war er gerade fünf Jahre verheiratet, ehrenamtlich sich voll und ganz so wie Tausende andere in diesem Land eingebracht. Ich bedanke mich bei ihm von dieser Stelle aus, und ich wünsche auch seinem Nachfolger, dem Herrn Präsidenten Direktor Günther Berner, für die Zukunft mit allen, die ihm helfen, die ihm zur Seite stehen, und es ist überall das gleiche, einer allein schafft es nicht, man braucht den Nächsten, ich wünsche Ihnen viel Kraft für die Zukunft, und auf eine gute Zusammenarbeit und nach Möglichkeit Einsätze, bei denen man auch das Gefühl hat, man konnte noch helfen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Die steirischen Feuerwehren: auch Sie sind angesprochen, und ich möchte mich beim Kollegen Bürgermeister in dem Fall sage ich jetzt, Bürgermeister

Huber, entschuldigen, daß vor drei Wochen beim Bezirksfeuerwehrtag (Abg. Huber: „Vor 14 Tagen!“) oder vor 14 Tagen beim Bezirksfeuerwehrtag noch nicht bekannt war, was beim Delegiertentag am Landesfeuerwehrtag herauskommt. Das Ergebnis ist: Es waren dort 73 Delegierte, der Herr Kollege Leitgeb hat beste Vorarbeit in Sachen Versicherung geleistet, und wir haben uns darauf verstanden – und das war auch in der Vergabesitzung einige Tage vorher schon der Fall –, daß es pauschal eine Million Schilling als Starthilfe gibt. Aber ich sage Ihnen, wir müssen auch so etwas wie Eigenverantwortung dort lassen, wo sie ist, und Hilfestellung geben dort, wo sie notwendig ist. Es wird Feuerwehren geben, die es brauchen, und es wird Feuerwehren geben, die es nicht brauchen. Und darum habe ich diese Verantwortung auch dem Landesfeuerwehrverband übergeben sowie auch andere Verantwortungen, und die Herren waren damit sehr zufrieden. Und ich würde bitten, daß Sie diese Zufriedenheit einmal hinterfragen, ob es paßt. Wenn es nicht paßt, sagen Sie es mir bitte das nächste Mal, mit mir kann man gerne reden. (Abg. Huber: „Heute schon!“) Heute schon! (Abg. Huber: „4000 Schilling bleiben über für die Feuerwehr!“) Herr Kollege, bisher hat es aber auch etwas gekostet! Bisher hat es auch was gekostet, nur daß es geklärt ist. Wir müssen ja wissen, worüber wir reden. Ich sage, es gibt Feuerwehren, die es sich leisten können, es gibt Wehren, die es sich nicht leisten können.

Herr Kollege Schinnerl, ein Wort zu Unterpremstätten. Sagen wir es, Unterpremstätten, eine Gemeinde im Bezirk Graz-Umgebung, der Kollege Erlitz kennt sie recht gut. Er wird zugehört haben, was heute im Radio war, daß man gehört hat, wie das jetzt ist. Daneben ist ein Loch gegraben worden, das Feuerwehrhaus ist zusammengestürzt. Bitte, nur daß Sie ganz beruhigt sein dürfen, erstens habe ich mich in der Früh schon erkundigt, ich war aber schon die zweite, und nicht die erste, sondern der Feuerwehrkommandant Krugfahrt hat es schon vorher gemacht. So hat es mir Hofrat Dr. Konrad berichtet. Die Fahrzeuge sind in Ordnung. Es ist ein Generalunternehmer am Werk, der die Haftung dafür übernommen hat, das heißt, dies kostet dem Land, der Gemeinde und der Feuerwehr nichts, damit das auch klargestellt ist. (Abg. Schinnerl: „Steht aber in der Zeitung!“) Man hat gemerkt, daß ein Bezirkskommandant und ein HBI vor Ort gute Arbeit leisten und sofort eine Antwort geben können. Es besteht daher keine Gefahr, daß ein Einsatz nicht getätigt werden kann, damit die Antwort auch gleich da ist. Es gab dann unter anderem bei diesem Landesfeuerwehrtag ein intensives Gespräch und einen Vortrag, der von Herrn Dr. Widetschek zum Thema Tunnel auch mit Dias versehen war. Und da gebe ich den Kollegen, die sich zu Wort gemeldet haben, auch gerne eine Antwort: Ich bin mit der ÖSAG bereits im Gespräch, betreffend eine Betriebsfeuerwehr für den Gleinalm- und für den Bosrucktunnel. Das sind die zwei Tunnel, wo man damit rasch einen Weg findet, das ist das eine. Zum Zweiten wissen wir alle, daß im Plabutsch der Bau – ich glaube am 19. Juli – beginnt und der nächste Teil, und das haben wir am 16. Juni beschlossen, ist vergeben und ist schon im Einsatz. Das sind die Wärmebildkameras, die 1,6 Millionen Schilling kosten, als erste Maßnahme zur Tunnel-sicherung in der Steiermark. Das ist geschehen, und

ich darf Ihnen versichern, ich bin dankbar für jede Anregung, aber wir bemühen uns auch, nach Möglichkeit raschest zu handeln und Entscheidungen herbeizuführen, damit die Menschen in dem Land, die hier wohnen oder die hier durchfahren oder uns besuchen, das Gefühl haben, sie sind in einem sicheren Land. Ein zweiter Teil, den ich am vergangenen Samstag mit viel Freude gemeinsam mit manch anderen feststellen durfte, ist, daß im Mitgliederstand der Landesfeuerwehr, nämlich der Feuerwehrjugend, die 5000er Marke überschritten worden ist. Was das heißt, wissen wir alle. Über 5000 junge Menschen sagen, wir sind bereit, bei dieser Einsatzorganisation dabei zu sein. Das ist gut, das ist die Arbeit insbesondere vom Abschnittsbrandinspektor Lederhaas, der auch auf Bundesebene dafür verantwortlich ist. Er ist ein Leibnitzer, wir sind stolz darauf. In der Steiermark ist vorbildliche Arbeit geleistet worden. Wenn wir über Organisationen reden, darf ich folgendes sagen: Am 6. Juni, Kollege Korp hat es angeschnitten, war die Steirische Bergrettung in Knittelfeld. Es gab die Wiederwahl des Landesleiters Dr. Fritz Seidl, der Herr Miggitsch ist wieder sein Stellvertreter geworden, und das Team ist in weiten Bereichen ziemlich harmonisch, nämlich geblieben und zum Teil erneuert worden, so wie es paßt. Es ist dort aber auch der Landeseinsatzleiter Helmut Mück verabschiedet worden. Wer dort dabei war und zugehört hat, was Helmut Mück uns in dieser Stunde vermitteln wollte, hat dann gemerkt, wie er unter schwierigsten Bedingungen als Einsatzleiter bereit war, wenn einer unter 80 Teilnehmern etwas kritisiert hatte, sich mit dem einen auseinanderzusetzen und auch darüber nachzudenken, was er besser machen kann. Das schwierigste für ihn war, mit Situationen fertig zu werden, daß jemand das Leben lassen mußte und er das Gefühl hatte, vielleicht war er doch zu wenig ausgebildet. Das hat man dort gespürt, und das ist das Denken dieser Menschen. Die Österreichische Wasserrettung hat mit Helmut Nestler einen neuen Landesleiter. Er hat in dieser Funktion den Landesleiter Zangerle abgelöst. Herzlichen Dank für die bisherige Arbeit, und alles Gute für die Zukunft. In der Rettungshundebrigade ist im März dieses Jahres Helmut Gruber zum neuen Landesleiter gewählt worden. Er hat Herrn Heinrich Weilharter abgelöst. Die Höhlenrettung mit Landesleiter Erwin Hüttner – beide sind jetzt nach dem Rettungsdienstgesetz anerkannte Rettungsorganisationen – sind Menschen, die sich mit viel Einsatz bemühen, für die Sicherheit auf ihre Art und nach ihren Möglichkeiten einen massiven Beitrag zu leisten. Frau Kollegin Hartinger, wenn Sie von den Notarztstützpunkten sprechen und sagen, die Flächendeckung ist Ihnen zu wenig, dann bin ich gerne an Ihrer Seite, wenn es einen Weg gibt, das noch zu verstärken. Zur Zeit können wir aber dankbar sagen, daß es gelungen ist, mit 22 Notarztstützpunkten eine Flächendeckung zu haben, daß man die Zeiten noch verringern kann und das Netz und die Maschen enger knüpfen, da sollen Sie mich an Ihrer Seite wissen. Sie wissen aber selbst auch, wie schwierig das eine oder andere ist. Ein Zweites sage ich noch dazu, weil Sie gemerkt haben, daß ich selten jemandem ins Wort falle, nämlich in einer unangenehmen Art. Ich habe irgendwo das Gefühl gehabt, und ich habe mich angesprochen gefühlt, als Sie gemeint haben, daß im Namen der Volkspartei ein Brief bei irgendeinem

Roten Kreuz angekommen ist. Ich habe mich angesprochen gefühlt. Aus diesem Grund sage ich, ich bin Katastrophenschutzreferentin dieses Landes, und es gibt bei keiner einzigen Dienststelle dieses Landes, weder in meinem Auftrag, noch in meinem Namen, noch von meiner Partei, in der Steiermark einen solchen Brief. Ich sage bewußt von meiner Partei in der Steiermark, weil es das nicht gibt und weil ich dafür Sorge und weil auch gar niemand das Ansinnen hat – das möge uns unterscheiden. Herzlichen Dank sage ich auch den Flugeinsatzstellen im Lande, in Graz und in Aigen. Herr Innenminister war vor einigen Wochen am Thalerhof und hat begeistert dort mitgeteilt, daß es bei dem bleibt, was wir vereinbart haben. Es war ein mühevolleres und jahrelanges Verhandeln. Auch Hofrat Dr. Konrad war einige Male draußen. Man hat geglaubt, es wird eingestellt, es wird verändert, es wird privatisiert. Es ist in Ordnung. Wir können sagen, Notärzte, Notfallsanitäter, Flugretter und Piloten verrichten nicht nur eine vorbildliche Arbeit, sondern haben jetzt wieder das Gefühl, daß nicht alles in Frage gestellt ist. Nachdem Peter Rieser über das Bundesheer gesprochen hat, möchte ich schon zwei Zahlen nennen; Insgesamt in fünf Schicksalssituationen – da ist alles drinnen, auch die Naturkatastrophe – hat das Österreichische Bundesheer mit seinen Soldaten in der Steiermark im Vorjahr 16.000 freiwillige Einsatzstunden geleistet, davon, und damit komme ich zum Kollegen Wabl, 3300 nur in Lassing. Ich möchte zu dieser Wortmeldung nur folgendes sagen: Wir alle, und viele von Ihnen haben es gehört, begleitet oder waren vor Ort. Dort gab es Zusagen. Die Zusage von Herrn Bundeskanzler Klima und die Zusage von Herrn Bundesminister Farnleitner, daß die Bundesregierung in Vorlage gehen wird für die Bergungskosten. Ich war vor drei Wochen mit Herrn Bundesminister Farnleitner wieder in Lassing. Es ist diese Zusage der Vorlage der Bergungskosten nach wie vor aufrecht. Die Bundesregierung hat sich in dieser Frage nicht verabschiedet. Das schwierige daran ist, daß momentan die Absicherung der Pinge noch in Tätigkeit ist und daß dort, wenn man es ganz ehrlich nimmt, noch immer der Stand 18. Juli 1998 ist. Man ist sehr wenig weitergekommen. Ich wollte nur diese Antwort geben. Es ist angesprochen worden, und auch das bewegt jeden von uns, die Flüchtlinge und ihre Aufnahme, gerade jener Gruppen, die in Graz-Thalerhof angekommen sind. Ich bin an einem Sonntag dort unten gewesen, und ich habe dort viele getroffen, beginnend von der Frau Mag. Buchacher bis zum Herrn Bauer, dem Flüchtlingsbeauftragten, bis zu den Vertretern des Bundesheeres, den Mitarbeitern und Beamten der Bezirkshauptmannschaften, der Landessanitätsdirektion, Einsatzorganisationen, Rotes Kreuz. Man hat dort gespürt, daß man nicht reden muß, sondern daß dort gehandelt wird. Wenn man das merkt, die Sprache wurde nicht verstanden, aber der Handgriff, der Blick und die Hilfe der Studenten, die dann in schwierigeren Situationen übersetzt haben, so hat das einfach ein Zusammenspiel ergeben, daß sich die Menschen, die zu uns gekommen sind, angenommen und aufgenommen gefühlt haben. Ich möchte mich bei all jenen, die ihre Wochenenden, und es waren vier bis fünf Wochenenden, eingebracht haben, ganz besonders bedanken. Damit bin ich schon beim Schluß und sage: Danke den Vertretern in der Abteilung für Katastrophenschutz

und in allen anderen Abteilungen des Landes, die sich sehr bemühen, koordiniert mit den beruflichen, hauptberuflichen und ehrenamtlichen Organisationen zusammenarbeiten. Ich darf Ihnen auch versichern, daß in der Koordination und der Vorbereitung, gerade auch für die Zeit des Jahreswechsels 2000, von mir als verantwortliche Referentin einiges in die Wege geleitet wurde. Ich werde Ihnen berichten, es ist dies eine Stimmung, die nicht nur wir im Lande haben, sondern die es überall auf der Welt gibt, daß man nicht genau weiß oder daß man nachdenkt, was kann in dieser Nacht vom 31. Dezember bis zum 1. Jänner 2000 alles passieren. Wir hoffen und wir wünschen uns, daß nichts passiert, aber vorbereitet wird die Steiermark sein. Und dafür haben sich sehr viele gemeldet. Es ist eine koordinierte Gruppe eingesetzt, es sind Arbeitsgruppen am werken. Wir werden Ende September einen fertigen Plan vorlegen können, damit jeder das Gefühl hat, es gibt eine Nummer, wo ich mich melden kann, es gibt einen Ort, wo ich mich melden kann, oder es gibt in meiner Umgebung einen Menschen, auf den ich mich verlassen kann.

Und das müssen die Leute wissen, dann gehen sie auch ruhig in dieses kommende Jahr 2000, von dem ich überzeugt bin, daß sich in dieser Beziehung ab 2000 nichts ändert in der Steiermark. Wir haben auch jetzt in diesen Jahren immer wieder gespürt, es gibt Tausende, auf die man sich verlassen kann, Tausende, die sich einbringen; Tausende, die von ihren Familien unterstützt werden, daß sie diesen Einsatz leisten können, und auch Tausende, die wissen, daß der Steiermärkische Landtag und die Steiermärkische Landesregierung ihre Arbeit schätzen, für ihre Arbeit danken und an ihrer Seite sind. Und so möge es bleiben. (Beifall bei der ÖVP. – 17.53 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 1 liegt nicht vor. Da ich annehme, daß der Herr Berichterstatter auf das Schlußwort verzichtet, kommen wir zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 des Landesvoranschlags für das Jahr 2000 ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die mehrheitliche Annahme des Antrages feststellen.

Gruppe 2, „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Ussar um die Berichterstattung zu dieser Gruppe.

Abg. Ussar (18.01 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Sehr geehrte Landesräte!

Gruppe 2, „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“:

Schulaufsicht, Personalvertretung der Landeslehrer, Pensionen der Landeslehrer, Allgemeine Pflichtschulen, gemeinsame Kosten, Sonderschulen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, berufsbildender Unterricht, Anstalten der Lehrer und Erzieherbildung, berufsbildende mittlere Schulen, berufsbildende höhere Schulen, Berufsausbildung schulentlassener

Jugend, sonstige Einrichtungen, Förderungen von Schulbetrieben, Förderung der Lehrerschaft, Schülerbetreuung, vorschulische Erziehung, Kindergärten, Förderung Kindergartenpersonal, außerschulische Jugenderziehung, Schüler-, Lehrlings- und Gesellenheime, Jugendherbergen und Jugendheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Kinder- und Jugendanwalt, Sport und außerschulische Leibeserziehung, Turn- und Sporthallen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Erwachsenenbildung, Volkshochschulen, Volksbildungswerke, Volksbildungsheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Forschung und Wissenschaft, Universitäts- und Hochschuleinrichtungen, Studienbeihilfen, wissenschaftliche Archive, wissenschaftliche Bibliotheken, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

In Summe: Einnahmen 8.755,496.000 Schilling, Ausgaben 9.754,934.000 Schilling. Ich bitte um Annahme.

Dann der Mündliche Bericht:

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1203/1, betreffend den Landesvoranschlag 2000, den Dienstpostenplan und den Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge, über Entschließungsanträge beraten und zur Gruppe 2 nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Antrag:

Der Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1203/1, folgende Entschließungsanträge beschließen:

Zu Gruppe 2:

Da das Kinderbetreuungs- und Kinderbetreuungs-förderungsgesetz so verhandelt werden, daß ein Inkrafttreten zum 1. Jänner 2000 möglich ist, wird die Landesregierung aufgefordert, für eine entsprechende Vollziehung zu sorgen. (Antragsteller: Schützenhöfer, Pußwald, Korp, Günther Prutsch.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Finanzierung für den dringend notwendigen Um- und Ausbau der landwirtschaftlichen Schulen im Rahmen des Budgets sicherzustellen und mit den Arbeiten umgehend zu beginnen. (Antragsteller: Pußwald, Rieser, Kaufmann, Herrmann.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, das Ausbau- beziehungsweise Nachnutzungskonzept des Schischulsportstandortes Schladming-Ramsau, aber auch Eisenerz, anteilmäßig zu unterstützen. (Antragsteller: Tasch, Straßberger, Dr. Flecker, Kaufmann.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, Sportförderungsmittel des Bundes in einem 40prozentigen Anteil neben WM und EM auch für international bedeutsame Sportveranstaltungen zur Verfügung zu stellen. (Antragsteller: Straßberger, Tasch, Gross, Korp.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit allem Nachdruck für die Installierung eines Lehrlingsausbildungsfonds einzutreten. Im Sinne einer optimierten FacharbeiterInnenausbildung ist zur nachhaltigen Sicherung des Wirtschaftsstand-

ortes Steiermark dieser Forderung oberste Priorität einzuräumen. (Antragsteller: Gennaro, Vollmann, Schützenhöfer, Straßberger.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, daß die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit im Bereich der Kinderbetreuung für eine möglichst flächendeckende Kinderbetreuung, wobei auch die Öffnungszeiten den Bedürfnissen der Eltern entsprechen müssen, angeboten werden kann. (Antragsteller: Gross, Ussar, Pußwald, Schützenhöfer, Keshmiri.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, weiterhin Bemühungen zur Regionalisierung wissenschaftlicher Einrichtungen (Institute von Joanneum Research, andere universitäre und außeruniversitäre Institute, Kompetenzzentren, Fachhochschulstudiengänge, andere Studiengänge, universitäre und außeruniversitäre Lehrgänge und Kollegs, Sommer- und Winterakademien und andere) zu unterstützen und entsprechende Schritte auch selbst zu setzen. (Antragsteller: Dr. Flecker, Gennaro, Schützenhöfer, Straßberger.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im ersten Halbjahr 2000 dem Landtag den Entwurf einer Novellierung zum Steiermärkischen Landessportgesetz 1988, LGBl. Nr. 67/88, vorzulegen, in dem eine ausreichende Förderung kleiner Sportvereine und eine ausgewogene Förderung sämtlicher Sportvereine vorgesehen wird. Für die entsprechende Vollziehung, auch das Budget betreffend, ist zu sorgen. (Antragsteller: Dr. Flecker, Gross, Schützenhöfer.)

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Budget ab 2001 für Sportförderung in den Bereichen Breitensport, Nachwuchs und Behinderten- und Versehrten-sport zumindest auf den Österreichdurchschnitt anzuheben. Antragsteller: Dr. Brünner, Keshmiri, Gross, Gennaro, Schützenhöfer, Straßberger.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die schulische Ausbildung für hörbehinderte und gehörlose MitbürgerInnen im Sinne der Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens (Artikel 7 B-VG) gewährleistet ist. (Antragsteller: Dr. Brünner, Keshmiri, Korp, Gross, Rieser, Bacher.) Ich bitte um Annahme. (18.01 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für diesen Bericht. Wie üblich darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, vorschlagen, die Diskussion in zwei Teile zu teilen, nämlich in den ersten Teil „Unterricht, Erziehung und Wissenschaft“ und im zweiten Teil den Sport zu behandeln. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zum ersten Teil der Gruppe 2, „Unterricht, Erziehung und Wissenschaft.“ Erster Redner und gleichzeitig Hauptredner seiner Fraktion ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (18.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Herren Landesräte! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die sozialpolitische Politik war von ersten Anfängen her immer auch Bildungspolitik. Bildung ist nicht nur ein wichtiges Instrument für die Menschen, ihre Fähigkeiten optimal zu entfalten, sondern auch eine entscheidende Triebkraft für politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Wir Sozialdemokraten treten deshalb schon immer für ein Bildungssystem ein, das die Entfaltung der Persönlichkeit, solidarische Beziehung zu den Menschen fördert. Der Gedanke vom lebenslangen Lernen und die lebenslange Wissensvermittlung soll die Menschen dazu anregen, sich aktiv an einer unmittelbaren Umgebung, aber auch an der Gesellschaft als Ganzes einzubringen. Ziel der Bildung im Sinne der Sozialdemokratie ist ein an den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eingereichtes Wollen. Sehr geehrte Damen und Herren, es ist einfach atemberaubend, mit welcher Geschwindigkeit sich Staaten und Gesellschaften ändern. Was gestern noch der letzte Schrei war, ist heute schon überholt. Auch wir müssen uns diesen neuen Anforderungen stellen, um für das nächste Jahrtausend gerüstet zu sein. Sehr geehrte Damen und Herren, die beste Investition für die Zukunft ist ganz einfach die Topausbildung unserer Jugend. Wir brauchen junge Menschen, die sich in einer komplizierten Welt orientieren können, bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, Rückgrat haben, vorbehaltlos für die Demokratie eintreten, sich für die Benachteiligten in unserer Gesellschaft einsetzen, gegenüber Veränderungen offen sind, bereit sind, auch immer wieder etwas Neues zu lernen. Zu den Schlüsselqualifikationen von morgen zählen Selbständigkeit, Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Aktivität, Fremdsprachen und Computerkenntnisse. In allen Bildungseinrichtungen, vom Kindergarten zur Institution der außerschulischen Jugendberziehung und auch zur Erwachsenenbildung muß ein Bildungsprozeß unterstützt und gefördert werden. Gerade das österreichische Pflichtschulwesen hat in den letzten Jahren diese Herausforderung sehr gerne angenommen. Bei allem Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer kann die Schule jedoch nicht allein die Probleme der Gesellschaft lösen. Um den hohen Standard der österreichischen Schule auch in einem vereinten Europa zu sichern, müssen die gesellschaftlichen Bedingungen dafür geschaffen werden. Ich lehne daher Sparmaßnahmen im Bildungsbereich zum Zwecke von Budgetkonsolidierung energisch ab. Im Rahmen unserer Bildung, sehr geehrte Damen und Herren, kommt auch der vorschulischen Erziehung ganz große Bedeutung zu. Im Kindergartenbereich sind im Budget 381 Millionen Schilling für den Personalbereich, für Elternbeihilfen 43 Millionen Schilling und im Kindergartenbaufonds 20 Millionen Schilling beziehungsweise 42,6 Millionen Schilling, das ist die zweite Hälfte des Landesanteiles zur Umsetzung der Kindergartenmilliarde. Das ergibt insgesamt, meine Damen und Herren, 486,6 Millionen Schilling. Frau Landesrat Dr. Anna Rieder ist für ihre Aktivitäten in dieser Hinsicht ganz besonders zu danken, vor allem aber, sehr geehrte Damen und Herren, daß die Steiermark immer bei der Einreichung von Kindergartenprojekten in Wien an erster Stelle steht. Besonders erfreulich ist für mich auch, daß dadurch Kindergartendauerarbeitsplätze für Kindergärtnerinnen, Assistentinnen und Helferinnen geschaffen werden können. Wir haben in der Steiermark

563 Volksschulen, davon elf private, 2954 Klassen und insgesamt an Volksschulen 56.308 Schüler, davon sind 1158 Integrationsschüler. Ich bitte, diese Zahl ganz besonders zu beachten. Besonders erfreulich ist es, daß in der Steiermark schon seit dem Schuljahr 1993/94 behinderte Kinder gemeinsam mit Kindern die Volksschule besuchen können. Während österreichweit durchschnittlich nur rund 50 Prozent Volksschüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf Integrationsklassen besuchen, halten wir in der Steiermark bei 85 Prozent. Ähnlich erfolgreich die Lage auch bei den Hauptschulen. Das entsprechende Bundesgesetz wurde erst im Dezember 1996 verabschiedet. Auch dort sind bereits, sehr geehrte Damen und Herren, 65 Prozent der zehn- und 15jährigen Schüler integriert. In der Steiermark haben wir 189 Hauptschulen mit 1680 Klassen, 39.890 Schülern, davon 1018 Integrationsschüler. Wir haben 33 selbständige Sonderschulen, 26 angeschlossene Schulen, insgesamt 174 Klassen mit 1374 Schülern in den Sonderschulen. In Summe, sehr geehrte Damen und Herren, sind nun bereits 2196 Integrationsschüler in Volks- und Hauptschulen. In der Steiermark gibt es 31 selbständige polytechnische Schulen, 26 angeschlossene Klassen an Hauptschulen, insgesamt 122 Klassen mit 2747 Schülern. An Volksschulen, sehr geehrte Damen und Herren, unterrichten 3869 Lehrer, an Hauptschulen 4123, an Sonderschulen 1069 und an polytechnischen Schulen 335 Lehrerinnen und Lehrer. Mit den Realschulen zusammen haben wir in der Steiermark insgesamt 890 Pflichtschulen, 101.823 Schüler und 9336 Lehrer. Es ist besonders erfreulich, und dafür danke ich Frau Landesrat Dr. Anna Rieder, daß im Schuljahr 1999/2000 wieder 9399 Dienstposten zur Verfügung stehen. Ich weiß, wir hätten noch gerne mehr Dienstposten. Wir danken aber sehr dafür. (Beifall bei der SPÖ.)

Gegenüber dem vorigen Schuljahr bedeutet das immerhin eine Erhöhung um drei Posten, was heute im Bundesdienst schon etwas heißt. Leider gehen in den Volksschulen sieben und bei den Hauptschulen 45 Dienstposten auf Grund geringerer Schülerzahlen verloren. Erfreulich ist aber der Besuch im Bereich der polytechnischen Schulen. Es gibt insgesamt um drei Dienstposten mehr und im Rahmen der Sonderpädagogik um 55 Dienstposten mehr. Ich danke vor allem auch den Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten und den Mitarbeitern in den Klubs für die erfolgreiche Verhandlung bei der Erarbeitung der neuen steirischen Schulgesetze. Ein Dank auch an unsere Frau Landesrat, die nach zeitlicher Möglichkeit auch an den Unterausschußverhandlungen immer teilgenommen hat. Sehr geehrte Damen und Herren, kurz Revue passiert: Das Steiermärkische Pflichtschulorganisationsgesetz haben wir am 20. Jänner 1998 verabschiedet, das Landeslehrerdienstrechtsausführungsgesetz am 10. März 1998. Dieses Gesetz brachte eine Objektivierung in der Schulleiterbestellung mit zusätzlichen Kriterien für die Auswahl und Reihung der Bewerber. Das Anhörungsrecht der Gemeinden, das immer wieder gefordert wurde, wurde auch hier untergebracht. Die entsprechende Entscheidungshilfenverordnung wurde erlassen und wurde von allen Bezirksschulräten angenommen. Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben auch das Pflichtschülerhaltungsgesetz am 28. April

1998 verabschiedet. Auf Grund der erfolgreichen Verhandlungen, und da möchte ich dir wirklich nochmals danken, sehr geehrte Frau Landesrat, auch mit Herrn Landesrat Ressel, ist es gelungen, bei der Kostentragung einen Aufteilungsschlüssel von 60 zu 40 zwischen Land und Gemeinden festzusetzen. Das waren schwierige Verhandlungen. Es freut uns daher ganz besonders, daß das gelungen ist. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich sage das vor allem deswegen, weil durch diese Maßnahme eine wesentliche Entlastung der Eltern behinderter Kinder erreicht wurde. Am 15. Juni 1999 haben wir im Hohen Haus das Pflichtschulhaltungsgesetz und das Steiermärkische Pflichtschulorganisationsausführungsgesetz beschlossen, und ich habe über diese beiden Gesetze bereits ausführlich hier im Hohen Haus berichtet. Es kommt vor allem zur Regelung des Schullehrerbereiches auf Grund der Novellierung der Schulgrundsatzgesetzgebung des Bundes. Auch die Neuorganisation der Volksschule wurde geregelt. Sehr geehrte Damen und Herren, noch etwas Wesentliches: Durch die Förderung der Leseerziehung an steirischen Volksschulen – eine Initiative der Schullandesrätin – bekam jede Schule zum Ausbau der Schulbibliothek 5000 Schilling – eine Maßnahme, die an den Schulen besonders gut angekommen ist und wofür ich auch herzlich danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Dazu gab es auch Gesundheitsprojekte, Integrationsprojekte, Förderung von Fremdsprachen, Schwerpunkt und Förderung von Sportprojekten wurden ebenfalls durchgeführt. Ein besonderer Dank auch an den Chef der Rechtsabteilung 13, Oberregierungsrat Dr. Eigner, den Mitgliedern des Unterausschusses für die wirklich kollegiale und freundschaftliche Zusammenarbeit. Auch ein Dank an Frau Magister Barbara Hiden sowie Herrn Magister Harald Steinwender für die besondere Unterstützung klubmäßig in meiner Arbeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir schön beim Klatschen sind, auch ein Dank den steirischen Lehrerinnen und Lehrern, Direktorinnen und Direktoren in unseren Schulen für den großen Einsatz, Engagement, Ideenreichtum zum Wohle unserer Kinder und zum Wohle unserer Schulen. (Beifall bei der SPÖ.)

Besonders erfreulich, sehr geehrte Damen und Herren, sind aber auch die Einsätze im Jugendressort. Ich freue mich über die Steigerung des Einsatzes für Maßnahmen zur Sucht- und Drogenprävention von 5,3 Millionen auf 9,3 Millionen Schilling. (Abg. Schinnerl: „Kannst du dich bei den Eltern bedanken, daß sie überhaupt Kinder haben!“) Lieber Freund, das kommt noch. Greife nicht schon wieder vor. Du mußt mir für den Schluß auch noch etwas lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch die Vergabe der ARGE Jugendarbeit Gewalt mit einem Budgetansatz in der Höhe von einer Million Schilling sichert die überparteiliche ARGE Jugendarbeit gegen Gewalt. Die Dotierung des Kinder- und Jugendliteraturpreises mit 150.000 Schilling stellt erfreulicherweise den zweithöchsten dotierten Jugendbuchpreis im deutschen Sprachraum dar. Besonders erfreulich auch die Tätigkeit der Jugendinformationsstelle LOGO. Dieser Informationsdienst ist österreichweit ein einzig-

artiges Projekt und arbeitet mit vielen steirischen und österreichischen Institutionen zusammen. Dafür ein Dank an den Landesrat Günter Dörflinger für den Zukunftsfonds auch der Jugend, mit 50 Millionen Schilling dotiert. Lieber Landesrat, mit diesem angeschaffenen Fonds besteht einerseits die Möglichkeit, innovative und kreative Ideen von jungen Menschen in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Bildung durchzusetzen. Ich danke dir herzlich für diesen Einsatz. (Beifall bei der SPÖ.) Ein starkes Signal an die Jugendlichen, daß ihr Anliegen besonders ernst genommen wird. Man kann das gar nicht hoch genug unterstreichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme schon zum Schluß. Uns liegt auch der Steirische Jugendbericht 1997/98 vor. Nachdem ich selbst 37 Jahre Bezirksjugendreferent war, freut mich dieser Bericht ganz besonders, weil er einen Überblick über den fortwährenden Wandel der Gegebenheiten für die Jugend in unserer Gesellschaft gibt. Landesrat Günter Dörflinger hat bei der letzten Tagung der Bezirksjugendreferenten – und ich danke ihm sehr, daß er sich immer die Zeit nimmt, zu diesen Tagungen zu kommen, und schon von Anfang an da ist und auch zum Schluß noch anwesend ist – in Voitsberg vor allem auch den Bezirksjugendreferenten, deren Tätigkeit in diesem Bericht ausführlich dargestellt ist, für ihre Arbeit gedankt. Denken wir daran, sehr geehrte Damen und Herren, wie viele Ehrenamtliche in den Jugendverbänden jahrelang, jahrzehntelang arbeiten, nicht auf Dank aus, sondern ganz einfach im Bedürfnis, für Kinder, Eltern ganz einfach da zu sein und ihre Kraft zur Verfügung zu stellen. Ich möchte vor allem aber heute dem Landesrat, ganz besonders auch dem überaus verdienstvollen Leiter des Landesjugendreferates danken, Hofrat Dr. Wulfing Rajakovic, und selbstverständlich auch seinen Mitarbeitern. Ich möchte heute wirklich auch seine Chefsekretärin, Frau Postl, nennen, die immer wieder auch mit Rat und Tat jederzeit zur Seite steht. Und gerade die Mitarbeiter im Landesjugendreferat, die sich mit besonderem Engagement, Einsatz ihrer Arbeit widmen, einen herzlichen Dank sagen. Es ist wirklich eine großartige Arbeit, da wird auf keine Zeit geschaut, sondern ganz einfach für die Jugend da sein. Dank aber auch an Mag. Uschi Lackner für ihre vermittelnde Tätigkeit und für ihren besonderen Einsatz. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, nun wirklich zum Schluß: Bei der mitreißenden Show „50 Jahre Landesjugendreferat“ im Grazer Orpheum wurde die umfangreiche Tätigkeit des Landesjugendreferates dargestellt, ausführlich dokumentiert. Diese schöne Veranstaltung, die viele verdienstvolle Mitarbeiter, Jugendleiter, Freunde der Jugend im Grazer Orpheum versammelt hat, endete mit der Präsentation neuer Leitlinien „Jugend in der Steiermark“. Ich möchte die Gelegenheit heute aber auch hier im Hohen Haus benützen, um allen – das ist ein ehrliches Anliegen –, um allen, die in der Steiermark, die in der Jugendarbeit meist ehrenamtlich jahrzehntelang arbeiten, hier den besonderen Dank auszusprechen, ob in Jugendorganisationen, Vereinen. Ich glaube, diesen Dank haben sich diese Damen und Herren, diese Jugendleiter und Jugendleiterinnen ehrlich verdient. Ich danke für die Aufmerksamkeit, ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 18.16 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Zitz. Auch sie ist Hauptrednerin ihrer Fraktion.

Abg. Mag. Zitz (18.17 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Angesichts der vielen Dankesworte vom Kollegen Ussar komme ich mir jetzt richtig böse vor, was sich aber nicht verhindern lassen wird, wenn man als Oppositionspartei, als Grüne, sich diese Gruppe 2 anschaut. (Abg. Gennaro: „Das muß nicht sein!“) Aber, Herr Kollege Gennaro, ich werde das emotional durchhalten, und ich werde doch die eine oder andere kritische Anmerkung zu dieser Gruppe, zu diesem Haushalt machen müssen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir werden als Grüne zu dieser Gruppe zwei Anträge einbringen, einen Abänderungsantrag, wie ich es in der Früh bei der Generalrede bereits angedroht habe, und einen Antrag, der in Richtung Motivation der Regierung, auch der zuständigen Regierungsmitglieder in Richtung mittelfristige Budgetplanung geht. Der erste Teil meiner Ausführungen bezieht sich auf diese Gruppe insofern, als hier der erste Posten vorkommt, der sich auf beschäftigungspolitische Initiativen bezieht. Den Antrag, den ich jetzt einbringe, betreffend Beschäftigungsfonds des Landes, den hätte ich auch in anderen Gruppen einbringen können, in den Gruppen, die hauptverantwortlich von der Landesrätin Rieder oder vom Landesrat Paierl bewirtschaftet werden. Ich bringe diesen Antrag „Beschäftigungsfonds des Landes“ in einem gewissen Rhythmus immer wieder ein, weil wir uns wünschen, daß die beschäftigungspolitischen Initiativen des Landes, die ja teilweise inzwischen nach Richtlinien ablaufen, noch mit deutlich mehr Transparenz angegangen werden. Ich möchte das auch anerkennend in Richtung Landesrätin Rieder und Landesrat Paierl sagen, insgesamt ist aus grüner Sicht trotzdem das eine oder andere Verbesserungswürdige beinhaltet.

Ich bringe jetzt den Entschließungsantrag ein, Beschäftigungsfonds des Landes.

Der Landesvoranschlag 2000 beinhaltet mehrere Posten mit beschäftigungspolitischen Initiativen. Diese Mittel sind im Landesvoranschlag leider Gottes sehr zersplittert ausgewiesen. Um eine transparente und kohärente Beschäftigungsinitiative auf Landesebene sicherzustellen, scheint es für uns am besten zu sein, einen Fonds einzurichten, wo all diese Mittel zusammengefaßt werden. Der neu geschaffene Arbeitsförderungsbeirat soll diesen Fonds verwalten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage in den Landtag einzubringen, mit der eine gemeinsame rechtliche Grundlage für alle im Landesvoranschlag ausgewiesenen Mittel für beschäftigungspolitische Initiativen für benachteiligte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen geschaffen werden soll, wobei die Abwicklung über einen nach transparenten Kriterien ausgestalteten Fonds des Landes zu erfolgen hat.

Ich ersuche jetzt schon um Annahme dieses Entschließungsantrages, der (nichts kostet), aber die Beschäftigungsinitiativen des Landes ein Stück nachvollziehbarer machen würde.

Und eine Bemerkung noch zur Jugendbeteiligung auf Landesebene. Es existiert ein Jugend-Online, das leider vom Landtag noch nicht beschlossen wurde, weil dem Landtag noch nicht zugeführt. Ich finde das sehr schade, weil da einige sehr moderne zeitgemäße Ideen zur Jugendpolitik drinnen sind und ich mir gewünscht hätte, daß man auch Wert darauf legt, daß die potentiellen Oppositionsparteien, die Liberalen und die Grünen, im Landtag das mitdiskutieren und eventuell auch durchaus mitbeschließen können. Das ist bis jetzt noch nicht passiert.

Ich würde mir wünschen, daß man die Methode der Jugendbeteiligung auch bei Jugendbeschäftigungsprogrammen einführt, indem man das eine oder andere Programm einer Evaluierung beziehungsweise im Vorhinein einer Kriterienfestlegung mit und durch Jugendlichen unterwirft. Ich könnte mir vorstellen, daß das die Qualität der Programme verbessern würde, daß es die Programme realitätsnäher machen würde und daß das letztendlich eine Möglichkeit wäre, Jugendbeteiligung in einem der Schlüsselbereiche der Landespolitik, wenn ich mir so die Generalreden der anderen Parteien noch einmal sozusagen vor das Ohr führe, daß das diese Qualitätssicherung ein Stück nachvollziehbarer machen würde.

Ein Punkt noch, auf den ich eingehen möchte, nachdem das auch zu dieser Gruppe gehört. Und da kann ich die Dankesworte vom Kollegen Ussar sicher nicht aufgreifen. Das ist der Bereich der Kinderbetreuung. Ich bringe jetzt einen der angedrohten Anträge ein, bezüglich Finanzierung der Kinderbetreuung. Ich zitiere jetzt bewußt eine Regierungsvorlage, nämlich die Regierungsvorlage zum Kinderbetreuungsgesetz. Diese ist 1997/98 erstellt worden, und man kalkuliert in dieser sehr seriös erstellten Kinderbetreuungsvorlage mit einer Kostenrechnung, die sich auf zehn Jahre bezieht, mit einer dynamischen Anpassung von Jahr zu Jahr bis zu einem Vollausbau im Bereich der Kinderbetreuung in der Steiermark. Die Summen, die ich jetzt zitiere, sind aus dem Hause der Sozial- und Kindergartenreferenten selber, also keine überzogenen oder utopischen Summen. Da wird festgehalten, die Personalbeiträge zum Zeitpunkt des Vollausbaues wären 635 Millionen Schilling, immer nur auf das steirische Budget bezogen. Kostenbeiträge aus dem Baufonds 306 Millionen Schilling, Landes-Kinderbetreuungsbeihilfe – das muß ein Fehler im Antrag sein, wie er mir vorliegt – 53,6 Millionen Schilling. Uns fällt auf, daß in diesem Landesvoranschlag für das Jahr 2000 dieser Bedarf unberücksichtigt ist. Uns ist nicht klar, wie man diese Finanzierung längerfristig sicherstellen möchte. Ich bringe deshalb einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend Finanzierung der Kinderbetreuung, ein. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, auf der Basis ihrer eigenen Kosten-schätzung über den Finanzierungsbedarf in der Kinderbetreuung dem Landtag einen Bericht zu erstatten, wie im Wege einer mittelfristigen Budgetplanung die Mittel dafür sichergestellt werden können. Ich ersuche

um Annahme dieses Antrages. Es ist im Prinzip eine Wiederholung oder eine Präzisierung dessen, was eigentlich in diesen beiden Entwürfen zum Kindergartenrecht bereits präsentiert wurde.

Nun zurück zum Kinderbetreuungsgesetz und Kinderbetreuungsförderungsgesetz. Das Gesetz wird seit einigen Monaten im Unterausschuß diskutiert. Was wir erleben, ist folgendes, und dazu jetzt Kritikpunkte von seiten der Grünen: Die angegebenen Kinderhöchstzahlen sind im Kindergarten offenbar bei 25 Kinder ohne Überschreitung durch ÖVP-SPÖ-Abmachung fixiert worden. Die Grünen hätten sich 20 Kinder pro Gruppe gewünscht. Das ist eine inhaltliche Vorgabe, die von Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen gemacht wird und die auch wissenschaftlich abgesichert ist durch eine Kind-Betreuerinrelation, die dieses Verhältnis als eines sieht, wo man tatsächlich mit den Kindern so umgehen kann, daß es für ihre Entwicklung am besten ist. Bei Kinderkrippen hat es immerhin eine Einigung gegeben, wo wir uns auf acht Kinder anstatt die in der Regierungsvorlage vorgesehenen zehn geeinigt haben – Zugang der Grünen war natürlich sechs Kinder. Bei Kindergärten mit Integrationsaufgaben wünschen wir uns 20 Kinder. Dieser Bereich ist letztendlich noch nicht ausverhandelt worden. Ein Thema, das uns ebenfalls ein Anliegen ist, ist, dafür zu sorgen, daß es eine Abgleichung mit dem Behindertenplan und mit dem Behindertengesetz gibt. In dem Zusammenhang ist es irritierend, daß der Behindertenplan nicht vor diesem Sommer in den Landtag eingebracht wurde, offenbar auch noch nicht in die Regierung eingebracht wurde oder dort zurückgestellt und nicht beschlossen wurde. Unsereiner weiß das ja nur aus den Medienberichten, weil wir leider Gottes keinen Zugang zum Regierungssitzungsspiegel haben. Wir wünschen uns im Kinderbetreuungsbereich und Kinderbetreuungsförderungsbereich einen Abgleich mit dem Behindertenplan in dem Sinn, daß heilpädagogischer Bedarf, alle Formen der Frühförderung, ambulante, mobile und integrierte Zusatzbetreuung im Kindergarten möglichst flächendeckend und effizient angeboten wird, und zwar mit der notwendigen Multidisziplinarität und Multi-professionalität, das heißt, unter Einbeziehung von Logopädinnen, Physiotherapeutinnen, Ergotherapeutinnen, von medizinischem Personal und so weiter. Das Problem ist, daß das Kindergartenrecht immer noch nicht beschlossen ist und der Behindertenplan in der Regierung auch noch nicht mehrheitsfähig gemacht und dem Landtag noch nicht zugeführt wurde. Ein Punkt noch zum Kinderbetreuungsförderungsgesetz: Wir wünschen uns natürlich auch, einen besseren Zugang zur Kinderbetreuungsbeihilfe zu haben, als das derzeit der Fall ist. Ich habe vorher schon erwähnt: mit zirka 40 Millionen Schilling budgetiert, jedes Jahr eine überraschende Unterschreitung von 2 bis 6 Millionen Schilling, das heißt, man budgetiert elegant und großzügig, macht aber dann so strenge Richtlinien, daß diese Mittel de facto nicht ausgezahlt werden. Ein Punkt noch, auf den ich kurz eingehen möchte, und da kann ich jetzt abschließen mit diesen Dankesworten, die Kollege Ussar uns vorher sehr großzügig angeeignet hat lassen. Es ist endlich möglich gewesen, in diesem Landesbudget die Arbeit der ARGE „Jugend gegen Gewalt, AusländerInnenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ finanziell mit ungefähr einer Mil-

lion Schilling abzusichern. Die ARGE Jugend hat hier gut sechseinhalb Jahre dafür Lobbying gemacht. Ich glaube, das ist ein Erfolg, der sehr spät kommt angesichts des Engagements von der zuständigen Abteilung beziehungsweise von der ARGE, die wirklich Dachverbandsqualitäten in der Steiermark in diesem Bereich aufweist und die es schafft, sehr professionell mit sehr viel Ehrenamtlichkeit – das möchte ich auch dazusagen – jugendpolitische Themen einzubringen, die aus meiner Sicht im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying hier einiges geleistet hat, durchaus auch gegen den wehenden Zeitgeist. Wenn ich daran denke, daß etwa Aktivitäten im Rahmen der Wehrmachtsausstellung von der ARGE Jugend beworben und durchgeführt wurden, wenn ich daran denke, daß es vor ungefähr zwei Jahren eine sehr gut besuchte, aber im Vorfeld sehr kontroverielle Enquete gegeben hat, die von der ARGE veranstaltet wurde, dann würde ich mir wünschen, daß die Arbeit mehr wertgeschätzt wird, auch von seiten des Bundes, weil vom Unterrichtsministerium die interkulturelle, multikulturelle Arbeit der ARGE inzwischen leider Gottes budgetär reduziert worden ist. Ich denke, das ist eine Struktur, die man unterstützen sollte, die man auch in dem Sinn unterstützen sollte, daß sie parteipolitisch möglichst unabhängig bleibt, daß sie eine Partnerin mit Strukturen wird, an der fast alle Fraktionen Interesse haben, sie inhaltlich unterstützen und zumindest punktuell zusammenarbeiten wollen. Wie schon gesagt, wir werden dieser Gruppe 2 aus den Gründen nicht zustimmen, die ich kurz angeführt habe. Ich ersuche aber dennoch um Annahme des Entschließungsantrages „Beschäftigungsfonds des Landes“ beziehungsweise unseres Entschließungsantrages, wo wir eigentlich nur eine Regierungsvorlage aktualisieren bezüglich Finanzierung der Kinderbetreuung. Danke schön! (18.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist die Frau Abgeordnete Beutl am Wort. Sie möge bitte ans Rednerpult kommen.

Abg. Beutl (18.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte auf die Wortmeldung meiner Vorrednerin nur insofern kurz eingehen, denn ich glaube, daß das anschließend Kollegin Pußwald ausführlicher tun wird, als es um die Gruppenszahl in den Kindergartengruppen geht, weil Sie angesprochen haben, die ÖVP, SPÖ wäre gegen eine Senkung. Wir wären aus pädagogischen Richtlinien natürlich auch für die 20 pro Gruppe – keine Frage. Nur glaube ich, wir haben sehr deutlich in den Ausschußverhandlungen dargestellt, daß das unfinanzierbar ist beziehungsweise daß wir im Falle einer Senkung auf 20 das Risiko eingehen, daß eine große Zahl von Kindern keinen Kindergartenplatz erhalten würde. Und das kann es ja wohl auch nicht sein. Ich möchte nun doch wieder zum Thema Schule und Bildung zurückkommen und möchte eigentlich nur soviel festhalten, und das ist vielleicht eine Binsenweisheit: Die Schulzeit ist für jeden Menschen jener Lebensabschnitt, der ihn ganz entscheidend prägt und wo die Weichen für seine Zukunft gestellt werden. Die Schule schafft die Basis, auf die später aufgebaut werden kann. Je breiter das

Fundament ist, desto größer sind die Chancen eines Menschen im späteren Leben. Bildung und Qualifikation stellen also eine Schlüsselrolle für den Erfolg im späteren Leben dar. Wenn der Wettbewerb um den Wirtschaftsstandort von morgen in der Schulklasse von heute entschieden werden soll, dann muß die Schule auf all jene Herausforderungen reagieren, und zwar rechtzeitig reagieren, die das 21. Jahrhundert an uns stellen wird. Ich kann jetzt in der Kürze der Zeit nur einige dieser Herausforderungen ansprechen und möchte vor allem die wirklich rasante Entwicklung der Informationsgesellschaft ansprechen beziehungsweise die Tatsache, daß die Erweiterung und Vernetzung der Telekommunikation tagtäglich zunimmt und stärker wird, daß die Digitalisierung und die Globalisierung, um diese Schlagworte zu verwenden, immer mehr Lebensbereiche bestimmen, daß zum anderen aber auch Fortschritte, wie etwa im Bereich der Gentechnologie, Menschen zunehmend und immer stärker auch verunsichern – erst vor kurzem ist es gelungen, auch menschliche Zellen zu klonen –, daß in der Arbeitswelt und insgesamt in unserer Gesellschaft der Mobilitätsdruck zunehmen wird und daß es vor allem zur Verlagerung von manueller Arbeit zur Wissensarbeit kommen wird. Das sind nur einige wesentliche Trends, die absehbar sind. Und wir müssen annehmen, daß das alles die gesellschaftlichen und sozialen Strukturen verändern wird, zum einen neue Freiräume schaffen wird, zum anderen Risiken, aber auch Chancen eröffnen wird. Das Bemerkenswerte an diesen Entwicklungen ist die Schnelligkeit der Veränderung, und das wiederum stellt ganz besonders hohe Anforderungen an das Denken und Handeln an entsprechende Strategien der Bewältigung. Schule soll darauf vorbereiten und muß rechtzeitig reagieren.

In der Berufs- und Arbeitswelt wird zunehmend die Kompetenz gefordert sein, auf das Neue, auf das Unerwartete reagieren zu können, und für die Schule wird es bedeuten zum einen Orientierungswissen bereitzustellen, das es dem einzelnen ermöglicht, sinnvolle Entscheidungen in diesem Zusammenhang zu treffen, aber nach wie vor wird es notwendig sein, das Grundwissen, auf das aufgebaut werden muß, zu stärken und abzusichern, Sprach- und Medienkompetenz zu fördern und natürlich auch das naturwissenschaftlich-technische Verständnis noch zu verstärken. Die traditionellen Kulturtechniken müssen gesichert sein. Lesen, Schreiben, Rechnen und zunehmend Sprechen und Argumentieren, und dazu als neue Basisqualifikation das Beherrschen von Informationstechniken. Und – es ist schon angesprochen worden – Schlüsselqualifikationen, wie immer sie heißen, von Teamfähigkeit, Kommunikationsbereitschaft müssen jedenfalls dazukommen. Ganz besonders wichtig werden die Dimensionen einer ganzheitlichen Bildung mit Beachtung der musisch-kreativen, der sozialen und der Erziehung zu Werten wie Verantwortungsbewußtsein, Eigenverantwortung, aber auch Leistung von immer stärkerer Bedeutung werden. Ein Erziehungswissenschaftler hat es einmal sehr treffend formuliert. Er sagt, es muß um Lebenskompetenz gehen, die Qualität des Lernens, vor allem des permanenten Lernens, und nicht die Quantität des Wissens muß Vorrang haben. Unsere Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler hat einen ganz wesentlichen Schritt als Reaktion und Vorbereitung auf all diese Tendenzen gesetzt. Der größte Reform-

schritt seit der Einführung der wortidenten Lehrpläne im Jahre 1984, als AHS-Unterstufe und Hauptschule dieselben Lehrpläne bekommen haben, wird in diesem Moment umgesetzt, nämlich der Lehrplan 1999. Schüler sollen in Zukunft nicht mehr mit Detailwissen vollgestopft werden, das nur abgefragt wird, sondern vernetztes Denken, projektorientiertes Denken, fächerübergreifendes Arbeiten und die Lösungsfähigkeit von komplexen Aufgabenstellungen, das wird in Zukunft im Mittelpunkt des Unterrichts stehen und gefördert werden. Die Lehrpläne, deren Entrümpelung seit Jahrzehnten gefordert wird, werden nun von 240 auf 110 Seiten reduziert. Zur Zeit sind die Lehrpläne in Begutachtung und werden Ende November erlassen werden, und ab dem Jahr 2000 werden sie sowohl in der Hauptschule als auch in den AHS-Unterstufen aufsteigend umgesetzt werden. Zwei Drittel der Unterrichtszeit sind Kernbereiche, wo wirklich das Grundwissen gefestigt wird, und ein Drittel wird Erweiterungsbereich sein für all jene Maßnahmen, die ich vorhin angesprochen habe im Sinne von Projektorientierung, fächerübergreifendem Arbeiten.

Ich glaube, daß wir auch in der Steiermark bereits sehr gut auf die neuen Herausforderungen reagieren. Wir haben etwa in puncto Schulqualität ein neues Netzwerk, nämlich „Qualität in Schulen“, das vom Ministerium eingerichtet wurde, in der Steiermark umgesetzt, und wir werden daran auch weiterarbeiten. Vor allem aber wird es uns auch darum gehen, ein Schulentwicklungskonzept für die Steiermark zu erstellen, wo die Bildungsangebote den Bedürfnissen der Jugendlichen einerseits und dem Arbeitsmarkt in den einzelnen Regionen andererseits optimal entsprechen sollen. Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß gestern aus dem Ministerium die Zusage gekommen ist, daß jene Standorte, die sich etwa um neue zur Matura führende Schulstandorte im Bereich wirtschaftlicher und technisch-gewerblicher Lehranstalten bemüht haben, nun Wirklichkeit werden. In Mureck, in Feldbach und in Bad Aussee kann im Herbst mit diesen höheren Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe begonnen werden, die dann auch zur Matura führen.

Ich möchte aber vor allem auch auf etwas hinweisen, was in der Steiermark dank auch der Unterstützung durch Landesrat Paierl vorbildlich umgesetzt wird, das ist die Nutzbarmachung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Ich darf mich wirklich herzlich bedanken dafür, daß diese Unterstützung aus der Regierung und insbesondere vom Wirtschaftslandesrat erfolgt ist. Alle mittleren und höheren Schulen, die Realschulen sowie Pflichtschulen verfügen bereits über eine Anbindung an das Internet. Und in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität und dem Wirtschaftsressort konnte das Steiermarknetz entwickelt werden, das für Österreich einzigartig ist. In der nächsten Zukunft geht es einfach nur noch darum, für entsprechende Lehrerfortbildung zu sorgen, damit das dann auch entsprechend im Unterricht umgesetzt wird. Ich möchte vor allem auch noch einmal darauf hinweisen, daß es gerade in der Steiermark, was Innovation anlangt, wirklich diese Vorreiterrolle nach wie vor gibt. Alle Schulverantwortlichen – und ich schließe hier alle in der Rechtsabteilung 13 wie im Landesschulrat genauso ein wie vor

allein die Lehrer und Lehrerinnen an den Schulen draußen, haben überdurchschnittlich große Bereitschaft gezeigt in den vergangenen Jahren, sich mit Schulversuchen, und zwar ob nun im Integrationsbereich, im Schuleingangsbereich oder in anderen Bereichen, zu zeigen, daß die Steiermark hier wirklich auf Innovation sehr großen Wert legt. Daß das nun auch weitergeführt wird, vor allem im Bereich der Autonomie von Schulen, aber auch zunehmend – glaube ich – wird das ein Schwerpunkt sein müssen auch in bezug auf die Begabtenförderung, ist Ziel für die Zukunft.

Ein besonderer Schwerpunkt in der Steiermark gilt auch der Schullaufbahnberatung und Berufsorientierung. Denn es ist ganz, ganz wichtig, daß junge Menschen rechtzeitig Orientierung finden und sich bestens vorbereiten können für ihre weitere Berufslaufbahn. Wir haben hier mit dem Verein für Schule und Ausbildungsberatung eine Stelle, die wirklich hier sehr kompetent vor allem den Schülern, aber auch den Eltern bei dieser wichtigen Entscheidung weiterhilft. Von mir aus gesehen ist es eine zentrale Forderung, daß hier ganz verstärkt auf die Berufsorientierung besonders von Mädchen geschaut wird, denn ich glaube, daß das geringe Berufswahlspektrum, daß Mädchen immer noch aufweisen, einfach aufgebrochen werden muß.

Weitere Schwerpunkte – ich möchte sie noch erwähnen, weil sie wirklich wichtig sind –, das ist die Weiterführung der Schulpartnerschaften, die die Steiermark mit ausländischen Schulen Gott sei Dank sehr früh schon aufgebaut hat. Da war unter Präsident Schilcher – glaube ich – wirklich vieles in Bewegung und wird nun von Präsident Lattinger hervorragend fortgesetzt. Denn diese internationalen Kontakte sind nicht nur wichtig, um bei EU-Programmen mitmachen zu können, sondern sie sind auch die beste Präventivmaßnahme gegen Vorurteile und Fremdenhaß und meiner Meinung nach ein wichtiger Beitrag zur Friedenserziehung. Deswegen ist vor allem die Fremdsprachenoffensive, wie sie in der Steiermark, von der Volksschule beginnend bis hinauf zur Matura, überall stattfindet, noch zu unterstützen und zu verstärken, vor allem wenn es um die Genehmigung von bilingualen Klassen und bilingualen Schulen geht, die Gott sei Dank auch im Hauptschulbereich immer stärker angenommen werden. Ich möchte schließen mit einem Ausspruch, möchte natürlich vor allem den vielen, vielen Lehrerinnen und Lehrern – und mein Kollege Ussar hat angesprochen, daß es über 9000 Lehrer und Lehrerinnen sind, einen wirklich großen Dank aussprechen für ihre Einsatzbereitschaft weit über das hinaus, was ihre Pflicht in den Schulstunden ist, sondern was auch außerschulisch geschieht. Sie spielen ja wirklich eine zentrale Rolle und müssen sich vor allem immer stärker um die Individualisierung kümmern, etwas, was wirklich eine große Herausforderung an jeden einzelnen Lehrer ist.

Ich möchte aber schließen mit einem Ausspruch, den Kardinal Dr. König einmal anlässlich eines Vortrages zum Thema Bildung und Schule getroffen hat. Er sagt: „Bildung ist mehr als Wissensansammlung und mehr als Berufsausbildung. Sie muß in erster Linie Persönlichkeitsbildung sein, und sie soll mithelfen, den rechten Weg durch das Leben zu finden für uns

und die Gemeinschaft, in der wir leben.“ Ich glaube, daß in der Schule des Lebens, in der wir alle stehen, jeder von uns täglich ein Lernender ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.43 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist die Frau Abgeordnete Dietrich am Wort.

Abg. Dietrich (18.43 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Es wird immer wichtiger werden, daß wir sehr gut ausgebildete junge Menschen haben, die fähig sind, die vielen Probleme, die auf uns in Zukunft zukommen, auch lösen können. Die Bildung der Bevölkerung ist eine Grundlage für unseren Wohlstand. Wenn wir sehen, daß die Halbwertszeit des Wissens immer schneller sinkt, so ist es erforderlich, daß wir über die Schulbildung hinaus uns lebenslanges Lernen aneignen. Warum dieses lebenslange Lernen so wichtig ist, das werde ich auf Grund eines Berichtes der Europäischen Kommission dokumentieren. Die Europäische Kommission hat über die demographische Lage der Bevölkerung einen Bericht verfaßt. Was in diesem Bericht zutage gekommen ist, sollte uns alle sehr nachdenklich stimmen. In 15 Jahren wird die Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung stark sinken, und es werden immer mehr alte Menschen zu versorgen sein. Der Arbeitsmarkt wird die direkten Folgen daraus haben müssen, daß nämlich die Zahl der 20- bis 29jährigen europaweit um 11 Millionen sinken wird, das heißt, daß kaum Neuzugänge sein werden. Die mittlere Arbeitsgruppe wird konstant bleiben, und jene Arbeitsgruppe der ältesten Arbeitnehmer, jene, die über 55 Jahre alt sind, wird um 25 Prozent wachsen. Die Folgen für die Wirtschaft werden verheerend sein, nämlich insofern, wenn es keine Neuzugänge mehr gibt. Dann hätten wir ein mangelndes Kreativitäts- und Innovationspotential in der Wirtschaft. Neues Fachwissen wird nur über Neuzugänge in den Wirtschaftsprozeß gebracht. Deshalb ist es wichtig, daß die Zukunft dem lebenslangen Lernen gehört, damit auch die Arbeitskräfte in zehn oder 15 Jahren immer up to date sind, noch dazu, wo ja die Techniken immer rasanter sich entwickeln. Ich möchte nur die Kommunikationstechnik oder die Umweltproblematik anführen, die auf uns zukommt, und vieles andere mehr. Lebenslanges Lernen, kombiniert mit einer Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus, das sind die Aufgaben der Zukunft. Die Erziehung von Kindern ist eine gesellschaftlich wichtige und notwendige Aufgabe. Leider Gottes ist es bei uns so, daß die Erziehung nur dann etwas gilt, wenn sie außerfamiliär stattfindet. Bei der heimischen familiären Erziehung und Betreuung erwartet die Gesellschaft, daß das zum Nulltarif erfolgen sollte. Wir haben die Folgen daraus schon zur Kenntnis nehmen müssen, nämlich jene Folgen, daß immer weniger Frauen bereit sind, Kinder in die Welt zu setzen, daß der Generationenvertrag ausgehöhlt wird und daß uns einmal bewußt werden muß, daß es ohne Kinder für uns alle keine Zukunft geben kann. Im Moment haben wir Parteienverhandlungen über das Kinderbetreuungsgesetz – ein Betreuungsgesetz, das die Betreuung

aller Null- bis 15jährigen Steirerinnen und Steirer per Gesetz regeln wird und das alte Kindergarten- und Hortgesetz ablösen sollte. Unser Ziel bei diesem Kinderbetreuungsgesetz ist, daß wir qualifizierte Kinderbetreuungseinrichtungen wollen, die den individuellen Erfordernissen der Kinder entsprechen und die eigenständige Persönlichkeiten heranbilden. Wir wollen, daß das Kreativitätspotential dieser Persönlichkeiten erhalten bleibt und nicht wegezogen wird. Wir wollen aber auch, daß, abgesehen von diesen qualifizierten Einrichtungen, für die Mütter die Möglichkeit besteht, sich persönlich dafür einzusetzen oder ihre persönliche Entscheidung dahin gehend zu treffen, daß sie sagen, ich will bis zum vierten Lebensjahr mein Kind selbst betreuen, ich will finanziell unabhängig sein, und ich möchte mich in diesem Zeitraum für die Familie und für das Kind entscheiden, und nicht dem Beruf nachgehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir stellen uns das so vor, so wie es Ihnen, geschätzte Großparteien, beim Bundespflegegeldgesetz 1993 gelungen ist, wo Sie auch einen Teil des Generationenvertrages ausgekuppelt haben und die Pflege und Betreuung alter Menschen durch den Staat finanzieren, und nicht mehr als selbstverständlich hinnehmen. So verlangen wir das gleiche bei der Betreuung von Kindern, daß auch ein Betreuungsgeld für die Mütter, die auf ihre Kinder schauen, von seiten des Staates bezahlt wird. Die Folgen aus den zwei Sparpaketen und die Folgen aus der mißlungenen Familienpolitik der letzten Jahre müssen wir schon zur Kenntnis nehmen. 1997 hatten wir die absolut niedrigste Geburtenzahl der letzten Jahre. Wenn wir so weitertun, dann sind wir Österreicher gefährdet, uns nicht einmal selbst anzahmäßig erhalten zu können. Was das Kinderbetreuungsgesetz betrifft, so haben wir einige klar formulierte Vorstellungen in den Parteienverhandlungen eingebracht – eine Vorstellung bezieht sich auf die Gruppengröße. Wir sind, ebenso wie die Grünen, der Meinung, daß qualitative Betreuung nur dann möglich ist, wenn die Gruppengröße relativ gering ist. Das heißt, Pädagogen sagen, 20 wäre die optimale Zahl, besser aber noch weniger. Deshalb vertreten wir selbstverständlich die Zahl 20. Wir haben vor einigen Jahren die 25 Kinder pro Kindergartengruppe mitbeschlossen. Mittlerweile ist der Umstand, daß das Netz an Kinderbetreuungen dichter geworden ist, und auf der anderen Seite gibt es weniger Geburten. Ich glaube daher, es wäre durchaus zu verantworten, jetzt 20 zu fordern. Ein weiterer Knackpunkt wird für uns jener sein, welche Ausbildung die Kindergartenhelferinnen haben sollten. In der Regierungsvorlage steht drinnen, daß auch Tagesmütter in den Kindergartenbetrieb miteinbezogen werden können. Bei Tagesmüttern, die eine Ausbildung von rund 300 Stunden hinter sich haben, und ich vergleiche dazu Kindergartenpädagoginnen, die fünf Jahre Ausbildung hinter sich haben und mit der Matura abschließen, sind wir schon der Meinung, solange es in der Steiermark noch Hunderte ausgebildete qualifizierte Kindergartenpädagoginnen gibt, wollen wir keine Tagesmütter als Kindergartenhelferinnen in den Kindergärten haben.

Die Kindergartenpädagoginnen sollten auch die Chance bekommen, in ihrem gelernten Beruf zu arbeiten. Der dritte Punkt, den ich kurz ansprechen

möchte, sind die Flying Nannies. Flying Nannies ist eine mobile Form der Kinderbetreuung. Diese mobile Form könnte sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich eingesetzt werden. Wir haben schon mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen, daß der Landespressedienst bereits verkündet hat, daß die Flying Nannies in der Regierung beschlossen wurden, obwohl in den Parteienverhandlungen diesbezüglich noch keine Klarheit geherrscht hat. Wir Freiheitliche treten vehement für die Einsetzung des Kinderbetreuungsschecks ein, der aus drei Stufen besteht: Erstens Stufe null bis eineinhalb Jahre Karenzgeld für alle; zweite Stufe von eineinhalb bis vier Jahre 5700 Schilling im Monat, ebenso wie in der ersten Stufe, und dritte Stufe vom vierten bis sechsten Lebensjahr 3000 Schilling in Scheckform und 2700 Schilling bar auf die Hand. Mit diesem Scheck hat dann die Mutter die Möglichkeit, in eine qualifizierte Kinderbetreuungseinrichtung zu gehen, diesen Scheck dort abzuliefern und das Kind ihren persönlichen Ansprüchen folgend dort betreuen zu lassen, wo sie es wünscht. Wir freuen uns, daß das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie nach einer einstimmigen Empfehlung des Beirates das Österreichische Institut für Familienforschung damit beauftragt hat, einmal die Auswirkungen des Kinderbetreuungsschecks abzuklären. Und diese Auswirkungen hat das ÖIF sehr positiv dargestellt, nämlich erstens, daß die persönlichen Lebenskonzepte besser gelebt werden können, denn 71 Prozent der Befragten – und es wurden mehr als 1000 Frauen unterschiedlichen Alters befragt – finden eindeutig, daß die Einführung des Kinderbetreuungsschecks eine Verbesserung wäre gegenüber der Jetzt-Situation. Und 89 Prozent der Frauen sind auch der Meinung, daß die sozialrechtliche Absicherung verbessert werden müßte. Sie sind nicht zufrieden mit dem, was jetzt geboten wird. Der Kinderbetreuungsscheck würde auch den temporären finanziellen Engpaß in den Familien besser meistern, das heißt, die Phase der Familiengründung fällt meist zusammen mit der Hausstandsgründung und noch dazu in eine Phase, wo man an der Einkommenskurve eher im unteren Bereich ist. Und diese schwierige Situation würde eine zusätzliche finanzielle Abgeltung selbstverständlich erleichtern. Er wäre wie ein zweites Einkommen für Alleinerzieherinnen. Und die liegen uns besonders am Herzen, noch dazu gegen die Armut von Kindern. Uns ist es wichtig, daß sich Familien selbst entscheiden können, denn Familien sind der wichtigste Baustein der sozialen Gesellschaft, und die Familien sind der Lernort für soziale und emotionale Kompetenz, für Konfliktfähigkeit, für Rücksichtnahme, für Geduld, Verbindung, für Verantwortung, Werte, die wir dringend als Gesellschaft nötig haben werden, wenn wir die Zukunft erfolgreich meistern wollen. In diesen Familien bildet sich die Persönlichkeit des jungen Menschen. Wir als Freiheitliche sind nicht allein mit der Meinung, daß für die Familien mehr getan werden muß, und ich zitiere Heidi Simonis, Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, die vehement ein Erziehungsgeld fordert. Sie sagt: „Erziehung kann es auch in Zukunft nicht zum Nulltarif geben.“ Und wörtlich: „In den Familien wird der Kitt der Gesellschaft erarbeitet, das Sozial- und Humanvermögen.“ Familiäre Kinderbetreuung in den Familien darf es unserer Meinung nach in Zukunft nicht mehr zum Nulltarif

geben, und wir fordern die rasche Realisierung des Kinderbetreuungsschecks als erste Forderung in bezug auf Familienpolitik. (Beifall bei der FPÖ. – 18.56 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist der Herr Abgeordnete Gennaro zu Wort gemeldet.

Abg. Gennaro (18.56 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Frau Klubobfrau Bleckmann hat heute in ihrer Budgeteinleitungsrede mit einem Zeitungsartikel versucht, Stimmung zu machen. Und da kann man wieder sehen, wenn man die Hintergründe nicht kennt und sich nur auf einen Fall daraufsetzt, das hat mich so bewegt, daß ich recherchiert habe und mir gedacht habe, das muß man gerade in dem Zusammenhang, wenn junge Menschen Lehre lernen und so weiter, betroffen sind, klarstellen. Was Medien mit so einem Zeitungsartikel anrichten können oder hervorufen, hat sie heute sehr gut dokumentiert. Von 808 Stifflingen oder Lehrlingen wird ein Fall herausgenommen, der wird so dargestellt, daß das ganze für die Fisch ist und alles umsonst ist, und die Lehrlinge wollen nicht. So hast du ihn hergehalten, liebe Frau Klubobfrau. Ich darf dir eines sagen, ich habe jetzt recherchiert und habe mit Jugend am Werk, weil wir sehr gute Erfahrungen haben, wo alle Institutionen, ob das der Peter Hohegger mit seinem WIFI ist, ob es Jugend am Werk, ob es die landwirtschaftlichen Bereiche sind oder das BFI, sehr gute Werte und sehr gute Erfahrungen haben gerade mit diesen Stiftungen. Und jetzt weiß ich schon, daß ihr alles, was relativ gut geht, und daß es Kritikpunkte gibt, immer geben wird, das ist keine Frage, aber das hat euch nicht gepaßt, wollt ihr zunichte machen. Ich darf dir jetzt eines sagen, sie hat ihn zitiert, ohne zu hinterfragen, sie ist nur auf diese Meldung hereingefallen, dieser eine Fall von diesem Mädchen Dagmar Christantl, war von Beginn an problematisch, weil das Mädchen mit einer Vorstellung zum Jugend am Werk gekommen ist, daß sie Floristin lernen kann. Und wir kennen, daß am Jugend NAP gemeinsam mit der Wirtschaft eine Berufsliste erstellt wurde, wo diese Floristin nicht drinnen ist, aber Gartencenterkauffrau oder -kaufmann angeboten wird. Einigung mit der Wirtschaft, war der Wunsch der Wirtschaft, und sie hat sehr lange überlegt, und knapp vor Ende, als sie sich entscheiden mußte, hat sie gesagt, gut, wenn nichts anderes geht, dann mache ich halt den Gartencenterkaufmann, hat in Voitsberg die Berufsschule besucht, hat sie sehr gut abgeschlossen, und das Angebot wurde dann ihr übermittlemt vom Jugend am Werk, weil die Lehrlinge dann in eine Lehrstelle kommen sollen. Bei Bella Flora hätte sie eine Lehrstelle, einen Praktikumsplatz bekommen. Das hat aber die Mutter abgelehnt, weil sie gesagt hat, bei Bella Flora geht es so wie beim Billa und außerdem ist es zu weit weg. Man hat dann vom Jugend am Werk über den NAP sogar angeboten einen Internatsplatz, und über NAP wird das finanziert. Auch das haben bitte die Eltern abgelehnt und haben ihn nicht angenommen, und da hat man beim AMS, weil eine Verantwortlichkeit auch vorhanden ist, gesagt, bitte, wie verhalten wir uns jetzt? Es kann ja nicht so sein, daß die von vorne wieder beginnt. Und das war der Grund,

warum das AMS festgestellt hat, daß dieser Praktikumsplatz bei Bella Flora zumutbar ist, und das war der Grund, warum sie dann ausscheiden mußte. Und Gott sei Dank sage ich, das ist für mich der Beweis. Wenn junge Menschen den Beruf erlernen können, den sie sich vorstellen, den sie wollen, haben sie eine Freude, und das merkt man auch bei den Lehrabschlußprüfungen dann letztendlich, wie die Dinge sich verhalten. Gott sei Dank hat sie jetzt ihren Berufswunsch sich erfüllen können und hat eine Lehrstelle dementsprechend bekommen. Und dann darf ich auch gleich dazusagen, daß natürlich die Vermittlungsquote in allen Bereichen, wenn die Wirtschaft das unterstützt, eingehalten werden kann. Und zu den Äußerungen, die dann hingestellt wurden, weil die Kammer sich dahin gehend ausgesprochen hat, meine Damen und Herren, wenn 808 Lehrlinge in diesem Programm, in diesem Jugend-NAP sind, ist natürlich ein Problem dabei, das möchte ich nicht verschweigen, daß alle ohne Vorqualifizierung dort hineinkommen, und da ergibt sich halt, daß einige dann abspringen, weil sie ihrem Berufswunsch überhaupt nicht nachkommen können oder die Qualifikation nicht haben. Und wenn das negativ dargestellt wird, daß von 808 Jugendlichen im NAP im Mai noch 649, also nur 159 ausgestiegen sind, drinnen sind, davon haben elf eine Arbeit bekommen, 67 haben eine Lehrstelle gefunden und 74 Jugendliche, die sind einfach eingetreten, die unter den Aspekt fallen, den ich jetzt bereits erwähnt habe. Und deswegen, meine Damen und Herren, kann man nicht hergehen und sagen, diese gesamte NAP, das ist alles schlecht. Im Gegenteil, wir können stolz darauf verweisen, daß wir mit dieser Lösung auch in der Steiermark hervorragende Werte erzielen.

Abschließend darf ich nur eines sagen, weil ich mit dem Herrn Landesrat früher ganz kurz getratscht habe. Ich freue mich, Herr Landesrat, daß der Berufsschulbeirat mit seinen Überlegungen, die wir gemeinsam angestellt haben, und Sie jetzt gesagt haben, es gibt eine Möglichkeit, daß wir unseren Berufsschülern auch dementsprechende Plätze zur Verfügung stellen können, speziell Ausbildungsplätze, und daß diese sogenannte eine Milliarde, die fehlt, jetzt einmal mit ersten Schritten so optimiert werden kann, daß wir das machen. Wir sind es einfach den Schülerinnen und Schülern, den Lehrlingen schuldig, daß wir ihnen das beste Rüstzeug geben. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.02 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Und zwar ist die Frau Abgeordnete auch Hauptrednerin ihrer Fraktion und hat daher die ungeheure Summe von 15 Redeminuten.

Abg. Keshmiri (19:02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte auf das Kinderbetreuungs- beziehungsweise Kindergartenförderungsgesetz eingehen. Zwei meiner Vorrednerinnen haben das auch schon gemacht. Auf zwei Punkte bin ich besonders stolz, weil es jetzt möglich sein wird, im Zuge des Kinderbetreuungsgesetzes bedarfsgerecht zu eruieren, wie die Öffnungszeiten sein sollen. Das wurde in den Parteienverhandlungen auf Grund unserer Initiative verein-

bart, weil wir glauben, daß es erst dann sinnvoll ist, die Öffnungszeiten so zu gestalten, wie der tatsächliche Bedarf gegeben ist. Besonders hervorheben möchte ich, daß in diesem Betreuungsgesetz beziehungsweise im Förderungsgesetz die privaten Initiativen und die privaten Kindergruppen mehr oder weniger auch abgesichert sind. Das ist ein Fortschritt, der in die richtige Richtung geht, weil gerade die privaten Kindergruppen in den vergangenen Jahren meistens auf der Strecke geblieben sind und meistens mit dem Überleben kämpfen mußten. Ein Punkt, den ich noch besonders hervorheben möchte, betrifft die Qualität. Und dabei sind wir nicht konform mit den zwei Regierungsparteien, weil wir der Meinung sind, daß die Gruppenshöchstzahl bei 20 sein sollte, um die Qualität zu gewährleisten. Im Ganztagskindergarten sollte die Gruppenszahl 15 nicht übersteigen, weil wir glauben, daß, gerade wenn die Kinder den ganzen Tag in der Kinderbetreuungseinrichtung sind, es eine besondere Herausforderung für die Kinder und für die Betreuung darstellt. Es ist die Vorgabe da, daß das Betreuungsbeziehungsweise Förderungsgesetz mit 1. Jänner 2000 in Kraft treten soll. Das ist gut so, denn ich sage, je schneller desto besser. Ich habe allerdings Bedenken, und das ist heute auch schon ein paarmal zur Sprache gekommen, was die Finanzierung betrifft. Wenn ich mir heute den Artikel in der „Kleinen Zeitung“ mit Herrn Landesrat Ressel durchgelesen habe, dann bestärkt mich das noch darin, daß es gerade mit der Finanzierung in Zukunft nicht so leicht sein wird. Deswegen meine ich, daß es sinnvoll wäre, die Flying Nannies, die eine sehr gute Einrichtung wären, nicht im Förderungsgesetz, so wie es von ÖVP und auch von den Freiheitlichen gefordert wird, zu verankern, weil dadurch die Förderung von anderen Kinderbetreuungseinrichtungen konterkariert werden könnte. Wir sind der Meinung, es wäre sinnvoller, bis es möglich ist, eine finanzielle Absicherung im Förderungsgesetz zu haben, diese Flying Nannies durch eine beschäftigungspolitische Maßnahme abzusichern. Und dabei denke ich ganz speziell an Herrn Landesrat Paiarl, der immer wieder sagt, daß er sehr gerne Frauenprojekte verstärkt fördern möchte, wenn die Nachfrage gegeben ist. Und das wäre genauso ein Punkt, wo man hier beschäftigungspolitische Akzente, speziell frauenbeschäftigungspolitische Akzente setzen könnte. Ich bin heute leider schon ein paarmal damit konfrontiert worden, daß es speziell von der ÖVP und von den Freiheitlichen keinen Unterschied oder keine Differenzierung zwischen Frauenpolitik und Familienpolitik gibt. Deswegen meine ich auch, daß hier in der Steiermark im frauenpolitischen Bereich sehr wenig weitergeht, weil meiner Meinung nach es nicht so sein kann, daß, so wie Herr Kollege Schützenhöfer am Vormittag gemeint hat, die Frau den Beruf mit der Familie vereinbaren soll. Ich sage der Mann und die Frau müssen den Beruf mit den Kindern vereinbaren, und nicht die Frau allein. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn man hier nicht differenziert, dann wird es keine Frauenpolitik geben, dann wird es nur „Familienpolitik“ geben. Das ist auch wichtig, keine Frage. Aber es muß getrennt passieren, ansonsten wird sich frauenpolitisch nicht soviel ändern, wie ich es mir wünschen würde. Danke! (Beifall bei der SPÖ. - 19.07 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald (19.07 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das Kinderbetreuungsgesetz ist schon mehrfach angesprochen worden. Ich möchte auch hier, liebe Frau Landesrätin, Sie wirklich bitten und auffordern, daß die Finanzierung des Betreuungs- und Betreuungsförderungsgesetzes gesichert wird und das Dienstrechtsgesetz in die Landesregierung eingebracht wird, um das gesamte Kinderbetreuungsgesetz miteinander beschließen zu können. Auch wir von der ÖVP möchten, daß das Gesetz bald beschlossen wird. Die finanzielle Absicherung muß aber abgedeckt werden. Es ist notwendig, da ganz klar die Maßnahmen und die Tatsachen auf den Tisch zu legen. Kinderbetreuung: das Kind soll im Mittelpunkt stehen. Das Kind ist der Mittelpunkt. Mit dem Kind zusammen sind die Eltern, Mütter, Väter, Alleinerzieherinnen, die Kindergartenpädagoginnen, die Gemeinden, die Träger und auch die Behörde angesprochen. Alle diese Bereiche bilden zusammen den Konsens oder müssen zu einem Konsens geführt werden. Da dürfen wir uns auch nicht auf eine Ebene hinauswagen, die zu Justamentstandpunkten führt, sondern es muß dem Sinne für die Kinder, für das Wohl der Kinder versucht werden, an gemeinsam umsetzbaren Dingen zu arbeiten. Gestern gab es eine Enquete beziehungsweise einen Informationsabend von Dr. Sellitsch zum Thema „Was braucht das Kind?“ Das Kind braucht in erster Linie eine verlässliche, stabile Bindung. Das muß nicht nur die Mutter sein. Das kann das ganze familiäre Umfeld sein, aber das kann auch eine stabile außerhäusliche Betreuung sein, die Zeit, Geduld und die Wertschätzung schon des kleinen Kindes mit sich bringt. In der Entwicklung des Menschen gibt es Vorgaben. Egal, aus welchem Kontinent oder aus welcher Lebenssituation der junge Mensch kommt. Nicht der intellektuelle Hinweis oder die intellektuelle Erklärung fördert die Entwicklung des Kindes, sondern die Entwicklungsschritte, die von der Natur vorgegeben sind, werden vollzogen: beispielsweise das Fremdeln. Neue Entwicklungsschritte werden dann gesetzt, wenn die alten abgeschlossen sind. Mit etwa acht, neun Monaten beginnt das Kind, ganz klar zwischen bekannt und unbekannt zu unterscheiden. Es reagiert auch darauf. Jede fremde Person wird argwöhnisch betrachtet. Ein sehr starkes Wechseln von Betreuungspersonen in dieser Entwicklungsphase verunsichert das Kind enorm, unter Umständen sogar die Persönlichkeit des Menschen. Wir kennen alle in Schulen sichere und unsichere Kinder: Sichere Kinder sind die, die in frühesten Kindheit Stabilität erfahren haben. Sie selbst sind sehr umgänglich, fröhlich und bringen etwas weiter. Dann gibt es die verunsicherten Kinder. Sie sind unsicher im Umgang mit Ihregleichen. Sie sind unsicher und scheu in der Begegnung mit den Erwachsenen, vor allem mit fremden Personen. Unsichere Kinder werden leichter aggressiv. Diese Kinder, die in ihrer frühen Kindheit eine schlechte stabile Bindung erfahren haben, haben in der Sozialisation ein leben lang ein Defizit. Kindergartenpädagoginnen und Lehrer reagieren auf unsichere Kinder. Ein ganz

wichtiger Teil ist, keinen willkürlichen Personenwechsel, sondern Kontinuität so gut wie nur möglich. Das zweite Karenzjahr ist auf 18 Monate eingekürzt worden. Auch da möchte ich sagen, das ist in Wirklichkeit genau die Phase, wo die Trennungssängste für das Kind beginnen, die schlechteste Phase zur Abnabelung überhaupt. Mit einem Jahr wäre es besser, weil diese Phase noch nicht eingeleitet ist. Mit zwei Jahren wäre die Trennung von Mutter und Kind optimal. Daß Mütter erst nach zwei Jahren wieder in das Berufsleben einsteigen, wäre die beste Zukunftssicherung. Leider ist die Zurücknahme der Karenzzeit passiert. Manchmal liegt hier der Grund, daß Menschen im fortgeschrittenen Alter depressiv werden. Es ist keine Frage für die ÖVP, daß die beste Gruppengröße 20 Kinder wäre. Je kleiner die Kindergruppe ist, desto besser und stabiler kann die Bindung zwischen Kind und Betreuung werden. Aber 20 Kinder mit den vorgegebenen Förderungen wirklich auch betreuen zu können, halbtätig oder ganztätig, ist für die Erhalter nicht möglich. Deswegen war von uns der Kompromiß mit 25 Kindern vorgeschlagen. Das ist nicht die Forderung, das ist ein echter Kompromiß! Mit 25 Kindern läßt sich das noch irgendwie finanzieren, um die Gemeinden, die Trägerorganisationen, aber auch die Eltern und die Kinder möglichst gut zu betreuen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. - 19.12 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Reinprecht (19.12 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir werden Gelegenheit haben, über das Kinderbetreuungsgesetz zu reden. Ich möchte nur auf eine Sache eingehen, nämlich was die Zahl der Gruppengröße anbelangt. Wir hatten nämlich schon einmal die Zahl 20 als Gruppengröße gesetzlich verankert, und ich kann Ihnen jetzt zitieren aus den stenographischen Protokollen von 1994, nämlich die Frau Mag. Bleckmann: „Es ist vor allem in Graz - und es geht hier wirklich nur um die Privatkindergärten - nicht möglich, eben dieses Gesetz zu vollziehen - nämlich die 20 Kinder. Einerseits aus finanziellen, andererseits aus moralischen Gründen. Sie müssen dann 15 bis 20 Kinder, die genaue Zahl hängt von der Anzahl der Gruppen ab, die sie haben, abweisen. Dann wird es dazu kommen, daß nicht einmal die Abweisung allein ausreichen wird, sie werden die Kindergärten schließen müssen.“ So hat man 1994 argumentiert, und es ist doch ein Unterschied, ob man in einer scheinbaren Koalition mit der ÖVP ist oder ob man sich als Oppositionspartei hier profilieren will. Das zum Thema Kinderbetreuungsgesetz. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Frau Dietrich möchte ich kurz sagen, die Rechnung, je mehr Kinder umso bessere Sicherung der Pensionen, ist doch wohl etwas zu einfach. Die Sicherung der Pensionen hängt wohl von der Anzahl jener ab, die in der Lage sind, dieses System zu finanzieren, sprich daß möglichst viele Menschen eine Arbeit haben, und zwar eine anständige und eine vernünftige Arbeit. Außerdem würde ich eher vorsichtig sein mit solchen Bemerkungen wie Mütter, die sich für das

Kind und für die Familie entscheiden, weil damit wird impliziert, daß Mütter, die einen Beruf ausüben, sich gegen das Kind und gegen die Familie entscheiden.

Kurz möchte ich noch eingehen auf in dieser Gruppe auch ressortierte Jugendpolitik, Politik für die Jugend. Unser Hauptredner Sigi Ussar hat schon die wichtigsten Ansätze hier vorgebracht. Ich möchte nur noch kurz eingehen - übrigens Frau Mag. Zitz ist nicht da, aber ich freue mich genauso wie sie, daß endlich die ARGE Jugend gegen Gewalt ausreichend budgetiert werden konnte. Eingehen möchte ich noch kurz auf die Jugendhäuser des Landes Steiermark. Seitens des Landesrates Dörflinger liegt ein eindeutiges Bekenntnis vor, die acht Jugendhäuser, vormals Schülerheime, erfolgreich weiterzuführen. In den Jahren 1996 bis 1997 wurden eine Unternehmensphilosophie und ein zeitgemäßes Leitbild erarbeitet. In diesem Prozeß waren die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, die Erzieherinnen, das gesamte Personal, die Heimleitungen und die Personalvertretung einbezogen. Als zukunftsorientierte Maßnahme für diese Institution wurde das duale Führungsmodell in zwei Häusern, nämlich im Jugendgästehaus Plüddemanngasse Graz und im Jugendsporthaus Schladming, eingeführt. Die Führung liegt in den Händen der pädagogischen und wirtschaftlichen Leitung. Hinweisen möchte ich auch auf den Verein der Jugendgästehäuser Steiermark. Seit Juni 1997 sind 16 steirische Jugendhäuser unter gemeinsamer Führung. Sie wissen ja, der Jugendherbergsverband und das Herbergswerk haben 1997 fusioniert, sie sind jetzt unter gemeinsamer Führung. In den Jahren 1998 und 1999 wurden beziehungsweise werden 87 Millionen Schilling in die Häuser investiert. Investitionen für Infrastrukturmaßnahmen beziehungsweise Ausbau und Neubau, auch behindertengerechter Ausbau von Jugendgästehäusern. Wichtig ist auch noch zu erwähnen die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der nicht marktfähigen Arbeit in diesem Ressort. Seit 1997 gibt es zwischen dem Ressort und dem AMS Steiermark Projekte zur Realisierung von sogenannten Transitarbeitsplätzen, die im Bereich der nicht marktfähigen Arbeit ansiedeln. In den Jahren 1997 bis 1999 wurden auf diese Weise 40 Arbeitsplätze geschaffen.

Last but not least möchte ich kurz auf Jugend-Online hinweisen, Leitlinien für Jugendpolitik und Standards in der Jugendarbeit. Von 1997 bis 1998 wurde mit Verantwortlichen der steirischen Jugendarbeit dieses Grundsatzpapier erarbeitet und im Juni 1998 von der Regierung beschlossen. Um das zukunftsweisende Papier auch mit Leben zu erfüllen, wird die Regionalisierung der Inhalte in fünf steirischen Bezirken beziehungsweise Regionen vorangetrieben. Bezirke Bruck an der Mur, Hartberg, Radkersburg, die Region Eisenerz, Region Aichfeld-Murboden, Bezirke Knittelfeld und Judenburg.

Kurz möchte ich noch hinweisen auf ein ganz wichtiges Projekt, das von Landesrat Dörflinger ja initiiert wurde. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ihre Redezeit!“) Ach, meine Redezeit! Ich möchte hinweisen und noch einmal wiederholen, was unser Hauptredner schon gesagt hat, nämlich die Steigerung des Ansatzes für Maßnahmen zur Sucht- und Drogenprävention, die von 5,3 auf 9,5 Millionen Schilling erhöht wurde. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. - 19.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Getzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (19.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Es ist an mir, gemeinsam mit Kollegen Jeglitsch, den Schwenk hin zur Wissenschaftspolitik des Landes Steiermark zu vollziehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kollege Vollmann hat in seiner Budgetrede bereits darauf hingewiesen: die zentrale Innovation der Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik des Landes Steiermark in dieser Legislaturperiode, und diese Politik wird im Budget 2000 ihren Höhepunkt und ihre Abrundung finden, ist die Regionalisierung von Wissenschaft und Forschung. Man kann geradezu sagen, daß diese Bereiche der Politik im Zeichen der Regionalisierung vollzogen wurden. Sehr geehrte Damen und Herren! Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß selbstverständlich Graz weiterhin Zentrum von Wissenschaft und Forschung in der Steiermark bleiben wird. Das ist aus guten Gründen so, wird sich wahrscheinlich auch weiterhin verstärken. Graz hat nun einmal auf Grund der Tatsache, daß es Standort von drei Universitäten ist, mit rund 40.000 Studierenden eine unglaubliche Gravitationskraft in Hinblick auf Wissenschaft und Forschung. Und es ist gerade die Aufgabe von Regionalpolitik, von regionaler Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik, dieser Gravitationskraft auch ein Stück entgegenzuwirken. Zu welchem Zweck, meine Damen und Herren? Zum Zweck der Verbesserung der Technologie- und Wissenstransfers hin zu den lokalen und regionalen wirtschaftlichen Akteuren. Zum Zweck der Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze – Kollege Vollmann hat darauf hingewiesen –, der Hebung des regionalen Qualifikationsniveaus, der Standortqualität – auch das, meine Damen und Herren, hat langfristig Auswirkungen auf Arbeitsplätze und ihre Qualität – und, meine Damen und Herren, last but not least, um ein neues Selbstbewußtsein in den Regionen zu erzeugen. Der erste Bereich, den ich in diesem Zusammenhang konkret ansprechen möchte – und es freut mich, die beiden Geschäftsführer von Joanneum Research unter den Zuschauern begrüßen zu können, Herrn Mag. Müller und Herrn Dr. Pelzl –, der erste Bereich, den ich konkret ansprechen möchte, ist Joanneum Research, die landeseigene Forschungsgesellschaft, mit über 100 Millionen Schilling vom Land Steiermark unterstützt. In Judenburg, meine Damen und Herren, wurde ein Institut für Holzdesignforschung errichtet zur Stärkung des steirischen Holznetzwerkes, das im Entstehen begriffen ist. In Frohnleiten, meine Damen und Herren, ein Institut für Ökotechnologien, auch hier ein Netzwerk im Entstehen, das von diesem Institut wesentlich unterstützt werden wird. In Weiz wird es uns wahrscheinlich gelingen, zwei Institute zu gründen. Eines für nicht invasive Diagnosetechniken, was bedeutet, daß ein sehr moderner Zweig der Medizin durch dieses Institut unterstützt werden wird. Wir sehen bereits hier, daß Kooperationen mit dem Technikum Joanneum möglich sind, ich weise nur auf das Projekt Schlafmonitor hin, hier wurde mit dem Fachhochschullehrgang für

industrielles Design auf das engste kooperiert und ein wirklich innovatives Produkt entwickelt. Das zweite Institut, das höchstwahrscheinlich – so die Entscheidungen zumindest in den zuständigen Gremien – in Weiz errichtet werden wird, ist ein Institut für nanostrukturierte Materialien, die neueste Entwicklung im Bereich der Materialwissenschaft und Mikroelektronik. Und in Hartberg, meine Damen und Herren, wird derzeit ein Institut aufgebaut, das sich künftig insbesondere mit den Fragen der Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe befassen wird, gerade in einem ländlich strukturierten Gebiet wie in der Region Hartberg von besonderer und eminenter Bedeutung auch im Hinblick auf die Zukunftsentwicklung der Landwirtschaft. Hier ist selbstverständlich auch das Laserzentrum in Niklasdorf zu nennen, wenngleich eng angelagert am vierten universitären Standort in der Steiermark, in Leoben. Trotzdem, würde ich meinen, ist das auch als Regionalisierung zu bezeichnen. Kurz zum Technikum Joanneum: Es wurden Fachhochschulstudiengänge, wie Sie wissen, in Kapfenberg eingerichtet, drei an der Zahl, der jüngste Fachhochschullehrgang Infrastrukturwirtschaft. Alle sind mittlerweile stabil, alle auch durch infrastrukturelle Maßnahmen, wie beispielsweise die Errichtung eines Studentenheimes, abgesichert. Mehrere Fachhochschulstudiengänge in steirischen Regionen sind entweder im Antragsstadium oder in Vorbereitung. Es muß allerdings deutlich darauf hingewiesen werden, daß künftig wahrscheinlich zwei Fachhochschulstudiengänge pro Standort als Voraussetzung gelten. Wenn sich eine Region, Stadt oder Gemeinde bewirbt, wird es notwendig sein, zwei Fachhochschulstudiengänge zu entwickeln. Derzeit investiert das Land Steiermark 157 Millionen Schilling in die Fachhochschulstudiengänge. Als dritten Bereich, der hier auch Erwähnung verdient, möchte ich anführen, daß es gelungen ist, Universitätsinstitute zu animieren, Sommer- und Winterakademien als universitäre Einrichtungen in Regionen in der Steiermark zu installieren. Deutschlandsberg: Technologieforschung – im engen Konnex zu sehen mit einem interdisziplinären Kolleg für Wissenschafts- und Technikforschung; Fohnsdorf mit einem Universitätslehrgang für Museologie; Eisenerz: Regionalforschung und EU-Regionalpolitik; Ausseer Land: Gesellschaftsanalyse; Kapfenberg: die Fachhochschule mit einer Business-Summer-School, und hier zu nennen ist auch das UIZ – das Umweltinnovationszentrum in Judenburg, in enger Kooperation mit unserem Joanneum-Research-Institut. Zu guter Letzt, meine Damen und Herren, und vielleicht ein Höhepunkt der Regionalisierungsbemühungen: das Materialwissenschaftskompetenzzentrum in Leoben. Es wird dem Land Steiermark 32 Millionen Schilling auf vier Jahre kosten. Ich denke, meine Damen und Herren, Regionalisierung von Wissenschaft, Forschung und Technologie ist in der Steiermark dank dem Wissenschaftsreferenten Peter Schachner kein Schlagwort geblieben, sondern wurde in die Praxis umgesetzt. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.25 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (19.25 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im „Universum“ des Feber 1999 gibt es einen Bericht über die österreichische Wissenschaft. Der Journalist hat dort die Schlagzeile gewählt: „Österreichische Wissenschaftselite gehört zur Weltspitze, österreichische Forschungspolitik zur Regionalliga.“ Sie wissen, daß etwa seit zehn Jahren in Österreich die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung stagnieren und bei etwa 1,5 Prozent liegen. Es gibt Länder mit einem doppelt so hohen Wert. Wir duellieren uns im letzten Viertel der EU-Länder mit Belgien, Norwegen oder eventuell auch mit Kanada. Wir bilden uns ein, einen ökonomischen Spitzenplatz beanspruchen zu können, ohne gleichzeitig Wissenschaft, Forschung und Technologie entsprechend zu verankern. Wenn wir von Wissenschaft und Forschung reden und dabei das Wort Provinz fällt, dann meinen wir nicht eine Gegend, sondern den Zustand, in dem sich Österreichs Forschung und Entwicklung befindet.

Die Steiermark ist hier lobend herauszustreichen – sie liegt im Bundesländervergleich sehr gut, lag schon immer gut, liegt nach wie vor weiterhin gut. Es ist das einzige Bundesland mit einer außeruniversitären Forschungseinrichtung, mit Joanneum Research, einer sehr kräftigen Institution, die auch international angesehen ist. Sie ist ein Bundesland mit vier Universitäten und liegt mit den F- und E-Ausgaben im Spitzenfeld, gleichgültig, ob man die Ausgaben pro Kopf in Prozent des Budgets ansetzt oder den Anteil an FFF- oder FWF-Projekten berücksichtigt. Überall ist die Steiermark im Spitzenfeld. Auch der Voranschlag für 2000 wird diese Situation nicht nur halten, sondern wahrscheinlich noch verbessern. Wir sind auch das Bundesland mit den meisten Spezialforschungsbereichen, fünf von zwölf, und das ist eine stolze Bilanz des Landes und der steirischen Forscher.

Es wurden die Kompetenzzentren angesprochen. Auch hier ist die Steiermark vorne dabei, sowohl im K-Plus-Programm mit dem Werkstoffkompetenzzentrum als auch im K-IND-Programm mit dem Akustikkompetenzzentrum. Ich bedanke mich sehr herzlich, daß im Voranschlag 2000 die Kompetenzzentren mit 10 Millionen Schilling dotiert sind. Ich bedanke mich bei Herrn Landeshauptmannstellvertreter, der federführend für das K-Plus-Programm ist, und bei Herrn Landesrat Paierl, der federführend für das K-IND-Programm ist.

Die Steiermark hat aber auch vier Universitäten, und ich darf die letzten zwei Minuten verwenden, um die Veränderungen, die an den Universitäten stattfinden, aufzuzeigen, denn hier paßt vieles nicht mehr zusammen. Das UOG 1993 ist noch kaum vollzogen, gibt es bereits einen neuen Entwurf zur sogenannten „Vollrechtsfähigkeit“, ohne die bestehende Autonomie weiter auszubauen. Es gibt ein Fachhochschulstudien-gesetz, in den nächsten Wochen ein Akkreditierungsgesetz für ausländische und private Universitäten, wo überall Eignungs- und Aufnahmeprüfungen vorgesehen sind, die gleichzeitig den bestehenden Universitäten untersagt werden. Die Frage, ob es hier noch eine Chancengerechtigkeit gibt, wage ich zu verneinen. Es kann auch nicht logisch sein, daß etwa

Personen, die die Aufnahmeprüfung für den medizinisch-technischen Assistenten nicht bestehen, Medizin studieren können. 1989/1990 hat man die Einführung eines Bakkalaureates geplant, und Tuppy, der damals das initiiert hat, wurde fast ausgelacht. Jetzt, nachdem man Fachhochschulstudiengänge eingerichtet hat, soll wieder der Bachelor kommen, mit einem sehr ähnlichen Profil. Die diesbezügliche Vorlage zur Novelle des Uni-STG war am 14. Juni im Ministerrat, am 9. Juli soll sie in den Wissenschafts-Ausschuß kommen und am 14. bis 16. Juli im Parlament beschlossen werden. Mit der Einführung dieses Bachelors wird in der derzeitigen Textierung der Novelle eine Abwertung aller technischen Diplomingenieure vorgenommen! Das ist schon eine starke Sache, und ich frage mich, was sich die betroffenen Beamten bei diesem Entwurf gedacht haben. Ohne erkennbaren Sinn und Nutzen wird der Diplomingenieur, der weltweit anerkannt ist, abgewertet. Es hat in dem Zusammenhang einen Brief der Landesregierung gegeben, aber er wurde kaum berücksichtigt. Nachdem die Steiermark doch zwei technische Universitäten hat, bitte ich von dieser Stelle aus die Landesregierung, nochmals aktiv zu werden. Es ist eine Katastrophe, wenn in diesem Punkt die Novelle so kommt, wie sie textiert ist. Letzter Satz: Es muß allen Betroffenen klar sein: eine akademische Ausbildung „light“ gibt es nicht, sonst wird den Studenten bald kein Light – kein Licht – mehr aufgehen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 19.30 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Gäste aus unserem oberösterreichischen Nachbarland, und zwar aus der Fachschule für Frauenberufe in Bad Ischl. Wir heißen Sie bei uns in der Steiermark herzlich willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (19.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich nehme an, daß das Thema Erwachsenenbildung zum Bereich Unterricht, Erziehung und Wissenschaft gezählt wird und ich deshalb Letztgereichte bin. Lebens- und Berufschancen werden in unserer Gesellschaft unter anderem durch das erreichte Bildungsniveau bestimmt. Die Jugend muß ein einlösbares Recht auf Bildung und Ausbildung erhalten. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, bedarf es einer finanziellen und sozialen Absicherung des Bildungssystems. Um den Jugendlichen zukunfts-trächtige Ausbildungsplätze zu bieten, ist es notwendig, vor allem Bereiche, wie zum Beispiel Informationstechnologie, Gesundheit und Soziales sowie hochqualifizierte Dienstleistungsberufe, auf allen Ebenen des Bildungssystems zu forcieren. Mit einem derart vielfältigen Bildungsangebot kann den wirtschaftlichen Entwicklungen besser entsprochen werden. Auf Grund der Strukturänderungen der steirischen Wirtschaft geht trotz finanzieller Entlastungen und erleichterter Rahmenbedingungen für die Unternehmen die Zahl der Lehrplätze zurück. Auf Grund gesellschaftspolitischer Veränderungen wird es immer wichtiger, die Jugendlichen auch sozialpädagogisch zu unter-

stützen. Weiters soll zur Förderung der Fremdsprachenkompetenz die Teilnahme von Lehrlingen und von jungen Facharbeitern und Facharbeiterinnen an internationalen Programmen verstärkt werden. Für diese neuen Aufgaben müssen die Kompetenzen der Berufsschule erweitert werden. Beim geplanten Ausbau der Fachhochschulstudiengänge ist verstärkt darauf zu achten, daß neue Zielgruppen für eine Höherqualifizierung angesprochen werden. Maßnahmen, die Studierenden ohne Matura, Berufstätigen und vor allem Frauen den Zugang zu den neuen Fachhochschulstudiengängen erleichtern, sollten forciert werden. Darüber hinaus ist bei den neuen Fachhochschulstudiengängen auch der Bereich der Sozial- und Gesundheitsberufe zu berücksichtigen und auch die A-Wertigkeit der Fachhochschulabsolventinnen im öffentlichen Dienst abzusichern. Für die Erwachsenenbildung werden sich in den nächsten Jahren vielfältige, zum Teil auch völlig neue Aufgaben stellen. Vor dem Hintergrund neuer Anforderungen werden die Institutionen der Erwachsenenbildungen gezwungen sein, sich vom traditionellen Bildungsverständnis zu befreien, um ihrer Verantwortung als gestaltendes Element in der Gesellschaft gerecht zu werden. Egal, ob ich da an die Volkshochschulen denke, an die Urania, an das LFI oder das BFI. Wir brauchen Personalförderungsmaßnahmen, um die Professionalität voranzutreiben und die Qualität der Erwachsenenbildung weiterzuentwickeln. Das heißt, daß insbesondere der Anteil hauptberuflich tätiger Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Bildungsmanagement erhöht werden muß. Die Förderung durch den Bund, aber auch durch die Länder ist der gesellschaftlichen Bedeutung der Erwachsenenbildung in keiner Weise mehr gewachsen. Ab 1. August 1999 werden auch die nebenberuflich tätigen Erwachsenenbildner der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Das ist zwar eine sozialpolitisch richtige Entscheidung, aber es bedarf einer Abgeltung des Mehraufwandes, der den Erwachsenenbildungsinstitutionen entsteht, und zwar etwa 20 bis 30 Prozent. Wie die OECD heuer erst feststellte, ist in Gesamtösterreich ein zusätzlicher Bedarf von 15 Milliarden Schilling für die Erwachsenenbildung erforderlich, um eine optimale Weiterbildungsbeteiligung zu erreichen. Ein wesentlicher Impuls konnte dem steirischen Bibliothekswesen gegeben werden. Da sich öffentliche Bibliotheken über den klassischen Bereich der Buchentlehnung und literarischen Beratung zunehmend zu Mediatheken entwickeln werden, war und ist es besonders wichtig, diesen Bereich zu fördern. Die Vernetzung und ein weitverbreitetes Informationssystem sind auch als Verbesserung der sozialen Situation und einer flächendeckenden Wissensvermittlung anzusehen. So konnten in den vergangenen Jahren hierfür Mittel in Höhe von einer Million Schilling freigegeben werden. Im Rahmen der Novellierung des Urheberrechtsgesetzes wurde ein Betrag von 1,168.000 Schilling jährlich unter dem Titel „Bibliothekstantieme“ in der Kulturabteilung verankert. Besonderes Augenmerk gilt aber auch dem landeseigenen Volksbildungsheim Retzhof bei Leibnitz. Und ich möchte hier den Herrn Landesrat Hirschmann fragen, er ist zwar nicht hier, aber ich bin sicher, daß es ihm ausgerichtet wird, wieso er es als Personallandesrat seit mehr als zwei Monaten verabsäumt hat, die Leitungsfunktion nach

erfolgtem Assessmentcenter neu zu bestellen. Ich hoffe, er wird mir bis zum Ende unserer Budgetsitzung, da hat er ja noch zwei Tage Zeit, noch eine Antwort zukommen lassen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.37 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (19.37 Uhr): Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Die Wortmeldung des Kollegen Kurt Gennaro hat mich bewogen, auch kurz ans Rednerpult zu treten. Du hast sicherlich recht, daß man auf Grund eines Zeitungsberichtes und einer Aussage nicht auf das Ganze schließen kann, wenn wir hier vom Jugendlern und von der Ausbildungskapazität sprechen. Nur, du hast auch die Zahlen genannt. Es waren am 16. Jänner 808 Jugendliche, und es sind jetzt Ende Mai 649. Und dann gibt es diverse Zahlen dazu. 74 Jugendliche fallen unter die Rubrik „Sonstige Austritte.“ Und eine der 74 ist eben diese Dame, die hier in der Zeitung genannt wird. Und jetzt kann man deine Erklärung als richtig oder als nicht richtig annehmen, nur, es gibt auch noch 73 andere Fälle, die wahrscheinlich ähnlich in diese Richtung gelagert sind. Und es wäre sicherlich gescheiter, lieber Kollege, wenn man von Haus aus Möglichkeiten finden würde in der Jugend- und Lehrlingsausbildung, daß man diese Feuerwehreaktionen, sprich NAP und dergleichen, nicht machen müßte. Da gibt es einiges an Vorschlägen, die auf dem Tisch liegen. Ich erinnere nur daran, es liegt auf dem Tisch die Kostenfreistellung der Lehrlinge während der Berufsschulzeit. Der Antrag ist da, ich weiß, du lachst bereits. (Abg. Gennaro: „Ist schon erledigt!“) Nein, das ist nicht so erledigt. Es ist in Kärnten erledigt, da hast du recht, in weiten Bereichen erledigt. Dort war es in kurzer Zeit möglich, daß zwei Gehälter – also die Zeit der Berufsschule – den Betrieben refundiert werden. Du sprichst natürlich jetzt die Sache mit den Abschreibemöglichkeiten und dergleichen an. Das ist bitte nicht der Ersatz dafür, weil abschreiben kann nur der, der einen Gewinn hat. Es gibt auch andere Betriebe, die finanziell schlechter dran sind. Eines hat mich sehr gefreut, und jetzt möchte ich den Kollegen Hohegger ansprechen. Du liest wahrscheinlich genauso aufmerksam wie ich die MUT, die Zeitung der Wirtschaftskammer, aus der du des öfteren herauslachst, und auch der Herr Landesrat Paierl. Da lese ich vor etwa einem Monat eine Forderung, die genau auf das hin abzielt. Die genau das sagt, stellen wir die Zeit der Berufsschule den Betrieben frei, ersetzen wir den Betrieben diese Kosten, weil es muß ja möglich sein, wenn einer, der die Maturaausbildung hat, gratis alles machen kann, wirklich alles machen kann, auch jenen, die keine haben, daß man diesen zumindest die Zeit der Berufsschule kostenfrei stellt. Jetzt frage ich, Herr Kollege Hohegger oder auch die anderen Wirtschaftsvertreter und speziell die ÖVP: Was hindert uns daran, das durchzusetzen? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das Geld!“) Bitte, das Geld kann es wohl nicht sein.

(Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Haben Sie schon einmal nachgerechnet?“) Ja, ich weiß. Wir haben im Ausschuß darüber gesprochen, und es wurden ja Phantasiesummen von – ich kann mich erinnern – 300, 400 Millionen genannt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „20.000 mal 20.000 Schilling!“) Ja, und dann, Herr Landesrat, dann rechnen wir einmal nach, was wir im Bund und im Land für die ganzen Reparaturmaßnahmen zahlen, die sich NAP und weiß Gott wie alle nennen. Und im Endeffekt nichts anders sind als ein Zwischenparken von Jugendlichen. Es sind ja diese 808 nicht alle in einer Stiftung, sondern es gibt ja die Hälfte, die in einem Lehrgang drinnen sind. Dieser Lehrgang ist bei Gott keine Lehrlingsausbildung. Man kann doch nicht davon ausgehen, daß man hier etwas geschaffen hat, das den Jugendlichen wirklich hilft. Wirklich helfen Maßnahmen der Entlastung, sprich zum Beispiel die Forderung, daß man die Freistellung der Betriebe in der Zeit der Berufsschule durchsetzt.

Und noch einmal die Frage an die ÖVP: Was hindert uns daran, das konkret anzugehen, das durchzureden, und dafür ersparen wir uns alle jene Maßnahmen, die dazu da sind, nur eine Notfeuerwehrmaßnahme zu sein, um das zu reparieren, was man vorher versäumt hat? Meine Damen und Herren, im Sinne der Jugend, wir müssen hier aktiv werden. (Beifall bei der FPÖ. – 19.41 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröpfl. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröpfl (19.42 Uhr): Verehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Frau Landesrat! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Ich weiß, daß der Gestaltungsspielraum des Landes gerade im Schulbereich relativ gering ist, denn wir müssen uns hier auf Ausführungsgesetzgebung beschränken und nur die Bundesgesetze umsetzen. Trotzdem darf ich ein paar Anmerkungen zum Schulbereich machen. Durch die Einführung des Normstundenmodells wurde der Sparstift im Schulbereich vehement angesetzt. Laufend werden hingegen den Schulen neue Aufgaben übertragen, ohne daß man dabei eine stundenmäßige Bedeckung vorsieht. Beispiele dazu: Die Berufsorientierung wurde eingeführt, im informationstechnologischen Bereich gibt es kaum noch Abschlussstundenmöglichkeiten, und jetzt kommt im Herbst auch noch die neue Grundstufe, und auch das ohne personale Ressourcen, dazu. Frau Bundesministerin Gehrler ist der Meinung, daß all diese Neuerungen mit der Autonomie der Schule zu regeln sind. Damit wird aber die Autonomie zu einer Mangelverwaltung. Vor Jahren sind die Eltern und die Lehrer noch gegen diese 10prozentige Kürzung auf die Straße gegangen. Heute könnten die Betroffenen froh sein, wenn es nur bei diesen 10-Prozent-Einsparungen geblieben wäre. Für die Schulen zusätzlich Finanzlöcher zu erschließen, wurde sogar das Werbeverbot an den Schulen aufgehoben. Es werden davon nur einige wenige Schulen profitieren, wie HTLs, Handelsakademien, Gymnasien. Im Pflichtschulbereich wird es wahrscheinlich kaum möglich sein, Sponsoren für die einzelnen Schultypen zu finden. Ich habe unter Autonomie der Schule immer pädagogische Autonomie

verstanden. Innerhalb dieser Autonomie hätte jede Schule ihr eigenes Profil, ihre eigenen Stärken und ihre eigenen Schwerpunkte entwickeln können. Das wäre im damals vorhandenen Stundenkontingent ohne weiteres möglich gewesen. Die konservative Schulpolitik fordert zwar pädagogische Autonomie, streicht den Schulen und damit den Kindern unseres Landes die dringend notwendigen finanziellen Ressourcen. Das ist, meine Damen und Herren, keine zukunftsorientierte Schulpolitik. Wenn diese Schulpolitik so weiter betrieben wird, dann entwickeln wir uns in Österreich hin zu Privatschulen, und davor warne ich. Auf der Strecke würden vor allem die Kinder aus sozial schwächeren gesellschaftlichen Schichten bleiben. Beispiele dazu gibt es aus den USA, aus Großbritannien. Bildung darf in Österreich zu keinem Privileg werden. Dafür werden wir uns als Sozialdemokraten ganz vehement einsetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

In diesen restlichen zwei Minuten darf ich aber auch noch auf das Problem der Integration hinweisen. Alle bekennen sich zur Integration, dabei fehlen aber auch dort die nötigen Ressourcen. Integration wird gewünscht, aber dazu gibt es keine zusätzlichen Lehrerstunden. Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren. Wenn wir Integration wollen, wenn wir diese Gruppe der Menschen wirklich integrieren wollen, dann müssen wir auch die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Ein letzter Punkt noch zur neuen Grundstufe, die soviel gelobt wird: Erprobt wurde diese Grundstufe in einem Schulversuchsmodell, das alle optimalen Voraussetzungen erfüllt hat. Jetzt, wo es in die Realität umgesetzt werden soll, fehlen auch dort die nötigen Mittel. Ab Herbst, meine Damen und Herren, kann es passieren, daß in einer ersten Klasse Volksschule Vorschulkinder, die normal schulpflichtigen Kinder, jene Kinder, die die Klasse freiwillig wiederholen, aber auch Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sitzen. Dann wünsche ich der Kollegin oder dem Kollegen, die diese Klasse unterrichtet, bei einer Klassenschülerhöchstzahl von 30, wirklich viel Erfolg. Ich glaube, wir sollten alles daransetzen, um diesen Rückschritt zu verhindern und uns dafür zu verwenden, daß die nötigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden, damit die österreichische Schule keinen Rückschritt erlebt, sondern daß wir weiterhin unsere Jugend für das Leben, für die Gesellschaft und schließlich auch für uns selbst vorbereiten. Der Finanzminister wird immer leicht vorgeschoben, aber es gibt viele andere Möglichkeiten, wo die Frau Minister tätig werden könnte. (Beifall bei der SPÖ. – 19.46 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Hochegger. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Mag. Hochegger (19.46 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Für mich ist in der Tat die Gruppe 2 die Zukunftsgruppe im Landesbudget und hat erfreulicherweise auch die höchste Dotation mit 9,7 Milliarden Schilling. Wir liegen hier mit dem Wissenschafts-, dem Bildungs- und dem Unterrichtsbudget vor der sozialen Komponente. Das bedeutet, daß die Prokopfquote in der

Steiermark im Landesbudget für diese Zukunftsgruppe 8000 Schilling beträgt. So gesehen ist für mich das ein sehr positives Investment. Darüber hinaus halte ich fest, daß die Steiermark nicht nur ein attraktiver Wirtschaftsstandort geworden ist, sondern mittlerweile auch, was die bildungspolitische Infrastruktur anbelangt, zu den Spitzenreitern unter den Bundesländern gehört. Wir haben hervorragende Universitäten, bei aller Kritik, wir haben mittlerweile einen hervorragend im Staat befindlichen Fachhochschulsektor, wir haben ein hervorragend ausgebautes System im Bereich der berufsbildenden höheren Schulen und der mittleren Schulen, und wir haben in der Tat, und das ist mein Verständnis, auch trotz vieler Kritisierungen eine hervorragende Lehrlingsausbildung in unserem Lande. Wenn man die bildungspolitische Infrastruktur des Landes Steiermark insgesamt zusammenzählt, ist es so, daß permanent 105.000 Steirerinnen und Steirer diese Infrastruktur tagtäglich in Anspruch nehmen und so auf ihren Berufsweg und auf ihren Lebensweg vorbereitet werden. Summa summarum: für den ersten Teil ist das ein sehr positiver Aspekt, was die Bildungspolitik im Lande anbelangt. Nichtsdestotrotz gibt es wohl keine Stärken, wo es nicht auch Schwächen gibt. Wir haben eines festzustellen, und ich darf hier die Industrie zitieren: Sollte es nicht gelingen, der massiv wachsenden Nachfrage des Arbeitsmarktes nach Technikern aller Art Herr zu werden, wird die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft einen starken Dämpfer erhalten. Eine bedrohliche Lücke tut sich hier im Bereich der Ingenieurqualifikation nicht nur in der Steiermark, sondern in ganz Österreich auf. Ich habe vor kurzem Gelegenheit gehabt, bei einer Studienreise in der Schweiz mit Herrn Dipl.-Ing. Leinfellner von SFD zu sprechen. Er hat gesagt, Europa ist nahezu von der Ingenieurqualifikation „leergefegt“. Das ist der eine Engpaß, und der zweite Engpaß ist, daß wir uns gemeinsam zu bemühen haben, und dazu komme ich noch auf den Kollegen Wiedner zu sprechen, daß wir auch im Facharbeiterbereich unseren Engpaß schon längst kennen und dieses Problem in der Tat ein bißchen vor uns herschieben. Bevor ich jetzt, lieber Karl Wiedner, einen Satz auf dich verwende, möchte ich das Bildungszentrum „Wirtschaft“ hervorheben. Lieber Heinz Vollmann, auch an deine Adresse gerichtet, es wird zu sehr kritisiert. Ich sage diesbezüglich, was die Lehrlingsausbildung anbelangt, wer noch, außer der Wirtschaft, bildet in der Steiermark 20.000 Lehrlinge aus, wer noch? Bevor man dieses Bildungszentrum „Wirtschaft“ hier zu sehr in die Pflicht nimmt und kritisiert, möge man andere sinnvolle Alternativen zustande bringen. (Abg. Mag. Erlitz: „Wer profitiert?“) Wir alle profitieren, nicht nur die Wirtschaft. (Abg. Vollmann: „Aber natürlich die Wirtschaft in erster Linie, und sie hat auch die Pflicht, ihre Facharbeiter auszubilden!“) Ich würde mich hier in der Kritik etwas zurücknehmen, wenn man als Alternative nichts anderes aufzuzeigen hat, als die Wirtschaft zu kritisieren. Jetzt komme ich noch kurz auf den NAP zu sprechen, da meine Zeit gleich zu Ende ist. Der NAP, lieber Karl Wiedner, ist nicht das Gelbe vom Ei. Aber er ist noch immer besser als nichts. Das ist die ganze Problematik. Zur Berufsschulzeit: Wer ist dagegen? Es gibt im Parlament in Wien 183 Abgeordnete. Es war bis dato in der Tat noch nicht möglich, 92 auf diesen

Kurs einzuschwören, daß man dieses Anliegen schafft, die Berufsschulzeit von der kostenmäßigen Belastung freizuschaukeln. Ich gebe dir aber vollkommen recht, wenn das gelingen würde, hätten wir hier nicht die 100prozentige Problemlösung, aber einen riesen Schritt doch in die richtige Richtung. Zum Abschluß möchte ich auch den Fachhochschulsektor der Steiermark noch etwas präzisieren: Wir sind eines der wenigen Bundesländer oder überhaupt das einzige nach Wien, das bereits über 1000 Studienplätze diesbezüglich aufzuweisen hat. Wir sind derzeit gemeinsam bei knapp 1500 Studienplätzen. Der FH-Sektor – so glaube ich – ist in guter Entwicklung in unserem Lande. Wir werden nach dem Fachhochschulstudienplan oder Ausbauplan des Bundes bis zum Jahre 2005, und da werden wir im Steiermärkischen Landtag genauso gefordert sein, 3000 Studienplätze zugesprochen erhalten. Wir müssen dabei mit kluger Strategie die richtigen Konzepte einreichen, daß wir das auch realisieren können. Als letzter Satz: Wir sind auch im Berufsschulwesen dabei, ein entsprechendes Investment sozusagen weiter voranzutreiben. Ich zitiere nochmals das Bauzentrum in Graz, die kräftige Ausbaustufe in Bad Gleichenberg. Herr Wirtschaftslandesrat Herbert Paierl hat mir gerade vorhin geflüstert, daß er weitere Innovationen diesbezüglich auch vorhat, was die Finanzierung anbelangt. Wir werden für unsere Lehrlinge des Landes im Interesse der Standortqualität die Infrastruktur attraktiv gestalten können. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 19.54 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Abschluß haben sich die beiden zuständigen Regierungsmitglieder zu Wort gemeldet. Ladys first, Frau Landesrätin Dr. Rieder hat das Wort.

Landesrätin Dr. Rieder (19.54 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Exakt gesagt, sind 101.823 junge Steirerinnen und Steirer in diesem Schuljahr an Pflichtschulen eingeschrieben, und genauso verpflichtend, wie für diese jungen Steirerinnen und Steirer der Unterricht ist, so fühle ich mich verpflichtet als zuständige Referentin, für die optimalen Rahmenbedingungen in der Pflichtschule zu sorgen. Denn eines möchte ich an meine Wortmeldung voranstellen: Bildung, Lebensperspektiven und Lebenschancen sind für mich miteinander zwingend verbunden und unverzichtbar. Und das gleiche gilt auch für den Kinderbetreuungsbereich, auf den ich später noch zu sprechen komme. Ich mache es sehr kurz. Es sind die Highlights der Gesetze, die in den letzten Monaten hier im Hohen Haus beschlossen wurden, bereits genannt. Es sind jene Gesetze, die eben diese vorbildlichen Rahmenbedingungen sicherstellen, und es liegt mir nur im besonderen daran zu erwähnen, daß die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Hauptschulen nunmehr durchgeführt wurde, parallel dazu haben wir sichergestellt die Bezahlung des Pflege- und Hilfsbedarfes, weil Integration sollte man nicht nur berechnen, man sollte sie auch leben. Und mit der Zurverfügungstellung dieses Hilfs- und Pflegepersonals ist es gelungen, den Eltern eine wesentliche finanzielle Entlastung zu geben. Und es liegt mir noch sehr

am Herzen, in diesem Zusammenhang festzustellen, daß die Steiermark im Bereich der Integration von allen Bundesländern Österreichs an der Spitze steht, und das ist nicht nur auf Grund eines besonderen Engagements aller Beteiligten möglich gewesen, es ist die steirische Pflichtschullehrerschaft, die hier besondere Leistungen erbracht hat. Ich möchte mich ganz intensiv und ehrlich für diese Leistungen bedanken, und ich meine, diese Leistungen, die bisher erbracht wurden, sollten uns vorgeben, weiter auf diesem erfolgreichen Weg für behinderte Kinder und Jugendliche weiterzugehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Den zweiten Bereich, den ich ansprechen möchte, sind die Kindergärten. Ich möchte sagen, daß wir in Verbindung mit der Kindergartenmilliarde in den letzten zwei Jahren eine Kinderbetreuungsinitiative gestartet haben, auf die wir alle gemeinsam stolz sein können. Mit dem Landesanteil von 82 Millionen Schilling und bei einem Aufteilungsschlüssel von Bund 25 Prozent, Land 25 Prozent, Träger 50 Prozent, ist ein Investitionsvolumen von weit über 330 Millionen Schilling vorhanden gewesen, und wir haben es damit geschafft, in der Steiermark 2600 zusätzliche neue Betreuungsplätze einzurichten, und damit als logische und direkte Folge sind 260 Arbeitsplätze überwiegend für Frauen verbunden. Die Steiermark hält damit auf einem Stand von 687 Kindergärten und bietet in diesen Kindergärten 27.000 Betreuungsplätze an. Zählt man noch die anderen Betreuungsformen, wie Kinderhäuser, Krabbelstuben, Schülerhorte und natürlich die unverzichtbare Betreuungsarbeit durch Tagesmütter, so haben wir in der Steiermark 32.000 Betreuungsplätze. Und ich möchte noch als Ergänzung sagen, und das mit Stolz, daß wir auch heilpädagogische Kindergärten flächendeckend in der Steiermark anbieten. Daß wir dieses Betreuungsangebot brauchen, steht für mich außer Zweifel. Ein Drittel der 18.000 arbeitslosen Frauen in der Steiermark können nur deshalb keiner Beschäftigung nachgehen, weil nicht die entsprechenden Betreuungsplätze angeboten werden. Ich möchte feststellen, daß wir einer Arbeitszeitflexibilisierung, einer ganz wesentlichen Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten, einer Verkürzung der Karenzzeit nicht das Wort reden können, ohne gleichzeitig auf die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schauen, um den betroffenen Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Die Schaffung von neuen Kinderbetreuungsplätzen ist daher ein Gebot der Stunde, und es freut mich ganz besonders, hier erwähnen zu können, daß die „Kindergartenmilliarde zwei“ bereits in der Umsetzungsphase ist und wir 70 Projekte bereits in der Regierung beschlossen haben, die in diesem und im nächsten Jahr im Entstehen sind. Um diese angesprochene Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch wirklich zu ermöglichen, ist es natürlich auch notwendig, die entsprechenden gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Ein neues Kinderbetreuungsgesetz ist dem Landtag zur Verhandlung vorgelegt, denn nur ganzjährige Betreuungsformen, flexible Öffnungszeiten und eine entsprechende Förderung stellen sicher, daß Rahmenbedingungen vorliegen, die eben diese Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen. Ein Betreuungsscheck ist für mich persönlich kein Thema. Er ist zum einen unfinanzierbar und würde die Frau wieder auf die Versorgungsarbeit in der Familie be-

schränken und ihr die so wichtige Wahlmöglichkeit nehmen. (Beifall bei der SPÖ, beim LIF und den Grünen.)

Ich würde mir jedenfalls wünschen, daß die Verhandlungen weiterhin etwas schneller oder noch schneller gehen, damit wir im kommenden Jahr neue gesetzliche Rahmenbedingungen haben. Im Kindergartenbereich sind eine halbe Milliarde Schilling budgetiert. Ich möchte mir die einzelnen Ansätze ersparen, jetzt zu nennen. Ich möchte Ihnen aber sagen, daß mit dieser halben Milliarde Schilling 30.000 Kinder in der Steiermark entsprechende Betreuungsplätze haben. Ich möchte aber auch sagen, daß wir damit den Eltern 30.000mal die Gewißheit geben, daß ihre Kinder nach modernsten pädagogischen Gesichtspunkten von bestens ausgebildetem Personal betreut werden. Und das soll uns etwas wert sein. Ich möchte mich aus diesem Grunde bedanken bei allen Kindergartenpädagoginnen und den beiden Pädagogen, die wir in der Steiermark haben. Sie leisten eine unverzichtbare und ganz wertvolle Arbeit, für die es immer wieder gilt, danke zu sagen. Mein Dank gilt natürlich auch dem Vorstand der Rechtsabteilung 13, dem Herrn Dr. Eigner und seinem Team, und letztendlich möchte ich mich bedanken bei meinem Büro, das mich in vorbildlicher Weise unterstützt. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Das Schlußwort hat Herr Landesrat Paieryl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (20.01 Uhr): Verehrter Herr Präsident! Liebe Kollegin Rieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich mich richtig erinnere, dann habe ich bei der letzten Budgetdebatte in diesem Hause auch damals am Schluß des Kapitels zwei gemeint, das ist eigentlich das wirkliche Wirtschaftsförderungsbudget beziehungsweise jener Mittellanteil und jener Ausdruck der Struktur- und Wirtschaftsförderung durch das Land Steiermark durch Sie, durch den Steiermärkischen Landtag und die Steiermärkische Landesregierung, der am wirkungsvollsten, am nachhaltigsten ist. Natürlich da oder dort nicht so spektakulär, man kann maximal Schulen eröffnen, der Bildungsprozeß dieses auch hier von den Debattenrednern immer wieder angesprochenen permanenten Lernens, sich permanenten Bemühens um mehr Bildung, das ist sehr schwer kommunizierbar. Blasmusik hilft dabei nichts, aber trotzdem meine ich, daß wir uns vor Augen halten sollten, wenn man ein Budget für 2000 beschließt in diesem Haus, daß es sich dabei um Weichenstellungen, in dem Bereich um die wichtigsten Weichenstellungen, dreht, die für die gesellschaftliche Entwicklung auf der einen Seite, aber andererseits auch für die individuelle, für die ganz persönliche Entwicklung ausschlaggebend sind. Das heißt, wir erleben tagtäglich, und da bin ich sicher nicht der einzige, daß etwa Arbeitslosigkeit, konkrete Arbeitslosigkeit, also Bezieher von staatlichen Hilfen, unmittelbar damit verbunden sind, daß schlechte Ausbildung vorhanden ist. Wir wissen, daß über 50 Prozent der beim AMS gemeldeten Leistungsbezieher nur Pflichtschulabschluß haben, zum Teil nicht einmal eine Lehre haben. Ein weiterer Teil, so 25 bis 30 Pro-

zent, haben Lehre und sonst nichts, und eigentlich jener Teil, der in Bildung investiert hat, aus welchen Gründen immer, von zu Hause oder durch irgendwelche Umstände, eben auf dieses Kapital rechtzeitig aufmerksam gemacht wurde, der eigentlich am wenigsten Probleme hat. Es gibt schon auch dort Probleme. Es gibt auch die Problematik der schlechten Ausbildung auf den Universitäten und den Folgen, daß hier auch Akademikerarbeitslosigkeit vorhanden ist. Aber die Mehrzahl derjenigen, die vom Staat unterstützt werden müssen, die im sozialen Netz auch aufgefangen werden müssen, mit Recht aufgefangen werden müssen, weitergeführt werden müssen, ist der Teil, der wenig Bildung oder schlechte Bildung hat. Ich behaupte daher, daß Bildungsinvestitionen die nachhaltigste Wirtschaftsförderung sind und letztlich Bildung auch die lokale und regionale Antwort auf die Gefahren und die Herausforderung der Globalisierung sind. Konkret für die Steiermark bedeutet das, daß wir gerade in diesem Bereich – wenn Sie das Budget aufschlagen – Gott sei Dank auch mit Ihren Entscheidungen, etwa das Berufsschulgesetz zu verändern, doch einen recht beträchtlichen Zuwachs an Mitteln notwendig haben – da sind auch die NAP-Mittel dabei, also die Lehrer, die im Bereich der NAP-Ausbildung finanziert werden müssen, sind in dieser Steigerung drinnen – zum einen. Zum Zweiten: Natürlich, was Wiedner sagt, das ist schon richtig, die Forderung, hier Ausbildungsbetriebe von jenem Teil der Kosten zu entlasten, wo letztlich keine Wertschöpfung vorhanden ist. Da gibt es dieses Gleichnis mit den AHS-Schülern oder mit den Studentinnen und Studenten, das ist richtig. Nur muß man ehrlicherweise dazu sagen, und das werden die Kärntner mit dem Jörg Haider an der Spitze auch noch lernen, das muß natürlich auch finanzierbar sein. Wenn der Michl Schmid heute in der Früh sagt, als ich ihn gefragt habe, ob er weiß, wie die finanzieren, so hat er gesagt aus der Wohnbauförderung, dann sage ich okay. Wenn die Wohnbauförderung zur Verfügung steht, und da gibt es durchaus sachliche kritische Hinweise, daß das nicht unbedingt mehr das Gelbe vom Ei ist, was dort passiert, wenn das Gesamtbudgetär auf Bundes- und auf Landesebene zur Verfügung steht, dann sei es mir recht, weil ich wirklich glaube, daß das eine sinnvolle Geschichte ist, wenngleich ich nicht annehme, daß damit das gesamte Problem gelöst ist – so habe ich es auch nicht verstanden. Und da bin ich wirklich bei Hans Kaiser und Helfried Faschingbauer – anerkannte Experten, nicht nur in der Steiermark, sondern österreichweit und europaweit. Es bedarf hier eines radikalen Systemwandels. Es ist auch nicht unbedingt zielführend, wenn sich sozusagen in den alten Lagern die Arbeitgeberseite und die Arbeitnehmerseite hier beschuldigt und sagt: Naja, ihr seid schuld, denn ihr nehmt keine auf, und ihr tut nur ausnutzen – das habe ich heute in den Zwischenrufen gehört –, und ihr habt das ja eigentlich hier schon in der Scheune mit den 20.000 Schilling. Auf der anderen Seite wird jeder, der ausbildet, als potentieller Leuteschinder und -knechter hingestellt. Das ist auch nicht richtig, weil wir haben im Moment das Phänomen, und zwar nicht nur in der Steiermark, sondern überall, insbesondere aber in den Städten, denn das ist ein städtisches Phänomen, daß du Nachfrager von der Wirtschaft, insbesondere von den Klein- und Mittelbetrieben, nach Nachwuchs hast.

Man weiß gar nicht, wie man zu den Fachkräften kommt, denn wir haben einen eklatanten Fachkräftemangel. (Unverständlicher Zwischenruf.) Frau Kollegin, ja, aber das ist nicht so einfach. Reden Sie einmal mit den Ausbildnern, was sich hier insbesondere in den Städten aus der Pflichtschule, sprich auch aus dem Polytechnikum, anbietet. Da ist es am Land noch gescheiter. Die Lehrer unter Ihnen werden diese Erfahrung auch haben. Jetzt bin ich aber nicht derjenige, der jetzt populistisch hingehht und sagt, das sind jetzt alles Deppen. Da sind 15 Jahre natürlich auch gesellschaftliche Fehlentwicklungen im Umfeld, im familiären Umfeld, in der Schule, nicht mit ein paar Lehrjahren auszubügeln. Reden Sie bitte mit jenen Ausbildnern oder mit jenen Lehrerinnen und Lehrern, die im Moment die NAP-Kinder, die NAP-Jugendlichen zu betreuen haben. Reden Sie bitte einmal mit denen. Nicht Parteipolitik, das ist ein wirkliches Problem. Wir haben trotzdem noch unsere 450, die ich nicht einmal in den NAP bringe, weil die sagen überhaupt, und ich will Ihnen jetzt kein Handzeichen geben, was wir uns können mit dem ganzen Vorhaben. Das heißt, ich muß hier die Geduld haben, muß aber auch die Kraft haben, ein völlig neues System in der Ausbildung anzudenken. Und da sind Kaiser und Faschingbauer für mich die wichtigsten Partner. Ich bedanke mich auch ganz offiziell für diese Partnerschaft, die sie mit dem steirischen Aktionsprogramm für Jugendbeschäftigung, nicht nur für die 15-, 16jährigen, sondern für die 15- bis 25jährigen, betreiben. Meine Damen und Herren, das sind 230.000, die hier in der Steiermark in dieses Alter hineinwachsen. Das ist eine Riesenaufgabe, hier gesellschaftlich, pädagogisch, wirtschaftspolitisch an die Sache heranzugehen, und nicht das alles als Problem zu sehen, sondern als eine Anspruchsgruppe zu sehen und mittelfristig und langfristig Projekte aufzuziehen, wie zum Beispiel die triale Ausbildung. Wir haben jetzt ein solches Modell mit dieser Automobilakademie von Tesma – im übrigen ein Stronach-Betrieb. Tun wir hier nicht nach den alten Reflexen diese „Gottseibeius-Politik“ betreiben und sagen, das ist alles schlecht. Diese bemühen sich sehr, weil sie auch wissen, daß sie ohne Nachwuchs den Standort nicht halten um die Nachwuchspflege, etwa auch bei Steyr-Fahrzeugtechnik, etwa auch bei Magna und Tesma. Mit denen machen wir etwas, was durchaus die alte Verstaatlichte, und das muß man anerkennen, in ihren alten und nicht mehr gehaltenen – Heinz – aus vielerlei Gründen nicht mehr gehaltenen Lehrwerkstätten ausgebildet hat. Diese Fachleute gehen uns schön langsam aus. Und das sind die, die wir jetzt schön langsam wieder heranziehen müssen. Meine Bitte wäre, hier nicht Hüftschüsse zu betreiben, sondern tatsächlich Bildungspolitik zu betreiben. (Abg. Vollmann: „Das sind die Sünden der Vergangenheit!“) Das Kapitel zwei mit der Dotierung ist die wichtigste und nachhaltigste Wirtschaftsförderung. Gott sei Dank, wenn wir uns dann international vergleichen oder vergleichen lassen, wie etwa die Empirika-Studie, und Kollege Finanzreferent Ressel hat es bei seiner Einbegleitungsrede hier von der Regierungsbank aus ja gemacht. Er hat immer wieder darauf hingewiesen, daß es hier ein hervorragendes Ranking der Steiermark als Region gibt, leider nicht beim Verkehr, das Thema kennen wir, sondern bei dieser Frage der Qualifikation der hellen Köpfe, was

auch mit Händen zu tun hat. Das heißt, diese Bildungsqualifikation, diese Lernergebnisse sind nach internationalen Maßstäben nicht schlecht. Wir liegen dort auf Platz 23 von 250 europäischen Regionen. Gott sei Dank ist das Kapital schlechthin. Das ist auch der Hauptgrund, warum wir etwa für die Beschäftigungsentwicklung, für die Arbeitsplatzentwicklung sehr wichtige Betriebsansiedlungen und Investitionen haben. Reden Sie mit den Investoren. Sie sagen Ihnen, nicht die Förderung hat mich hierher gebracht, weil da würde ich woanders mehr bekommen, sondern mich hat die Qualifikation hergebracht, aber immer wieder mit dem Fingerzeig dazu, paßt auf, das geht uns bald aus. Deswegen meine Bitte, hier in einer differenzierten Art und Weise, wie sie zur Zeit Gott sei Dank schon, und hier schließe ich alle mit ein, in den letzten Sitzungen oder in der letzten Sitzung insbesondere des Arbeitsförderungsbeirates schon zur Diskussion stand. Ich glaube, daß das Gesetz, insbesondere was diesen Beirat anlangt, als gelungen hinzustellen ist, weil da sehr differenziert diskutiert und auch konzeptioniert werden kann. Wir werden auch zu diesem territorialen Beschäftigungspakt - hier gibt es bei der Frau Landeshauptmann bereits einen Beschluß, auch abgestimmt mit der gesamten Regierung - kommen. Ein Dank an alle Mitglieder in diesem Beirat, ein Dank auch an alle Mitglieder im Berufsschulbeirat, denn auch da gibt es jetzt - Gennaro und Hohegger - zwei Mitglieder dieses Beirates. Wir werden auch da einen Sprung bei der Infrastruktur, das heißt, bei den Gebäude schaffen. Es ist an sich mit Gleichenberg und mit Graz ja sehr vieles gelungen schon in der Vergangenheit, und wir werden auch im nächsten Jahr mit diesem Modell noch einen weiteren Sprung schaffen. In diesem Sinne bedanke ich mich und empfehle für all jene, die sich hier noch weiter vertiefen möchten, gerade bei der heutigen Ausgabe, es ist kein Mitglied einer Zeitung mehr da, „Kurier Extra“, ein Bildungsextra, neue Meilensteine für die Bildung der Zukunft, eine sehr lesenswerte Geschichte auch für Abgeordnete und für Politiker aller Couleurs. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. - 20.13 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 2, dem Sport. Und als erster zum Wort gemeldet, sofern Sie nicht vorher ein paar Übungsbewegungen machen wollen, wäre der Herr Abgeordnete Erlitz, der erste Debattenredner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (20.14 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich vermisse den Herrn Landesrat Hirschmann als zuständigen Landesrat. Ist er schon da? (Abg. Dr. Lopatka: „Er joggt!“) Joggen ist er, entschuldige! Aber er wird noch kommen. Meine Damen und Herren, ich glaube, es gibt ja durchaus große Übereinstimmung, wenn ich festhalte, daß der Sport einen unverzichtbaren Beitrag für die Werteorientierung der Gesellschaft leistet und daß der Sport auch in Zukunft ein wichtiger Inhalt im Leben der Menschen bleiben wird und eine wichtige Aufwertung erfahren wird müssen, da er einfach ein bedeutender Faktor der neuen Lebensqualität ist. In der Bevölkerung besteht ein relativ hohes Sportbewußtsein. Die Bedeutung des Sports

wird für sie infolge verkürzter Lebens- und Wochenarbeitszeit einfach immer wichtiger. Und Sport ist für viele Menschen ein wesentlicher Gestaltungsbereich ihrer Freizeit geworden, wobei hier nicht das Erbringen von Spitzenleistungen im Vordergrund steht, sondern der Spaß und die Freude an der Bewegung beziehungsweise auch schon durchaus ein entsprechendes Gesundheitsbewußtsein. Es gibt keinen Freizeitbereich, der eine vergleichbare Entwicklung hinter sich hat wie der Sportbereich. Und es sind hier vor allem die Sportvereine mit ihren vielen ehrenamtlichen Funktionären die Triebfedern und die Keimzellen des Sports. Die Sportvereine prägen nicht nur das kommunale Leben entscheidend mit, sondern sie fördern die körperliche Bewegung, das soziale Verhalten, wie schon erwähnt das Gesundheitsbewußtsein und auch die Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen. Und sie, diese Sportvereine, benötigen in erster Linie die Unterstützung aller Gebietskörperschaften, angefangen vom Bund über Land und Gemeinden, damit für ihr Wirken, für das Wirken der Vereine auch die entsprechenden Rahmenbedingungen gegeben sind. Und die Steiermark liegt - ich habe das ja schon beim letzten Budgetlandtag gesagt - bei der allgemeinen Sportförderung im Bundesländervergleich leider nach wie vor auch im 98er Jahr an vortzelter Stelle. Und stellt man die Förderung in Relation zur Bevölkerungszahl, so liegt die Steiermark weit abgeschlagen an letzter Stelle. Und jetzt in bezug auf das, was der Kollege Lopatka das letzte Mal gesagt hat, schuld daran sei der Finanzlandesrat Ressel, daß die allgemeine Sportförderung so schwach ausgefallen ist, also wenn der Herr Landesrat Ressel für den Sport auch noch zuständig ist, dann frage ich mich, welche Aufgabe hat Herr Landesrat Hirschmann dann? Er hat sich damit ja wegrationalisiert, den Tourismusbereich hat ja längst schon Landesrat Ressel übernommen, Tourismuspolitik macht Landesrat Ressel, und jetzt ist er auch noch zuständig für die Sportförderungspolitik, also wozu dann den Herrn Landesrat Hirschmann, weil das Kulturressort wird er auch nie bekommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, das heißt, aber ich sage es noch einmal, wobei ich hier durchaus festhalte, der Landesrat ist leider nicht hier, ich halte durchaus fest, daß er eine für mich durchaus sympathische Facette hat. Sage ich, gebe ich zu, ich gestehe das. Nämlich, er zeigt enormes Engagement, wenn er ein Ziel verfolgt. Und ich glaube, das ist eine Eigenschaft, die ein Politiker haben sollte. Er zeigt enormes Engagement. Und wenn der Herr Landesrat Hirschmann dieses Engagement an den Tag legt - kommt er schon -, dann warte ich noch ein wenig, um ihm nämlich das mitzuteilen, nämlich die Facette, die ich an ihm schätze. Was ich nicht schätze ist, daß er eben - Herr Landesrat, soeben eingetroffen, ein wenig verspätet, keuchend, ein wenig verschwitzt, aber durchaus sportlich unterwegs, ja, er läuft über die Zielgerade - Herr Landesrat, ich habe gesagt, ich schätze durchaus eine Facette an dir, das ist das Engagement, das heißt, wenn er ein Ziel vor sich hat, dann verfolgt er das mit Impetus und mit großem Einsatz. Und wenn er diesen Einsatz auch zeigen würde bei der allgemeinen Sportförderung, diesen Einsatz, den er gezeigt hat - ob man für oder gegen den A1-Ring oder sonstige Events ist -, wenn er dieses Engagement auch zeigen würde bei der allge-

meinen Sportförderung, dann würden wir im österreichischen Ranking nämlich ganz wanders liegen, nämlich an vorderster Stelle. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, in der Sportpolitik kann man dann nicht einfach die Verantwortung abschieben und sagen, der Herr Finanzreferent ist schuld. Meine Damen und Herren, Sportpolitik muß einfach mehr sein als die Unterstützung sportlicher Aktivitäten beziehungsweise spitzensportlicher Großereignisse. Und ich halte es einfach für ein falsches Signal, wenn die Sportpolitik in diesem Lande ihren Schwerpunkt auf den Sporttourismus und ihren Schwerpunkt auf die Events setzt, und nicht dort, meine Damen und Herren, wo der Sport seine Ausprägung erfährt, dort, wo der Sport seine Heimstätte hat, nämlich bei den Vereinen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich halte hier auch fest, um Mißverständnissen vorzubeugen. Breitensport und Spitzensport sind auch keine Gegensätze, stellen für mich keine Gegensätze dar, sondern sie ergänzen einander. Ich sehe den Hochleistungssport als die Speerspitze des Breitensports. Gerade die solide Nachwuchsarbeit in den Sportvereinen ist der Garant für den Hochleistungssport. Und viele steirische Talente kommen aus den hervorragend arbeitenden kleinen Vereinen. Und nur die Nachwuchsarbeit der Vereine, die von der steirischen Sportpolitik leider viel zuwenig gewürdigt wird, garantiert diese Leistungsspitze unserer Sportler. Und andererseits sind gerade die Sportidole, diese Hochleistungssportler aus dem Spitzensport, wiederum Ansporn für die Menschen, vor allem für die Jugend, Sport zu betreiben. Aber die Förderpolitik des Landes unterstreicht es viel zuwenig, die im öffentlichen Interesse liegende Arbeit der Sportvereine und die Stellung des Breitensports. Und, meine Damen und Herren, ich stelle auch hier noch einmal an den Herrn Landesrat die Forderung, möglichst bald diese Novelle zum Steiermärkischen Landessportgesetz, die uns bereits im Herbst vergangenen Jahres versprochen war, in den Landtag einzubringen, damit eben hier endlich einmal festgehalten wird eine ausreichende Förderung kleiner Sportvereine und eine ausgewogene Förderung sämtlicher Sportvereine. Das heißt, Herr Landesrat, ich bitte dich wirklich, diese Novelle möglichst bald in den Landtag hier einzubringen. Meine Damen und Herren, in diese für mich einfach unstimme Förderpolitik gehört auch die Bundesligaförderung. Sie wissen, es ist die Förderung jener Vereine, die in der Bundesliga und in der 1. Division sind. Und ich bezeichne diese Bundesligaförderung schlicht und einfach als ungerecht. Zur Verfügung stehen auf meiner Liste, die mir jedenfalls zur Verfügung steht, 6,577.000 Schilling, nicht dabei sind jene 630.000 Schilling, die der DSV Hartberg jetzt nicht bekommt, weil er in die nächste Liga abgestiegen ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir sind nicht abgestiegen, wir sind Meister geworden!“) Ist ja wurscht! (Abg. Dr. Lopatka: „Wir sind Meister geworden mit einem Rekordvorsprung!“) Jedenfalls sind sie mit 70.000 Schilling drinnen vorgesehen. (Abg. Dr. Lopatka: „Nicht aufgestiegen, aber nicht abgestiegen, das ist ein Unterschied!“) Sie sind nicht aufgestiegen, das meine ich ja. Jedenfalls bekommen sie statt dieser 700.000 Schilling nur 30.000 Schilling, und diese sind hier nicht drinnen. Es geht um die 6,577.000 Schilling. Davon, meine

Damen und Herren, erhält der GAK und Sturm Graz je 1,4 Millionen Schilling. Insgesamt bekommen die acht Fußballvereine aus diesem Topf 3,85 Millionen Schilling. Der Rest der 2,7 Millionen Schilling wird auf 38 Vereine aufgeteilt. Jetzt sage ich folgendes: Ich fordere keine Aufstockung dieser Mittel, bei Gott nicht, sondern ich fordere eine gerechte Aufteilung. Meine Damen und Herren, Sturm – und ich habe heute im Radio vom Kartnig gehört – hat ein Budget im Normaljahr von 90 Millionen Schilling. Wenn sie im Europacup mitspielen, kann das bis auf 150 Millionen Schilling anwachsen. Kartnig spricht sogar, daß er vielleicht die 200-Millionen-Schilling-Marke erreichen wird. Für diesen Verein sind 1,4 Millionen Schilling ein Tropfen auf den heißen Stein. Diese brauchen die 1,4 Millionen Schilling nicht. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn wir die 1,4 oder 2,8 Millionen Schilling jenen 38 Vereinen geben würden, dann würde das eine Verdoppelung ihres Budgets bedeuten, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Flecker: „Da kommt er nicht so oft in die Zeitung!“) Es geht nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen, meine Damen und Herren, sondern es geht mir um eine gerechte Sportförderung. Es müßte der Sportpolitik ein seriöses Anliegen sein, die Vielfalt des sportlichen Angebotes zu erhalten, die gesamte Palette zu erhalten. Die Förderpolitik wäre dazu meines Erachtens ein probates Instrumentarium, gerade jene Vereine zu fördern, die zwar wichtig sind und bedeutungsvolle Disziplin in der Sportpalette darstellen, aber eben nicht so auf der Popularitätswelle schwimmen wie der Fußball zum Beispiel. Ich muß jene Vereine fördern, die nicht in der Lage sind, selbst zu diesen riesigen Einnahmen zu kommen wie eben der Fußball. Das ist eine Aufgabe der Sportpolitik, nämlich eine gerechte Förderung, um – wie schon gesagt – jenen Vereinen zu helfen, die nicht so populär sind, wobei ich eines sagen muß, daß unter den Jugendlichen bereits Basketball und Streetball an erster Stelle steht, und nicht mehr Fußball. Meine Damen und Herren, eine der vordringlichsten Aufgaben der Sportpolitik in Zukunft wird es sein, den Vereinen entsprechende Hilfe anzubieten, denn auch sie sind einem für sie gefährlich werdenden Struktur- und Wertewandel so wie die gesamte Gesellschaft ausgesetzt. Wir leben in einer Zeit, in der viele Menschen nur ihren individuellen Zielen zugeneigt sind. Das Miteinander und Gemeinsame wird sehr stark in den Hintergrund gedrängt. In vielen Bereichen läuft der traditionelle Sportverein Gefahr, da und dort von der Bildfläche zu verschwinden. Vor allem die Jugend, aber auch die Sportkonsumenten im allgemeinen, suchen heute einen anderen Zugang zum Sport. Es ist eine deutliche Entinstitutionalisierung im Freizeitbereich bemerkbar, eine Flucht aus den Institutionen. Das Heer nichtorganisierter Sportler wird immer größer. Die Frage, die sich unmittelbar stellt, ist, wird es bei uns bald mehr nichtorganisierte Freizeitsportler als aktive Sportvereinsmitglieder geben? Diese prognostische Fragestellung, die das Sportsystem erschüttern könnte, wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß in Österreich der Anteil der passiven Sportler schon fast so groß ist wie die Gruppe der aktiven Sportvereinsmitglieder. 24 Prozent der Österreicher sind Sportvereinsmitglieder, und davon gibt es 13 Prozent aktive und 11 Prozent passive. In Deutschland ist das Verhältnis noch 16 zu sechs. Das

heißt, aus den ehemals organisierten und gebundenen Sporttreibenden sind frei vagabundierende Sporthoppers geworden, die ganz individualistisch nach Lust und Laune agieren und probieren. Wir erleben zur Zeit eine Wende vom organisierten Breitensport hin zum informellen Freizeitsport – eine Entwicklung, die für den organisierten Sport, sprich für die Sportvereine, und die traditionelle Sportpolitik folgenreich sein wird. Sport ist heute in erster Linie das, was die meisten Menschen als Sport empfinden, und nicht das, was die Sportverbände offiziell unter Sport verstanden wissen wollen. Das heißt, die Sportvereine und Verbände müssen mit dem Wandel leben lernen. Da sich die Sportvereine damit aber sehr schwer tun, sie noch nicht fit für die Zukunft sind, die ich hier beschrieben habe, sie aber auch in Zukunft, meine Damen und Herren, die Keimzellen, die Triebfedern des Sports bleiben müssen, ist die Sportpolitik aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu setzen, um den Sportvereinen bei der Bewältigung dieser schwierigen Aufgaben intensive Hilfe anzubieten. Die Sportpolitik des Landes, meine Damen und Herren, muß im Bereich der Förder- und Vereinspolitik neue Akzente setzen, und das fordere ich hier, damit auch in Zukunft die Sportvereine Heimstätte und Zukunftsfabriken des Breitensports und des Spitzensports bleiben können. (Beifall bei der SPÖ. – 20.29 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (20.29 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sicherlich kann man sich die Frage stellen, welchen sportlichen Wert solche Debatten haben, die wir hier führen. Ich möchte aber einen Beitrag leisten, um der Wahrheit Genüge zu tun. Die Wahrheit ist, daß von 426 steirischen Fußballvereinen Hartberg der viertbeste ist. Sturm, GAK, DSV Leoben, und dann kommt Hartberg. Hartberg ist mit einem Rekordvorsprung Meister geworden. Ich halte es als Hartberger für äußerst bemerkenswert, wenn der SPÖ-Sportsprecher meint, daß Hartberg abgestiegen sei. So einen Sportsprecher wünsche ich der SPÖ wirklich nicht. Hartberg ist in der Regionalliga mit einem Rekordvorsprung Meister geworden.

Das Dilemma ist, daß wir leider ein System im österreichischen Fußball haben, daß der Regionalligameister nicht automatisch aufsteigt. Herr Sportsprecher Erlitz, schreiben Sie sich in Ihr Stammbuch, daß Hartberg von 426 Vereinen der viertbeste ist, und zwar weit vor anderen Vereinen. Ich weiß gar nicht, wo Frohnleiten spielt, aber ich denke, jedenfalls weit hinter Hartberg. Das nur zum Sachwissen des Sportsprechers der SPÖ. Aber jetzt zur Sportdebatte an und für sich. Ich glaube, wir können mit Recht behaupten, daß, trotz des Faktums, das ja richtig ist, die Mittel für den Sport im Vergleich zu anderen Ressorts äußerst bescheiden sind, daß trotzdem die Steiermark Sportland Nummer eins ist. Sportland Nummer eins in mehrfacher Hinsicht. Ich darf drei Punkte anführen: Ich glaube, wir sind Sportland Nummer eins, wenn es darum geht, großartige Veranstaltungen über die Bühne zu bringen.

Die Nordische Schi-WM im heurigen Jahr war österreichweit sicherlich im Wintersport mit Abstand das größte Sportereignis. (Abg. List: „Meinst du die Schulden?“)

Heuer im Sommer wird der Grand Prix uns international präsentieren wie keine zweite Sportveranstaltung. Auch im Herbst, wenn in Bad Waltersdorf die Ballon-WM stattfindet, haben wir wieder eine Weltmeisterschaft bei uns in der Steiermark, und das trotz der bescheidenen Mittel, die zur Verfügung stehen. Zweiter Punkt: Die Sportler selbst haben in vielen Bereichen die Steiermark zum Zentrum des Sports gemacht. Und da bin ich schon bei einem Punkt, wo ich mich grundsätzlich von unserem Kollegen Erlitz unterscheide: Wenn der SK Sturm Meister, Cupsieger und Supercupsieger wird, so bedeutet das nicht nur, daß die Steiermark und auch der GAK international mit dabei ist, daß wir die Wiener weit hinter uns gelassen haben, und von anderen Vereinen rede ich gar nicht, sondern das bedeutet, daß viele Kinder dadurch motiviert sind, im Sport selbst etwas zu machen. Wissen Sie, wie viele Dressen in den letzten Jahren vom SK Sturm in der Steiermark verkauft worden sind? (Abg. Mag. Erlitz: „Seit wann sind wir per Sie?“) Weil du vorher Hartberg so beleidigt hast, jetzt muß ich mir das überlegen. Das dauert bei mir ein bißchen, weil wir haben uns sehr angestrengt, um aufzusteigen. Weißt du, wieviel Dressen wir, in dem Fall, die Hartberger haben nicht so viele Dressen verkauft, sondern der SK Sturm. Ich sehe mich auch als Sturm-Anhänger, weil wir Schwarzen müssen zusammenhalten. Es waren 40.000. Und da sieht man schon, welche Begeisterung von so einem Verein ausgeht. Und wer bei der Meisterfeier dabei war, der hat miterlebt, daß auch die Vereine selbst – und in dem Fall der Präsident Kartnig – es verstehen, hier eine Begeisterung zu erzeugen, die man mit dem Geld, das das Land herbeitragen kann, aber nicht einmal annähernd abgelten kann. Das ist ein bescheidener Beitrag zu einem riesigen Budget, das diese Vereine – und die sind ja schon mittlere Unternehmen – hier Gott sei Dank in den letzten Jahren sich selbst aufbauen haben können. Das gilt im übrigen auch für den GAK. Und wenn heute bei uns der Goldmedaillengewinner Stadlober hier war, Alois Stadlober hat ja eine Zeitlang der Debatte hier zugehört, bitte? (Abg. Gennaro: „Er hat nur einen Fototermin mit der Frau Landeshauptmann gehabt!“) Nein, du irrst dich, der ist heute an der Basis bei einem Sportverein, der sehr wenig Geld hat, in Weiz bei den Ponigl Road Runners. Das ist ein Verein mit 400 Mitgliedern, der vielleicht ein paar 1000 Schilling Sportförderung bekommt. Dort ist heute Herr Alois Stadlober, um mit Jugendlichen dort heute zu dieser Tageszeit – Gott sei Dank, es ist noch hell – laufen zu gehen.

Und der Alois Stadlober hat mir heute nachmittag gesagt, daß er sich wünschen würde, daß in allen Bundesländern so ein Sportlandesrat mit solchem Einsatz (Beifall bei der ÖVP.) dieses Ressort hätte, wie bei uns hier der Sportlandesrat Gerhard Hirschmann. Und Gott sei Dank, im Gegensatz zu bisherigen Debatten, wo das, was Gerhard Hirschmann für den Sport macht, pauschal verteufelt worden ist, hat ja immerhin auch beim Kollegen Erlitz eine kleine Kurskorrektur stattgefunden, er hat ja immerhin noch anerkennende Worte

gefunden. (Abg. Mag. Erlitz: „Ich bin ehrlich!“) Ja, das hat aber etwas länger gedauert, bis du daraufgekommen bist, was der Landesrat Gerhard Hirschmann tatsächlich für den Sport leistet. Und es ist nicht nur der Alois Stadlober, wenn wir an die Renate Götschl denken im alpinen Schiport oder an den Mario Stecher. Freuen wir uns, daß wir auch bei den Sportlern Nummer eins sind, also nicht nur, was die Veranstaltungen betrifft. (Abg. Schinnerl: „Ist der Landesrat Hirschmann ihr Trainer?“) Der Landesrat Hirschmann ist einer der Motivatoren für diese jungen Sportler. Mußt nur mit denen reden, rede mit einer Renate Götschl oder mit dem Mario Stecher, was sie von der Sportpolitik unseres Sportlandesrates halten, und du wirst dich wundern, solche Lobeshymnen bringe ich gar nicht zusammen, die die dir sofort sagen werden, Kollege Schinnerl, die haben kein Problem. Und rede auch mit anderen Sportverantwortlichen, die haben kein Problem mit dem zuständigen Sportlandesrat. Hingegen triffst du Kulturverantwortliche, na, was die dir erzählen über den Kulturlandesrat, also da sind Welten inzwischen. Glaube mir das! (Abg. Ing. Peinhaupt: „Meinst du den Herrn Strobl?“) Der ist noch nicht Landesrat, ich spreche nur von der Landespolitik. In der Stadtpolitik kenne ich mich zuwenig aus, ich bin ein Hartberger. Also in der Stadt Graz bin ich nur ein Einpendler. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Nehme das Zwischenwort zurück!“) Der dritte Bereich, um den wir uns wirklich bemühen sollten, ist der Bereich des Breitensports, was hier schon angeschnitten worden ist. Das ist wahrscheinlich der wichtigste Bereich, und ich bin froh, daß Kollege Erlitz hier auch keinen Gegensatz sieht zwischen Spitzensport und Breitensport. Ich glaube, der Spitzensport, die Politik sind ganz wesentlich dafür verantwortlich, daß auch die Bereitschaft besteht, im Breitensport etwas zu machen. Der Prozentsatz der Steirer, die regelmäßig Sport betreiben, liegt bei 70 Prozent. Hier liegt sicherlich unsere Hauptaufgabe, um zu schauen, daß hier mehr möglich ist. (Abg. List: „Nein!“) Sonst lügen eben viele bei den Umfragen. Ich weiß nicht, wenn man euch fragt, betreibst du Sport? Kollege List? (Abg. Porta: „Welchen?“) Ins Detail will ich nicht gehen. Faktum ist, 70 Prozent der Steirerinnen und Steirer geben jedenfalls an, daß sie Sport betreiben. Ich weiß zum Beispiel von eurer Kollegin Bleckmann, daß sie zwischendurch Sport betreibt, weil wir uns dabei schon getroffen haben. (Abg. Porta: „Vielleicht schaust du die Sportsendungen im ORF!“) Das ist deine Art, Sport zu betreiben. Aber darf ich zum Thema zurückkommen. Ich glaube, die Mittel sind das eine, das Zweite ist die Motivation. Die Politik hat dafür Sorge zu tragen, daß die notwendigen Mittel bereitstehen, aber ebenso wichtig ist es, für die notwendige Motivation zu sorgen bei den Funktionären, in den Vereinen, aber auch bei jenen – und diese Gruppe nimmt enorm zu –, die zwar Sport betreiben, aber nicht mehr in einem Verein sein wollen. Und hier ist für mich der Sport nicht anders zu sehen als andere Bereiche. Ob es die Gewerkschaft ist, ob das die Kirchen sind, ob das politische Parteien sind. Die Bereitschaft, einer Vereinigung beizutreten und über Jahre dabei zu sein, nimmt allgemein ab. Die Bereitschaft aber, kurzfristig etwas zu machen, nimmt zu, daher müssen wir uns auch sehr um jene bemühen, die eben nicht bereit sind, in einem Verein zu sein, die aber Sport betreiben

wollen. Das ist sicherlich eine neue Aufgabe für uns. Eine Chance, um zu einer Sportbegeisterung in dem Land zu kommen, die ich vor allem in Norwegen miterlebt habe oder bei Schiveranstaltungen bei uns auch in der Ramsau miterleben konnte, zum Beispiel beim Zieleinlauf bei unserer Staffel damals, als wir Gold erreicht haben. (Abg. Wiedner: „Alles schon bezahlt in der Raumsau?“) Eine Chance ist leider verlorengegangen, daß wir selbst im Land unsere Olympiabewerbung vorzeitig abgebrochen haben. Ich hoffe, daß hier nun doch wieder eine neue Chance besteht, gemeinsam mit den Kärntnern und den Slowenen, und Landesrat Hirschmann war ja hier schon in Kärnten, und ich hoffe, daß hier die notwendige Unterstützung von der Mehrheit des Hauses gegeben ist, hoffentlich von beiden Seiten hier im Haus, wenn es um eine neuerliche Olympiabewerbung geht gemeinsam mit Kärnten. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Selbstverständlich, ihr habt nur damals verabsäumt uns zu fragen!“) Also, die Zustimmung freut mich. Ich hoffe, daß auch von der anderen Seite die Zustimmung kommt und daß annähernd bei den Kollegen der SPÖ die Begeisterung für Olympia da ist, die Außerwinkler in Kärnten (Abg. Gennaro: „Wer ist das?“) gezeigt hat und im übrigen auch in anderen Bundesländern seitens führender SPÖ-Politiker gezeigt hat. So schnell geht es bei euch, daß man jetzt fragt, wer ist das? (Abg. Porta: „So sind die Sozialisten!“) So sind sie, so gehen sie mit ihren Leuten um! Aber bitte, das soll nicht mein Problem sein. Ich appelliere daher an die SPÖ, hier über den eigenen Schatten zu springen, wenn es darum geht, die Steiermark rechtzeitig auf eine neuerliche Olympiachance vorzubereiten. Letztmals ist leider von der SPÖ hier diese Chance vertan worden. (Abg. Gennaro: „Dafür haben wir uns viel Geld erspart, denn die Kärntner haben es auch nicht bekommen!“) Ich glaube, daß wir auch die Chance nützen sollten, die bei uns sich in der Steiermark dadurch eröffnen kann, wenn wir die erste Fußballakademie bekommen sollten, wenn wir die erste Fußballakademie in Österreich bekommen sollten. Stronach hat hier signalisiert (Abg. Gennaro: „Strohsack heißt er, brauchst dich nicht zu schämen!“), ich weiß, daß ihr generell Probleme habt mit dem Stronach, andere sind froh, daß durch ihn Hunderte Arbeitsplätze in der Steiermark entstanden sind. Ihr denkt schon wieder darüber nach, wie man so einen Mann vielleicht vertreiben könnte. Und das ist dann auch wieder ein Schaden für das Land, Kurt Gennaro. Das sage ich dir, das wäre auch ein Schaden. Seien wir froh, daß wir auch durch den Frank Stronach in der Steiermark zusätzliche Arbeitsplätze bekommen haben. (Abg. Gennaro: „So wie er Dienstnehmer vertreibt!“) Plakatieren ist zuwenig, Arbeitsplätze schaffen, das ist die Frage. Und daher sollen wir so einen Mann nicht verächtlich machen, glaube ich. Ich hoffe, daß es euch nicht gelingt, Stronach zu vertreiben und ihn schlecht zu machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das hoffe ich sehr. Ich darf aber wieder zum Sport zurückkommen. Ich glaube – und das nächste Kapitel, was uns beschäftigen wird, ist ja dann der Kulturbereich –, daß Landesrat Gerhard Hirschmann im Sport bewiesen hat, was man durch Veranstaltungen für das Land Steiermark leisten kann, und daß Sport und Kultur sehr gut zueinanderpassen, und daß eine Ressortweiterung vom Sport in den kulturellen Be-

reich kein Gegensatz ist, sondern eine optimale Ergänzung wäre. Denn – da wiederhole ich mich – das, was wir im Kulturbereich mit Millionen hier nicht zustande bringen, ist mit so wenigen Mitteln, da hat Kollege Erlitz vollkommen recht, im Sport möglich gewesen, nämlich die Steiermark zur Nummer eins zu machen im Sport. Und das ist zweifelsohne mit ein großes Verdienst vom zuständigen Landesrat, leider können wir das in anderen Bereichen, wo wir die Nummer eins gewesen sind, wie in der Kultur, momentan leider nicht behaupten, Kollege Gennaro. Das darf ich dir sehr deutlich sagen. (Abg. Gennaro: „Jungwirth!“) Dort waren wir noch die Nummer eins, auch bei Koren. Leider sind wir das momentan nicht. Gott sei Dank sind wir es im Sport. Wir werden uns von euch nicht beirren lassen, alles zu unternehmen, daß wir auch weiterhin im Sport Nummer eins bleiben. Wir können uns aufrichtig freuen, wenn ein steirischer Verein Fußballmeister wird. Wir werden auch alles unternehmen, unsere Vereine zu unterstützen, daß wir nicht nur im Fußball die Nummer eins sind, sondern hoffentlich in möglichst vielen Sportarten. Ein Glückauf dem steirischen Sport. (Beifall bei der ÖVP. – 20.43 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (20.43 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ursprünglich habe ich schon befürchtet, daß ich einen Antrag nach Paragraph 12 stellen muß, denn Landesrat Hirschmann war am Anfang nicht da. Er hat sozusagen den Start unserer wichtigen Debatte verpaßt. Ich sehe ihn zwar immer im Fernsehen bei den Events, wenn er Pokale überreicht. Von der ÖVP wurde das korrigiert, und daher sei es verziehen. Er ist offensichtlich heute etwas später gestartet als normal, denn bei den Events ist er immer an erster Stelle. Kollege Lopatka, ein paar Anmerkungen zu deiner Wortmeldung: Eines gebe ich auch zu, und da bin ich mit dem Kollegen Erlitz einer Meinung, daß Herr Landesrat Hirschmann der Sportidee und dem Sportgedanken sehr verbunden ist, und daß er hiezu sehr kräftig die Trommel rührt, ist auch unbestritten. Wenn du sagst, die Steiermark ist das Sportland Nummer eins, dann würde ich eines sagen, und das ist sicherlich in manchen Bereichen richtig, auch im Schisport und im Fußball, obwohl mir das Herz weh tut, wenn ich die Mannschaftsaufstellungen lese. Wer heute meinen Debattenbeitrag verfolgt hat, das soll keine Aversion gegen Fußballer aus Europa und der ganzen Welt sein, trotzdem liegt mir die heimische Jugend am Herzen. Ich würde mich freuen, wenn mehr Steirer und mehr Grazer in den Spitzenmannschaften Sturm und GAK oder – von mir aus – Fürstenfeld tätig wären. Ich sehe schon seit langem dort keinen Namen mehr auftauchen. Präsident Kartnig meint, die Ausländer wären alle billiger, und man sollte Geduld haben. Ich würde mich freuen, wenn wir Sportland Nummer eins beim Jugendsport wären. Letztlich werden wir daran gemessen werden, was wir für den Jugendsport getan haben. Wir wissen auch, daß Jugendsport eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung ist, die die Jugendlichen dazu bringt, daß sie Gemeinschaftsdenken empfinden,

daß sie auch sinnvoll ihre Freizeit verbringen, daß sie auch Leistungen erbringen. Leider Gottes, und das hängt mit Sturm und GAK zusammen, kommt dann das kritische Alter, wo eine intensive Betreuung notwendig wäre. Und da wünsche ich mir, und das habe ich schon ein paarmal hier vorgetragen, von Herrn Landesrat Hirschmann, daß er dieselben Geldbeträge, die er im Kopf hat, dafür verwendet, daß man auf Gemeindeebene, das kann bis zur kleinsten Gemeinde untergehen, denn wir haben genügend Sportlehrer, die ausgebildet sind, die heute ohne Arbeit dastehen, Sportlehrer als Sportkoordinatoren einsetzt. Sie wären dort sicherlich sehr sinnvoll eingesetzt. Hier auf dem Gebiet geschieht mir leider zu wenig. Es gibt in einigen größeren Gemeinden in der Obersteiermark eine Art Sportkoordinatoren, deren ausschließliche Arbeit darin besteht, die Sportvereine in Richtung Jugendarbeit zu instruieren, ihnen behilflich zu sein und dort einiges auf die Füße zu stellen. Wenn es dort gelingt, daß wir das Sportland Nummer eins – Kollege Lopatka – auch im Jugendsport werden könnten, wäre mir das noch um einiges wichtiger. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin jetzt schon beim nächsten Punkt: Ich weiß, daß die Bewerbung für die Olympiade ein altes Steckenpferd ist. Und dabei bin ich ganz auf der SPÖ-Linie, denn ich bin der Meinung, daß man bei den Bewerbungen dieser Events letzten Endes nie weiß, was herauskommt – siehe Kärnten. Diese sind mit großen Hoffnungen ins Rennen gegangen, ich weiß auch gar nicht, wieviel das alles gekostet hat, und dann hat der Agnelli-Konzern von Turin Sion und die drei Länder aus dem Rennen geworfen. Trotzdem sage ich dir folgendes: Wenn man diese Beträge für diese Bewerbungen in die Jugendarbeit in der Steiermark stecken würde und das eine außer acht läßt, wäre damit sicherlich mehr getan. (Beifall bei den Grünen.) Es gibt viele Beispiele, nicht nur in Amerika, sondern auch in anderen Ländern, wo ein großes Defizit zurückgeblieben ist und wo die Sportstätten dann praktisch leergestanden sind. Hüten wir uns davor, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß man immer den Wert einer politischen Aktivität daran mißt, wie oft man in der „New-York-Times“ erscheint, wie oft man im Fernsehen vorkommt, wie oft der Name dort genannt wird. Das ist zwar für das Selbstwertgefühl einer Region sehr wichtig, auch für den Tourismus, aber letzten Endes werden wir die Zukunft des Landes dann meistern, und das haben wir heute schon vom Kollegen Ussar und vielen anderen sehr deutlich gehört, wenn wir unsere Jugend begeistern können. Diese Millionen, die dort ausgegeben werden, sind für mich sinnvoller in der Jugendarbeit, im Jugendsport investiert. Dazu stehe ich, und daher lehne ich – aber ich werde hier sowieso nicht gefragt, denn es gibt Mächtigere und Wichtigere im Lande – jede Bewerbung ab, weil ich glaube, daß das der Weg in die falsche Richtung ist. Ein Zweites, Kollege Lopatka, weil du den A1-Ring angesprochen hast (Abg. Dr. Lopatka: „Martin, bist du überhaupt gegen Olympische Spiele?“): Ich bin für bescheidene Olympische Spiele. In der Form, und das muß man auch zugeben, wie sie jetzt veranstaltet werden, hat mit dem Gedanken von Coubertin eigentlich nichts mehr zu tun. Das ist kein Treiben der Jugend dieser Welt, sondern letzten Endes sind das sehr teure Spiele mit Profisportlern. Man kann – wie gesagt – dazu stehen, wie man will. Ich halte

jedenfalls Österreich oder die Steiermark und vor allem Graz als zu klein, daß man sich beteiligt. Das ist meine persönliche Einstellung. Ich glaube, wir könnten das Geld in manchen Bereichen viel sinnvoller anwenden. Was den A1-Ring betrifft: Natürlich kommen wir einmal im Jahr ins Fernsehen, das ist unbezahlbar. Ich möchte wieder bei dem anschließen, was ich schon vorher gesagt habe: Ich sage dir ein Beispiel – du bist nicht aus dem Bezirk Weiz, aber Kollege Schinnerl ist da: Es war vor kurzem eine Berg rallye in Koglhof. Von dieser Veranstaltung ist ein Vater mit vier Kindern nach Hause gefahren. Offensichtlich hat er vergessen, daß er auf einer normalen Straße gefahren ist. Er hat zwar an der Berg rallye nicht teilgenommen, hat aber dort diesen Hauch der Geschwindigkeit, diese PS-Dynamik kennengelernt. Er ist dann offenbar viel zu schnell nach Hause gefahren und hatte einen Unfall. Ich glaube, er wurde schwer verletzt und drei Kinder sind tödlich verunglückt. Was will ich damit sagen? Ich glaube, was mit der Umweltsunrentabilität des A1-Ringes, abgesehen davon, daß die örtlichen Geschäftsleute gar nicht so viel verdienen, wie man glaubt, zusammenhängt, daß Geschwindigkeit verherrlicht wird, daß Raserei verherrlicht wird, daß einfach alle unsere Aktivitäten im Bereich der Verkehrssicherheit durch solche Übertragungen ad absurdum geführt werden, abgesehen davon, daß diese Rennen manchmal sehr langweilig sind, daß es umweltsunrentabel ist, was die Umweltverschmutzung anlangt, was die Umweltbelastung anlangt, so glaube ich, wenn man es dann unter dem Strich hernimmt, den gesellschaftspolitischen Nutzen dieser Veranstaltung, und da meine ich nicht nur den A1-Ring, sondern auch diese ganzen Berg rallyes. Schauen Sie sich das an, es gibt ein paar in der Oststeiermark, was dort zerstört und verwüstet wird und wo dann die Leute heimfahren und glauben, sie sind auf einer Rennbahn. Vergessen wir nicht, gerade junge Menschen sollten wir zum Langsamfahren erziehen, zum umweltbewußten Umgang mit dem Auto, wenn sie schon eines benützen, und nicht, daß die Geschwindigkeit verherrlicht wird und daß das die Helden der modernen Zeit sind. Ich bin ein strikter Gegner des A1-Ringes, und das nehme ich ruhig auf mich, auch wenn es in der Obersteiermark bei manchem unpopulär sein sollte. Ich glaube, daß der Nutzen in dem einen Jahr an Fernsehzeit und an Bekanntheit oder an Erwähnung in der „New-York-Times“ oder in der „Süddeutschen Zeitung“ oder wo auch immer viel geringer als der Schaden durch die Verherrlichung von Geschwindigkeit und die Verherrlichung von solchen Rennen ist. Ein letzter Punkt, was mir persönlich, weil du vorher von Sturm und GAK gesprochen hast, weh tut: Wir sind damals von Herrn Landesrat Hirschmann und auch von der „Kronen-Zeitung“ überfahren worden. Das war einfach ein Wahnsinn. Wir haben geglaubt, wir müssen das Stadion Arnold-Schwarzenegger-Stadion taufen, weil dann werden die halben Amerikaner jedes Jahr zu uns auf Besuch kommen, weil sie total beeindruckt sind. Abgesehen davon, daß seine Leistungen, er macht zwar etwas für die Special Olympics, aber in Wirklichkeit produziert er gewaltverherrlichende Filme. Wir haben das Arnold-Schwarzenegger-Stadion. Ich frage mich, Kollege Lopatka oder Landesrat Hirschmann, wieviel hat er tatsächlich für dieses

Stadion bezahlt? Er war nicht einmal bereit, ich glaube, es waren schon vier Gemeinderatssitzungen angesetzt, daß er endlich den Ehrenring übernimmt. Das letzte Mal ist es wieder verschoben worden, und drei Tage später ist er gekommen, weil ein Film zu dem Zeitpunkt zu drehen war. Ich persönlich halte diese Benennung als Arnold-Schwarzenegger-Stadion für ein falsches Signal. Da hätte ein heimischer Fußballer gehört, ich habe schon einmal gesagt, Rudi-Hilten-Stadion, wer den Rudi Hilten kennt, der weiß das, das war der Wundertorhüter, der in Graz gelebt hat und arm und mittellos gestorben ist, oder man hätte einen Behindertensportler oder -sportlerin dort ehren können, indem jemand dort aufscheint, der niemand gekannt hat, wo man sagt, wer ist das, da geht es um Behindertensport. Und über den Behindertensport haben wir heute noch nicht gesprochen, was das für Leistungen sind, und leider Gottes so oft unbemerkt von der Öffentlichkeit. Also mich stört diese Benennung in Arnold-Schwarzenegger-Stadion. Ich habe zwar nicht die Hoffnung, daß das unbenannt wird. Der Landesrat Hirschmann war ja einmal, wie er so begeistert war, eine Europaschaftsbewerbung, aber nach dem neun zu null in Spanien und fünf zu null in Israel habe ich nichts mehr gehört, daß man – wie der Kollege Kräuter auch verlangt da beim Schwarzl, bei den Schwarzl-Teichen unten oder sonstwo –, daß man ein neues Stadion baut, das für ein Spiel der Europameisterschaft tauglich gewesen wäre, also vielleicht geht noch mein Traum in Erfüllung, daß das Arnold-Schwarzenegger-Stadion, für das der Arnold Schwarzenegger noch keinen Schilling bezahlt hat, sondern eher ist er ordentlich bewirtet und bedient worden, immer, wenn er gekommen ist, daß das vielleicht doch noch einmal unbenannt wird, um damit zu symbolisieren, daß wir jene Sportler und jene Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen, die aus unseren Reihen für die Ertüchtigung etwas tun, oder jene Funktionäre, aber nicht nur alles daran messen, wie oft man im Fernsehen vorkommt, wie oft man in den Schlagzeilen vorkommt, weil davon wird unsere Jugend nicht in Zukunft leben können. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 20.55 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Kollegen Abg. Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (20.55 Uhr): Geschätzte Damen und Herren!

Wir sind wieder dort und fest dabei, den Breitensport gegen den Spitzensport und vice versa auszuspielen. Der Spitzensport entsteht aus dem Bemühen der vielen kleinen Vereine, in die nächste Liga aufzusteigen, um dann schlussendlich an der Spitze zu stehen oder abzusteigen. Das Los gibt es für andere auch. Das ist ein Aufzug, der in beiden Richtungen funktioniert. Und wir, die öffentliche Hand, werden zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ersucht, angeschnorrt, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Zur Verfügung zu stellen für die vielen kleinen Vereine und sicherlich auch zur Verfügung zu stellen, um einen sehr teuren und sehr großen Aufwand finanzieller Natur, der sich zwangsläufig mit dem Spitzensport ergibt, Kosten abzudecken und die

entsprechenden finanziellen Voraussetzungen zu fassen und zu schaffen. Was bringt der Spitzensport für den Breitensport? Er bringt Idole, er bringt Personen, die auf Grund ihrer Erfolge die Jugend dazu anspornen, in einer gewissen Sportart, wo immer sie sich darstellt, dazu anspornen, in dieser Sportart aktiv zu werden. Das heißt, etwas ganz Besonderes in einer sportlichen Disziplin zu leisten, und das ist auch die Motivation, die die jungen Leute bewegt, Sport zu betreiben. Daß in der Zwischenzeit der Sport eine viel größere Dimension bekommen hat, daß er ein Geschäft geworden ist, daß es Profiligen gibt, daß es Bereiche gibt, die sich nur mehr im Kommerziellen, denken Sie an die National-Football-League oder die großen Basketballbewerbe in den Vereinigten Staaten, die Hunderte von Millionen umsetzen und bewegen, das sind alles nur Mechanismen, die mit Geld zu erhalten sind. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, daß sie notwendig sind. In allen Bereichen des menschlichen Lebens ist in den letzten 50 Jahren eine bedeutende Veränderung vor sich gegangen. Und überall spielt Leistung, Erster zu sein, Spitze zu sein, dafür etwas zu lukrieren, eine wesentliche Rolle. Und heute sind wir in der Situation, daß wir sicherlich auch auf Grund einer gewissen Unterstützung des Landes, der öffentlichen Hand und der nötigen Begeisterung, die sich diese Sportler erzielt haben, in einem Bereich – und ich möchte sagen – nunmehr in mehreren Bereichen wir in der Steiermark durchaus zur Spitze unserer Heimat Österreich gehören. Das ist sicherlich der Wintersport im alpinen und im nordischen Bereich, das ist sicherlich der Fußball, und es ist zwangsläufig so, daß wir in diesen Bereichen eine große Anzahl an Jugendlichen haben, die in diese Sportarten hineindringen. Das sehen wir auf der einen Seite in dem Bereich, daß wir heute Schulen errichten, die einen Sportzweig haben, ganz speziell. (Abg. Mag. Erlitz: „Basketball ist Nummer eins bei den Jugendlichen!“) Ich komme darauf noch zurück. Daß wir uns bemühen, Ausbildungsstätten zu schaffen, wo man auf der einen Seite die schulische Leistung mit den sportlichen Leistungen zusammenführt, die Zeit so einteilt, daß sie aus der Regelschule heraus durchaus die Gelegenheit haben, den Sport zu trainieren, auszuüben und in den Wettbewerben für unser Land erfolgreich zu sein, und damit auch einen nicht unbedeutenden Werbeeffekt für unser Land zu erzielen. Im Wintersport hat es eine doppelte Bedeutung, weil wir ja auch im Tourismus und in der Wintersportindustrie durchaus sehen, daß Jahre mit guten Erfolgen erhöhte Einnahmen für die Sportartikelindustrie bringen und sicherlich auch gesteigerte Zahlen im Tourismus mit sich bringen. Noch viel mehr tun das Großereignisse, die durch ihre Werbewirksamkeit, da sie ja auf der ganzen Welt vermarktet werden, sicherlich auch dazu beitragen, daß unsere Wintersportstätten, unsere Sportartikelherzeuger österreichweit sicherlich dadurch eine ganz andere Erfolgchance und Erfolgsvoraussetzung haben. Natürlich bedarf es, um diesen Effekt zu erzielen, der sogenannten Megaevents, von denen wir heute reden. Das ist nun mal eine Weltmeisterschaft, das sind nun einmal große Europacuprennen und Weltcuprennen und sind natürlich auch sportliche Veranstaltungen im Fußball, wie die Champions League und so weiter. Die erzielen zusätzlich auch bei der Jugend noch eine ungeheure Begeisterung, nicht nur

für den Sport, sondern auch für die Sportler, und es kommt zu einer Idolisierung. Und in einer Zeit, wo es Mangel an Idolen gibt, können wir eigentlich froh sein, wenn sich die Jungen an den sportlichen Leistungen unserer Spitzensportler aufrichten und diese als Idole ansehen. Wir haben ja auch – und das unterscheidet uns von anderen Ländern, die den Sport als eine sehr wesentliche Schiene der Erziehung mit sehen, zum Beispiel die Vereinigten Staaten mit einem ungeheuren schulsportlichen Betrieb, der auch bei den Engländern, zum Teil auch bei den Franzosen in der Form durchgeführt wird, bei uns eine sehr abgemagerte, abgespeckte, bescheidene Rolle spielt und eigentlich meistens bei normaler schulischer Bekleidung, des Sakkos und der groben Schuhe entledigt, stattfinden. Natürlich finden sie so statt, und das ist eine Randerscheinung im erzieherischen Bereich, selbst die Ausstattung mit Sportstätten an den Schulen ist in vielen Bereichen noch sehr bescheiden. Daher muß man Vereine fördern, daher muß man Vereine unterstützen. Man soll aber das nicht einseitig sehen, sondern durchaus in beiden Bereichen. Und ich gebe Ihnen recht, Kollege Erlitz, wenn Sie sagen, es hat keinen Sinn mehr, ein Multimillionenunternehmen mit an sich für sie bescheidenen Mitteln zu fördern, wenn man sie anderswo einsetzen kann. Es stört mich auch manchmal, wenn ich lese, die paar Millionen nehmen wir so en passant noch mit, damit wir das auch noch gemacht haben, und in vielen Bereichen erhebt sich oft der Eindruck, daß einem die Gelder direkt aufgedrängt werden – aber trotzdem ist es notwendig. Das Maß zwischen den beiden zu finden ist sicherlich eine schwierige Maßnahme. Ich glaube, daß wir hier an sich am richtigen Weg sind. Wir haben viele Diskussionen geführt über den A1-Ring – damals noch Ö-Ring – und die Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit. Diese sportliche Maßnahme, die Implementierung des Ö-Ringes – heute A1-Ring – und all diese Dinge haben eine politische Dimension bekommen und sind dadurch in das Kreuzfeuer der politischen Diskussion gekommen, aber nicht verhehlend, daß es selbstverständlich sowohl ein wirtschaftlicher Faktor ist für das Land Steiermark, im wesentlichen aber für das Land Österreich, weil uns die Gesetzgebung eben nicht die Möglichkeit gibt, jene Mittel, die dort anfallen, direkt zu lukrieren, sondern nur über den Bereich des Ausgleichs der Ertragsanteile, die ein Land bekommt. Wir liegen in allen Bereichen weit über dem, was wir hineinzahlen, im Vergleich zu dem, was wir herausbekommen, aber nicht deswegen, weil man damit nichts lukrieren kann, sondern nur, weil uns der eine oder andere im Stich gelassen hat. Ich möchte aber nicht alte vergossene Milch neu aufwärmen, aber es schmerzt noch immer, was damals passiert ist. Es hat nicht dazu geführt, daß das eingetreten ist, was man heraufbeschworen hat, daß diese Veranstaltungen nicht mehr bei uns im Lande stattfinden und daß diese Veranstaltungen nicht den nötigen Erfolg haben. Sie sind nach wie vor sehr erfolgreich, und sie haben einen ungeheuren Werbeeffekt. Meine Damen und Herren, man muß sich aber schon eines vor Augen halten, und da stimme ich mit dem Kollegen Wabl nicht überein: Eineinhalb Stunden im Fernsehen mit einem Österreichsvorspann, mit einem Steiermarksvorspann, mit einem Muraltvorspann und mit allem, was dazugehört, ein Vorlauf von Wochen und Monaten in den ein-